

# Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werftätige Bevölkerung

Telegraphisch-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5832.

Anzeigenpreis: 2. Millimeter für geschaltete Anzeigen und Schließen 3. — Millimeter 2.25 Millimeter, auswärts 2.25 Millimeter, Anzeigen unter 100 Stellen 1.25 Millimeter, Verordnungen und Wohnungs-Anzeigen 0.40 Millimeter, kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Millimeter, das feste Wort 1. — Millimeter, Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 66 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 66, durch die Zweigstellen Hauptstraße 28, bei Junges die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 1 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Abonnement 1.25 Millimeter monatlich 3.40 Millimeter, vierteljährlich 11.30 Millimeter, (einjährig 39.00 Millimeter), durch die Post bezogen vierteljährlich 11.30 Millimeter, (einjährig 39.00 Millimeter), frei ins Haus durch die Post monatlich 6.10 Millimeter, vierteljährlich 18.30 Millimeter.

## Sozialdemokratie und Regierungsprogramm.

### Noch kein weiterer Vormarsch der Engländer.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Opatowitz: Die politisch-militärische Situation ist unverändert. Die Engländer zeigen keine Absicht, die Operationen der Engländer zu verhindern oder doch wenigstens so lange hinauszuzögern, bis eine Lage geschaffen ist, die den Polen die bisher von ihnen durch die stillschweigende Duldung und Mithilfe der Franzosen erzielten Erfolge sichert, scheint innerhalb der J. A. gestagt zu haben. Der Kommandant hat sich bisher geweigert, in dem vom Aufbruch durch das Gebiet den Kriegszustand zu erklären. Die Folge davon ist, daß das Eintreffen der englischen Truppen, von dem die drangsalterte Bevölkerung die Rettung und Befreiung aus ihrer unerträglichen Lage erhofft, bisher fast noch keine Resultate gezeitigt hat. Der einzige positive Beispruch, der dort heute früh zustande gekommen ist, war, wie schon gesagt, die Schaffung einer neutralen Zone zwischen den beiden kämpfenden Parteien, wobei die Franzosen lediglich daran denken, einen nur wenige Kilometer breiten Streifen zwischen dem deutschen Selbstschutz und die Polen zu legen. Der wohl nicht unbeachtliche Zweck einer solchen Maßregel würde der sein, daß die polnischen Auführer in dem ihnen überlassenen Gebiet, das mindestens zwei Drittel der ganzen Abtötungszone umfaßt, sich noch freier und ungehinderter betätigen könnten, als bisher und die Herrschaft auch in den von ihnen noch unbesetzten Städten des Industriegebietes an sich reißen könnten. Die Franzosen begünstigen diesen Plan auch dadurch, daß sie sich weigern, ihre Truppen in diesen Städten durch die Engländer abziehen zu lassen, wie dies von englischer Seite ursprünglich beabsichtigt war.

### Ein Freikorpsheld.

Der Führer der Freiwilligentruppe, welche in Reisse im unbesetzten Gebiet Oberschlesiens unseren Genossen wertvoll beistand, und auch sonst mehr durch innerpolitische Störungen als durch Heldentaten gegen die Polen glänzte, ein Oberleutnant H. U. Schmidt, gegen den bereits Verhaftungsbeschlüsse erlassen war, ist jetzt endgültig mit seiner Truppe aus Oberschlesien verschwunden. Der Mann wurde vom deutschen Selbstschutz als Angehöriger nicht anerkannt, da er seinen Angehörigen phantastische Versprechungen machte.

### Die in Oberschlesien gefangenen Polen.

Anlässlich der in letzter Zeit von polnischer Seite vorgebrachten Beschuldigungen über die Verhältnisse im Internierungslager Sielow bei Koitbus haben die zuständigen Stellen Ermittlungen angestellt, die zum Ergebnis hatten, daß sich in dem Lager zurzeit etwa 600 Personen befinden, die anlässlich der Kämpfe in Oberschlesien festgenommen wurden. Ein großer Teil dieser Personen ist im Interesse ihrer eigenen Sicherheit abgehoben worden. Andere, darunter eine Anzahl von Leuten, die selbst Halbesoldaten zu sein zugaben, sind mit der Waffe in der Hand gefangen genommen worden. Geistliche und Geiseln befinden sich nicht im Lager, sind auch nie dort gewesen. Die Behauptungen über Mißhandlungen im Lager sind unzutreffend. — Die J. A. in Opatowitz ist durch den deutschen Bevollmächtigten erucht worden, über den weiteren Verbleib dieser Personen Entscheidung zu treffen. Soweit die Internierten nur ihrer persönlichen Sicherheit wegen festgenommen worden sind, ist bereits ihre sofortige Freilassung angeordnet.

### Mängel der deutschen Organisation.

Der oberschlesische Sonderkorrespondent der „Frankf. Ztg.“ schreibt: Wenn irgendwo, so ist für die Behandlung der oberschlesischen Frage vollständige Einheitsfront der deutschen Politik und der für ihre Vertretung bestimmten amtlichen und privaten Stellen ein unbedingtes Erfordernis. Man mag über die am besten zu dem Ziele der Erhaltung Oberschlesiens und seiner Volksteile beim Reich führenden Wege verschiedener Meinung sein und sich darüber auseinandersetzen, aber unter keinen Umständen dürfen solche Meinungsverschiedenheiten eine dauernde Belastung der deutschen Politik bilden. Und ebensowenig ist es angängig, daß als „Dezentralisation“ ein Durch- und Nebeneinandergerieren, plakatistisch, das die Einheitsfront und Geschlossenheit löst. Es muß aber gesagt werden, daß unter einer solchen falschen Dezentralisation die amtliche Politik in bezug auf Oberschlesien zum Nachteil der Sache gelitten hat, weil sie nicht von einer einzigen verantwortlichen Stelle einheitlich geleitet, sondern von einer ganzen Reihe verschiedener Instanzen gemacht wird. Das beginnt schon bei den Zentralkassen in Berlin, wo das auswärtige Amt, das Ministerium des Innern, sowohl das preussische wie das Reichsministerium und endlich das Staatskommissariat für die öffentliche Sicherheit sich in die Kompetenzen teilen und unabhängig voneinander ihre Befehle erlassen. Und das setzt sich in verschiedenem Maße nach unten fort, so daß in Breslau, wo der Sitz der meisten ausführenden Organe ist, mehr als ein halbes Duzend amtlicher und nichtamtlicher Stellen ober-schlesische Politik macht. Diese Vielregiererei hindert ein Zusammenarbeiten und hat zahlreiche Kompetenzstreitigkeiten zur Folge. Viel Kraft wird dadurch absorbiert. Es war von Anfang an ein Unglück, daß die für Deutschland unangenehmen Bestimmungen des Friedensvertrages, die jede amtliche Propagandatätigkeit von deutscher Seite verbieten, zu einem

Nebeneinander mehrerer Stellen führten. Während auf polnischer Seite Korstanty in dreifacher Eigenschaft, als Plebiszit-Kommissar, als Leiter der polnischen Propaganda und endlich, wenn auch nicht de jure, so doch de facto als Vertreter der polnischen Regierung bei der Interalliierten Kommission tätig war, mußten auf deutscher Seite dafür drei verschiedene Stellen geschaffen werden. Als Bevollmächtigter bei der Interalliierten Kommission wurde nach Fühlungnahme mit General Le Rond Fürst Haffelst. Seine Mitarbeiter waren Graf Braschma und ein nach Opatowitz geschickter Beamter des diplomatischen Dienstes, Legationsrat v. Wolke. An der Spitze des Plebiszit-Kommissariats steht der ehemalige Bürgermeister der kleinen Stadt Kopsberg bei Beuthen, Urbanek. Die Leitung der deutschen Propaganda endlich liegt in der Hand des schlesischen Ausschusses, einer aus allen politischen und wirtschaftlichen Verbänden paritätisch zusammengesetzten Organisation, die die Nachfolge des auf Grund des Friedensvertrages aufgelösten Staatskommissariats für Oberschlesien übernahm. An seiner Spitze steht der ehemalige Landrat Luttsch, ein Mann von nicht gewöhnlicher Willensstärke und Tatkraft, dessen Energie des Handelns ihm viele Gegner verschafft hat. Er gehört politisch dem linken Flügel des Zentrums an, besitzt aber gleichzeitig das volle Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Endlich hat das Staatskommissariat für die öffentliche Sicherheit eine eigene Stelle in Breslau, die sich mit Dingen befaßt, die über die Kompetenzen der Berliner Zentralstelle weit hinausgehen. Neben diesen amtlichen und halbamtlichen Stellen ist da noch eine ganze Reihe privater Organisationen, wie der Schutzbund, die Vereinigten Verbände der Heimattreuen usw., die alle mit sehr weitgehenden Befugnissen ausgestattet, ihre eigene Politik zu machen.

Diesem Zustand baldigt ein Ende zu machen, ist ein Gebot der augenblicklichen Lage, die weiterhin auch dadurch erschwert wird, daß auch innerhalb der politischen Parteien die Einheitsfront des Handelns zu wünschen übrig läßt. Der für die Dauer des Abtötungskampfes beschlossene Burgfrieden wird häufiger durch Parteikämpfe hinter den Kulissen durchbrochen. Mag in anderen Situationen das getrennte Marschieren und das vereinte Schlagen die beste Taktik sein. Angesichts der polnischen Front ist es dringend notwendig, daß auf deutscher Seite die gleiche Einheitsfront des Willens und Handelns gegenüber gestellt wird.

### Das Zögern der Entente.

Immer noch werden über Oberschlesien Noten zwischen London und Paris ausgetauscht und wird ein großer Streit darüber geführt, ob vor der Arbeitsaufnahme der Sachverständigenkommission in Boulogne eine Konferenz des Obersten Rates stattfinden soll, die den Sachverständigen Richtlinien mit auf den Weg gibt oder ohne Boulogne die Sachverständigenkommission an die Arbeit gehen soll. Bereits heute liegen Anzeichen dafür vor, daß, wie so oft auch diesmal Briand aus dem Streit für die französische Auffassung bezüglich des oberschlesischen Problems Nutzen zieht. Diesen Nutzen zu einem völligen französischen Siege auszugestalten, ist die französische Regierung offensichtlich durch Vermittelung des italienischen Kabinetts beabsichtigt.

### Gegen das deutsch-demokratische Werben um die Volkspartei.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Die Ausführungen unseres Genossen Wels in der Donnerstags-Sitzung des Reichstages, soweit die Erweiterung der augenblicklichen Koalition durch die Volkspartei abgelehnt wurde, beantwortet die „Tägliche Rundschau“ folgendermaßen: „Bisher hat doch die Deutsche Volkspartei nicht die geringste Reue vorzutragen, in diese Regierung einzutreten. Sie hat das Ultimatum aus wohl erwoogenen Gründen abgelehnt und daraus die selbstverständlichen Folgerungen gezogen. Wenn die demokratische Presse Tag für Tag vom Eintritt in die Regierung sprach, die sie bald als heilige Pflicht, als unabwendbare Notwendigkeit, so haben doch solche Scherze mit ernsthafter Politik nichts zu tun und belasten jedenfalls nicht das Konto der Volkspartei. Das Ultimatum ist angenommen worden und dieser Tatsache muß Rechnung getragen werden. Man wird abwarten müssen, wie die neue Regierung die Erfüllung des Ultimatum zu verwirklichen gedenkt. Die Stellungnahme zum Ultimatum zieht eine Scheidelinie, macht aber weder grundsätzliche Oppositionen noch einige vorzeitige Vertrauenserklärungen notwendig.“ „Allem Anschein nach hat die „Tägliche Rundschau“ die Nebenstreifemänner während der Parlamentsferien, die nur ein Sehnsuchtszeichen nach der Regierung waren, überhört. Aber ganz abgesehen davon, es gilt im Augenblick nicht mit der Volkspartei zu rechten, sondern die entzweiteten Demokraten darauf aufmerksam zu machen, daß ihr Bitten und Flehen um die Volkspartei, wie aus dem vorstehenden Kommentar hervorgeht, im Augenblick wenig Zweck hat. Sollten die Herren dennoch den Ruf nach der Rechten weiter über oder gar Konsequenzen ziehen — natürlich nur zum eigenen Schaden — dann würde auch der Sozialdemokratie nichts anderes übrig bleiben, als durch einen Appell an das Volk, die Entscheidung darüber treffen zu lassen, ob eine republikanisch-demokratische Regierung verstanden soll, die Verpflichtungen zu erfüllen oder die Entente das Ruhrgebiet besetzen, und somit neues Glend über die deutsche Bevölkerung bringen soll. Jedenfalls ist die Sozialdemokratie nicht im Geringsten geneigt, das Vertrauen, das die Landesregierung einmal im Auslande gewonnen hat, durch die parteiegoistischen Vorurteile der Demokraten zu verhergen.“

### Rein Telegramm Wirths nach Wien.

W. meldet aus Berlin: Zu der Wiener Meldung eines hiesigen Morgenblattes, nach dem ein Telegramm des Reichsanzlers die deutschösterreichische Regierung ersucht hätte, auf das Unterbleiben weiterer Anschlussbestimmungen hinzuwirken, erfahren wir von glaubwürdiger Stelle, daß ein solches Telegramm nicht ergangen ist.

### Die große Reichstagsdebatte.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Auch am Donnerstag war der Reichstag wieder außerordentlich stark besetzt und ein zahlreiches Tribünenpublikum zeigte, daß die Bevölkerung an den hochpolitischen Vorgängen regsten Anteil nimmt. Die Reihe der Redner aus dem Hause eröffnete unserer Parteifreund Wels mit einer Hartgegliederten und wichtig wirkenden Rede, die vor allem ihre Ziele nach rechts hin sandte. Nachmals fasste Wels die Gründe zusammen, die unsere Partei zur Annahme des Ultimatum bestimmt hatten, und abermals schleuderte er den Rechtsparteien die ganze Schande ihrer verbrecherischen Politik ins Gesicht. Bis zu welchem moralischen Tiefstand die Agitation der Rechtsparteien gesunken ist, zeigt unser Redner an dem Beispiel eines deutschnationalen Schreiers, der bei einer Berliner Skageraffee geradezu zur Ermordung der nach Leipzig reisenden englischen Zeugen aufgefordert habe. Reichsanzler Wirth antwortete im Verlaufe der Debatte unserem Genossen, daß der Berliner Polizeipräsident gegen jenen Redner schon ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet habe. Wels geistelte die Orchesterspolitik in Oberschlesien, er predigte den neuen Geist, der in der ganzen Welt erstehen müsse, und schloß mit einem lebhaft applaudierten Bekenntnis zu den unvergänglichen großen Zielen der Menschheit. Das Zentrum schickte einen seiner Arbeitervertreter vor, den Westfalen Johannes Becker, der in halbstündiger Rede und mit gewandten Worten die Politik seiner Fraktion vertrat. Völlig eindrucklos blieb der deutschnationale Funktionsredner Edler von Braun. Der Mann ist Präsident des Reichswirtschaftsrates, nebenbei gesagt, einer der überflüssigsten Einrichtungen der Welt, denn der Reichswirtschaftsrat hat die Kartellidee zur Karrikatur verzerrt. Sein sichtbarstes Ergebnis ist, daß alle Großkapitalisten aus Industrie und Handel nur 1. Klasse auf Reichskosten spazieren fahren. Der Edle von Braun beteuerte weinerlich, daß die Bestehenden keine Steuerlast abtragen würden. Sein antisemitisches Herz verriet der nicht sonderlich intelligente Herr durch seinen Angriff auf den „stark jüdischen Einschlag“ des neuen Kabinetts, zum Schluß wurde er dreist und ausfällig gegen die Regierung wegen ihrer oberschlesischen Politik. Im übrigen wollen die Deutschnationalen so gnädig sein, die Regierung danach zu beurteilen, wie sie sich zu der gefürchteten Enteignung von Privateigentum stelle. Dann kam der von Herrn von Braun provozierte neue Aufbauminiater Dr. Rathenau zu Wort. Eine kleine Sensation. Herr Rathenau hatte vorher mindestens eine Stunde lang mit Stinnes konferiert. Dennoch atmete seine Rede nicht Stinnesischen Geist. Ein Mann, der selbständig zu denken gewohnt ist, steht vor dem Reichstag und entwickelt selbständige Ideen. Auf den sozialdemokratischen Banken wird nicht jedem seiner Worte zugestimmt, am Schluß aber stimmen auch wir in den Beifall ein. Denn alles in allem ist dieser Minister doch ein ganzer Kerl. Namentlich seine Worte über die Notwendigkeit einer Politik der Versöhnung sind von innerer Ueberzeugung getragen, und Beifall findet auch auf der gesamten Linken sein Hinweis auf die schwere Not Frankreichs und den ehrlichen Willen dieses Landes, die deutsche Mithilfe beim Wiederaufbau anzunehmen. Rathenau verspricht, daß er von seinem Ministerium alles fernhalten werde, was an Schiebererei und Reparationsgewinnertum sich heranzudrängen versuche. Mit großem Geschick pariert er schließlich einem Angriff des edlen Ritters von Braun und findet außerordentlich warme Töne für eine neue Geistesgemeinschaft der ganzen Welt. Während der Rede des neuen Ministers hatte der Volksparteiler Reker den Präsidentenstich eingenommen und bemühte sich mit großem Erfolg, sich durch ein Uebermaß von Ungeschicklichkeit gründlich zu blamieren. Der letzte Redner des Tages war der Unabhängige Henke, dessen im ganzen kritisch gehaltenen Ausführungen doch nicht die Erwartung zerschloß, daß die Unabhängigen dem Kabinett bei der morgigen Abstimmung keine Schwierigkeiten machen werden.

### Die Rede des Abg. Wels (Soz.)

Die Erklärungen der Reichsregierung enthalten über die Finanzen Ausdrück durch die völlige Unterwerfung unter den Zwang der Verhältnisse, die so hart und so schnell über seiner Erklärung der früheren Regierung zum Ausdruck kamen.

überzeugteste Subtilitäten, fanatischste Regemaneben, unterschiedene Atheisten. Jeder mag an seiner Stelle stehen, und die anderen Parteigenossen mögen seine Meinung achten. Dann tun sie im Sinne Webers. Die Zeiten wandeln sich. Auf den Materialismus ist ein neuer Idealismus, eine Zeit der Metaphysik gefolgt. Wir stehen heute religiösen Fragen wieder näher, diese finden auch in der Kirche Erfüllung ihrer Sehnsucht — wittert nicht über sie — jeder gehe seinen Weg. Religiöse Fragen sind Fragen des Herzens, der Seele, sie sind zu hart, um mit rohen Händen angepackt zu werden. Aber in religiösen Fragen unbedingbar ist, ist unspätlich, was er nun Weiber oder Säubiger sein. Die Freiheit allein ist unser Ziel.

## Der Tag der Körperkultur.

Zum ersten Male seit ihrem Bestehen hat am Sonntag die Arbeiterportbewegung Deutschlands einen Reichsarbeiterporttag abgehalten, der im ganzen Reich unter riesiger Beteiligung vor sich gegangen ist. In allen Städten und namhaften Orten Deutschlands traten die Arbeiterportler auf den Plan, um vor aller Öffentlichkeit ihr Können und die Größe ihrer Bewegung zu zeigen. Der Reichsarbeiterporttag war ein Tag von geschichtlicher Bedeutung, nicht nur für den Arbeiterport, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Der Tag hat Zeugnis abgelegt, was die Arbeiterkraft zu leisten vermag, wenn sie ihre Kräfte frei entfalten kann.

Der vergangene Sonntag ist so recht dazu geeignet, einen kurzen Ausblick zu werfen. Man hat in der Vorkriegszeit mit Polizeimaßnahmen der erbärmlichsten Art die Arbeiterportbewegung niederknien versucht, und ganz besonders die Teile, die auf den Zutritt von Jugendlichen angewiesen waren: die Turn- und Spielvereinigungen. Polizei und andere Behörden entwickelten eine fieberhafte Tätigkeit gegen diese Teile der Arbeiterbewegung. In der Handhabung des Reichsverordnungsrechtes haben sich die Polizeibehörden des alten Deutschland gegen die Arbeiterturnbewegung direkt Weisung erworben.

Es genügt z. B., daß der Vorsitzende des Vereins oder der Turnwart zugleich auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, sofort wurde auch der Turnverein für politisch erklärt. Nach dem Reichsverordnungsrecht, das sich gegen die Arbeiterportvereine so trefflich anwenden ließ, durfte dann der Verein keine jungen Menschen unter 18 Jahren als Vereinsangehörige führen. Und wenn dennoch der Verein lebensfähig blieb, lagte man ihm das Verbot auf, ab, bedachte ihn mit Strafmandaten, wenn ihm irgendwie beizukommen war. Wie lange hat es in Breslau gedauert, ehe der Arbeiterportbewegung nicht unaufhörlich Schwierigkeiten gemacht wurden. Erst die Revolution hat es zugeeigebacht, daß auch künftige Turnvereine den Arbeiterturnern zur Verfügung gestellt wurden.

Die Festlichkeiten fanden unter polizeilicher Bewachung statt. So hat man mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln versucht, die Arbeiterportbewegung niederzuknien. Aber es hat nichts gebracht.

Jeder Verein hat sicher noch so einen alten Stamm, der dem jungen Nachwuchs von diesen Dingen zu erzählen weiß. Sie hielten damals allen Schilmen zum Trotz wütend aus und läuten in jedem Ringen eine mächtige, kraftvolle, stolze Arbeiterbewegung, wie wir sie am Sonntag bei uns wahrnehmen konnten. Den Alten lachte das Herz höher im Gebirge, als sie in einer lockeren, unbesorgten Weise die Früchte ihrer harten Arbeit sahen. Auch für das reaktionäre Bürgertum, das glaubt, mit den bürgerlichen Spielen und Sportvereinen das junge Deutschland ins alte reaktionäre Schlepptau nehmen zu können, war dieser Tag ein Beweis, daß die sozialistische Arbeiterbewegung Kräfte in sich birgt, gegen die alles Ansehen ein vergebliches Bemühen ist. Am 12 Uhr zückten sich die einzelnen Vereine zum Ausmarsch für den Umgang, der mit seinen überaus prächtigen Bildern, vorweg marschierten gegen 600 Kinder Tausende von Zuschauern angelockt hatte. Bei herrlichem Sportwetter gingen dann die einzelnen Kämpfe vor sich, über deren Ergebnis wir bereits kurz berichtet haben. Mit diesen und den noch folgenden Kämpfen hat die Breslauer Arbeiterportbewegung den Beweis angetreten, daß sie, lebensfähig und kraft, einen Nachwuchs herangebildet hat, der mit der Zukunft kampferprobter Menschen der Partei zum Stolz gereichen wird.

## Das Turnen der Kinder.

Am 7 Uhr marschierten 120 Mädchen und 200 Knaben zu den Freilübungen im Jahrbühnenrestaurant auf. Die Mädchen boten ein schönes lebhaftes, jugendliches Bild. Alles Klänge zur Lustigkeit. Leichter war aber das Wetter sehr ungunstig, und der Besuch äußerst mangelhaft.

Um 7.30 Uhr traten die ersten vier Knabenmannschaften zu den Vorläufen der 10x50 Meter Staffette an, es folgten vier Mädchenmannschaften, und noch zwei weitere Knabenmannschaften. In den Vorläufen liefen die besten Zeiten bei 5. und 6. Knaben- und die 3. Mädchenabteilung. Diese drei Mannschaften kamen in den Endlauf. Welche Freude lag auf den kleinen Gesichtern. Nichts konnte die einzelnen Mannschaften von ihrer Siegesgewissheit abbringen, selbst das fast herbitliche Wetter prallte nicht an den kleinen Heißspornen ab. Die drei Mannschaften traten, und konnten gut ab. Es entspannen sich sehr heiße Kämpfe. Durch die Vorläufe in die Leistung gewohnt, waren

fast alle Käufer in Form und guter Verfassung. Hochinteressant war der Endspurt. Der Ring-Operateur hatte alle Hände voll zu tun, um die spannensten Momente festhalten zu können. Mit mehrerlei Ansetzen gingen die 2 Käufer der Knaben auf Ziel, nicht auf folgt die Käuferin, die Mädchen haben sich mader gehalten. Das Ergebnis war: 1. Rang, 5. Knabenabteilung, mit 1 Minute 21/2 Sek., 2. Rang, 6. Knabenabteilung, mit 1 Minute, 21/2 Sek., 3. Rang, 3. Mädchenabteilung, mit 1 Minute 22/2 Sek.

## Fußballsport.

So sehr die Frauen nach Regen lechzen, so sehr freut sich der Sportmann, wenn, allen Regenmachern zum Trotz, seine Veranstaltung vom Wetter begünstigt wird. Konnte sich schon am Sonntag das Programm bei idealem Wetter abwickeln, so gab ihm der Montag, als die lechs besten Breslauer Arbeiterfußballvereine zum Kampfspiel antreten, nichts nach. Alle drei Spiele wurden hart, von dem Willen zum Sieg befeuert, durchgeführt, doch hielten die Schiedsrichter die Spiele fest in der Hand.

Im Eigenpart traten vor ungefähr 2000 Zuschauern, West I gegen „Süd I“ gegen 5 Uhr zum Spiel an. Beide Mannschaften waren in der stärksten Aufstellung. Süd hat Anstoß und nach verteiltem Spiel gelang es West nach einer guten Vorlage vom Rechtsaußen durch den Mittelstürmer in Führung zu gehen. Ein wegen Hand gegebener 11 Meter wird von West vorbeigetreten. Bald darauf legt der Mittelstürmer von West den Ball den Halbhinten gut vor und dieser sendet zum zweiten Mal ein. Nun taucht Süd auf und im Anschluß an einen Einwurf, der die West-Verteidigung nicht auf dem Blase findet, gelingt es Süd, das erste Tor zu erzielen. Nach dem Seitenwechsel hatte Süd die schwachen Stellen von West, „rechten Verteidiger und Torwart“, entbeugt und sie zeigten jetzt ein flaches schnelles Spiel, dem West nicht gewachsen war, so daß es ihnen gelang in kurzer Zeit noch drei Tore einzufahren. Beide Mannschaften waren gut, bei Süd war die Mannschaft wie aus einem Guss. Bei West waren es diesmal die beiden Außen und die Käufer, die gutes Können zeigten. Das schnelle Tempo wurde von Anfang bis zur Ende durchgehalten. Alles in allem ein Spiel, das jedem Zuschauer Freude machte. Der Schiedsrichter war gut, nur löste er die wenigen Fehler, die er machte, besser verteilte.

In Veredelung spielten „Silezia“ gegen „Sturm“. Auch hier war es ein verteiltes, schnelles Spiel, das die Silezien leicht im Vorteil sah. Sie konnten das Spiel mit 2-1 gewinnen.

Auf dem Sternplatz in Gröbchen spielte „Britannia I“ gegen „Stern I“. Die immer mehr aufkommenden Britanen zeigten hier ihr Können, und konnten der Sternmannschaft nach scharfer Gegenwehr eine 2-1 Niederlage beibringen, wovon allerdings ein Tor durch einen 11 Meter entfallen war.

Spielanbindungen für Sonntag, den 5. Juni, 4 Uhr nachmittags: West gegen Sturm I, Eigenpart, Süd II gegen West II, Harzlieb, Falke I gegen Adler I, Veredelung, Falke II gegen Deutsch-Lissa II, Deutsch-Lissa I, West I Jugend gegen Stern I Jugend, Gröbchen.

## Radfahrer, Athleten, Wasserballspieler und Schachspieler.

Am Dienstag-Abend hatten sich circa 500 Zuschauer am Ziel der 10-Kilometer-Strecke, Copier Friedhöfe, eingefunden. 30 Arbeiter-Radfahrer hatten sich in 5 Gruppen dem Starter gestellt. Die erzielten Zeiten werden wir an anderer Stelle bringen.

In der Turnhalle Reichstraße als auch Waterloostraße waren ebenfalls circa 800 Zuschauer, die den Darbietungen von 180 Athleten, die guten Sport sowohl im Gemütsleben als auch auf der Ringmatte zeigten, mit Interesse folgten.

Im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses boten die Schachspieler eine Neugierde für Breslau, ein Blitzturnier mit 60 Spielern. 130 Schachfreunde folgten mit gespanntem Interesse dem Spiele. Das Simultanspiel und der Messenwettkampf am kommenden Sonntag im kleinen Saal spricht schon jetzt an.

Am Montag-Abend hatten sich circa 300 Zuschauer aufgestellt, die durch 4 Staffetten und ein Wasserballspiel gefesselt wurden. Wasserball: I. Mannschaft 5:2 II. Mannschaft.

## Bemerktes

### Obst und Jähre.

Angesichts der jetzt wieder beginnenden Obstzeit verdient darauf hingewiesen zu werden, daß wir unseren Jähren keine größere Wohlfahrt besorgen können, als möglichst viel und möglichst regelmäßig Obst zu essen. Die Erfahrung hat zur Genüge erwiesen, daß die Südländer, die in der Hauptzeit vor Obst und Früchten leben, überaus gesund und kräftig sind, und daß Jähre, Säule, Holzweiden der Jähre und andere Jähreerkrankungen, von denen die Menschen im Norden so arg geplagt werden, dort unbekannt sind. Diese Erfahrung wird durch die Wahrscheinung bestätigt, daß auch bei uns zu Lande Vegetarier jähre ein prächtiges, in jähre Weisheit glänzendes Gesicht haben. Das ist weniger aus dem Essen von Gemüse, als aus dem Übergang zur Jährezeit, der ja bei den Vegetariern eine große Rolle spielt. Die Zutraglichkeit des Obstes für die Jähre beruht auf der Fülle der im Obst enthaltenen natürlichen Fruchtzucker, die die reizende Sonne in der Frucht erzeugt. Beim Kauen und durch die Berührung mit dem Speichel wird diese Fruchtzucker

frei und gelangt so bis in die verborgenen Stellen des Körpers. Durch dieses Eindringen der Fruchtzucker in die kleinsten Adern wird eine durchgreifende Reinigung der Jähre von den Jähreerregern, die den Hauptbestand der Jähreerkrankungen bilden, bewirkt, während gleichzeitig das Fleisch der Jähre als eine Art Jähre in Tätigkeit tritt, die durch das Schenken der Jähre eine mechanische Reinigung bedingt. Die Fruchtzucker begünstigt sich aber nicht mit der säureerregenden Wirkung, sondern löst auch den Jähre und befreit damit einen weiteren Teil schmerzhafter Erkrankungen, ohne daß der Schmerz der Jähre durch die radikal wirkende Obstzucker im geringsten angegriffen wird; während die in den Früchten vorhandene Säure dem Körper die Stoffe zuführt, die für den Aufbau der Jähre von ausserordentlich großer Bedeutung sind. In diesem Sinne ist besonders der Apfel zu empfehlen. Auf der Erkenntnis seiner Heilwirkung beruht auch die leider noch nicht genügend verbreitete Gewohnheit, vor dem Schlafengehen ein oder zwei Äpfel zu essen. Wer dieser Gewohnheit huldigt, wird an sich selbst die gesundheitsfördernde Wirkung dieses einfachen diätetischen Mittels erproben haben. Vor allem empfiehlt sich das Mittel für solche Leute, die beim Erwachen am Morgen über einen so papigen Geschmack im Munde klagen; sie werden sich überzeugen, daß ein oder zwei Äpfel vor dem Zubettgehen nicht nur diesen Geschmack vertreiben, sondern auch dafür sorgen, daß die Mundhöhle rein und von einem frischen Geschmack erfüllt wird, der zur Genüge beweist, wie gut der am Abend gegessene Apfel seines säuernden Amtes gewaltet hat. Das sollten vor allen Dingen die Mütter bei der Kinderpflege beherzigen; es liegt durchaus im Interesse der Kleinen, daß sie frühzeitig an gewöhnen werden, regelmäßig abends vor dem Schlafengehen ein oder zwei Äpfel zu sich zu nehmen. In der Zeit vor der Äpfelreife tut aber auch anderes Obst gute Dienste.

## Von fremden Völkern.

### Bei den Tuaregs.

Interessante Einzelheiten über das Leben der Tuaregs, des wichtigsten der Berberstämme in der Sahara, berichtet in der in Tripolis erscheinenden Zeitschrift „Italia in Oriente“ der italienische Hauptmann Petraganti, der vier Jahre lang in der Gefangenschaft der Senufi verbracht hat. Die Männer des Stammes, die in vollständiger Unbildung aufwachsen, sind Räuber und Banditen, die an den Brunnen der Karawanenstraße auf der Lauer liegen und von hier aus die Karawanen überfallen. Im Gegensatz zu den Männern können alle Frauen ihre eigene, wohlklingende Sprache lesen und schreiben, eine Sprache, die man ganz nach Belieben von rechts nach links, von links nach rechts, von oben nach unten oder von unten nach oben schreiben kann. Die Frauen führen in der Jugend eine unbeschränkt freies Leben; in der Ehe aber sind sie die treuesten Gattinnen. Wird ein Kind geboren, so tritt der Vater vor das Bett, und hält den ersten besten Vorübergehenden an. Das erste Wort, das dieser spricht, wird als Name für das Kind genommen. Es ist deshalb kein Wunder, wenn die Tuaregs die feinsten Namen führen. Sie sind übrigens erstaunlich widerstandsfähige Kämpfer. Wenn ihnen unterwegs das Wasser ausgeht, so machen sie einen Einbruch in eine nahe der Augenhöhe liegende Ariecke des Reittieres und entziehen der Wunde bis zu zwei Liter Wasser, das sie mit Bier trinken. Haben sie Hunger, so schneiden sie aus dem Buxel ein festes Stück Fleisch von etwa 1 bis 3 Kilogramm Gewicht, das sie mit der „Wüstenmilch“ draten, von dem die Wüsten überflutet ist. Die Reittiere erleiden weder durch die Wüstenentleerung noch die Entnahme des Fleisches aus dem Buxel irgend welchen Schaden, da die Wunden leicht heilen und verheilen.

### Der japanische Nationalpoket.

Der Monat Mai bezeichnet den Höhepunkt im sportlichen Leben Japans. Findet doch in diesem Monat das zweite der Jahresturniere des „Sumo“ statt, des nationalen Kampfsportes, das den Lieblingsport aller Schichten des japanischen Volkes bildet. In Tokio, wo das Turnier zweimal im Jahre ausgetragen wird, ist das riesige Amphitheater, das 13 000 Zuschauer faßt, Tag und Nacht bis auf den letzten Platz von Zuschauern besetzt. Die Kämpfe dauern zehn Tage und enden damit, daß der Sieger als Meister der Saison ausgerufen wird. Der „Sumo“ ist ein uralter japanischer Sport. Das erste Turnier reicht bis zum Jahre 23 v. Chr. zurück. Es ist ein Kampfsport, für das sich selbst der Kaiser interessierte, und wenn hohe Würdenträger ein Mitglied der kaiserlichen Familie bei sich zu Gast sehen, so feiert in dem Unterhaltungsprogramm, das zu Ehren des Gastes aufgestellt wird, niemals ein „Sumo“-Kampf. Die teilnehmenden Kämpfer sind Kriegergestalten und von einem Körperumfang, der es bedingt, daß sie nur schwer aneinander herankommen. Nach einigen massierten Angriffen stürmen die Gegner, die es nicht unterlassen, vorher ein Salzorn als Glücksbringer zu sich zu nehmen, aufeinander los, wobei sich jeder bemüht, den Gegner nicht etwa zu Boden zu werfen, sondern aus dem Kreis, in dem der Kampf stattfindet, herauszubringen. Oft gelingt es dem Stärkeren, den anderen vom Boden aufzuheben, und wie ein Bündel über die Umgänzung der Arena zu werfen. Es ist ein Kampf, der ganz auf Willen, Finten und virtuose Handgriffe gestellt ist, deren gute Ringer bis zu zweihundert kennen und in Anwendung bringen.

## Neue Romane.

Mag Hermann: „Der Hühnerling“. Roman, Geben Alpenhäuser, Verlag Potsdam. Wer sich eine Feierliche Kisten will, der nehme diesen Roman zur Hand. Glaubt man den ersten Seiten nicht, so ist ein feingebildeter Dichter aus der plebejischen Welt hervorgegangen, in dem Land erhabener Menschen, in dem sich die spannen Kämpfe des Hühnerlings abspielen, die wir miterleben. Ein Mensch, den die Gewissheit und Anwesenheit des Kapitlins in die Berge vertriebt, wo er den Tod einer alten Frau erlebte, deren Tochter im Kauf des Lohbergesessenen an sich reißt, um zu der Menschen zurückzuführen, und wieder angezogen zum Menschen in die Berge zu gehen, bringt zu uns. Tief und unerschrocken, weil er in seiner eigenen Kraft steht. Auf höchster Bergeshöhe leben wir ihn dann leben, inmitten seiner Pappeln, bis er dem Spiel seines Lebens nachgegeben, zufrieden bis er einer Verzweiflung zu sich reißt, der seinen Tod und seine Seele miterlebt, um ihn dann wieder zu beschließen und zu der Menschen zurückzuführen. Das Hühnerpiel des Hühnerlings führt er als eigene Arbeit und Erfahrung vor. Und gerade, als ihm die Wunden, in denen sich mörderische Spitzer wiederfinden, erschlagen werden, aus den unerschrockenen Lebensweisheiten des Toten ein Reich. Das alles geht wie ein Traumspiel ab, bis uns der Dichter wieder zu den letzten Büchern führt, gleichsam um uns zu sagen: Ich bin über dieser großen Bürgerlichkeit hinweggegangen und weiß, daß sie die große Bedeutung, die sie in ihrer ererbten Bedeutung nicht niemals abgeben oder lassen können. Mit jeder Reibung ist die Sprache in klapper Gewand gefaltet, Reibung nach Möglichkeit mit ganz reinem ironischem Schluß. Die Gegenstände in der Behandlung der verschiedenen Personen sind prächtig herausgearbeitet. Das kommt der Roman auf einen Ton fortwährenden Erlebens und läßt ihn lange, bald lassend, bald tiefgreifend, in uns nachklingen.

Hermann Ungar: „Araber und Römer“, zwei Erzählungen, E. S. Tal u. Co., Verlag Leipzig, Wien, Zürich. (Gesamt 12, geb. 15 Mark.) Ein junger Deutscher geht hier unerschrocken in die Mittel menschlicher Liebe und gibt durch die Schilderung in der Ägypten dem Erleben seiner beiden Erzählungen eine außerordentlich hohe Linie. Der Dichter schreit nicht zurück, die reinen Gedanken, die seine Menschen mit unerschrockener Offenheit

niederschreiben, und erreicht damit eine Meile der Schilderung, die uns fesselt. Gerade in diesen Stellen, die so viele Gefahren und Gefahren bergen, beweist Hermann Ungar seine hohe Könnenkraft: alles sagen zu können und nicht zu verlieren. Das ist eine hohe Kunst. In der ersten Erzählung „Ein Mann und eine Magd“, bildet ein Lager eines in einer Stille zwischen großen Kanonen eingezogenen Arabers, der an der Magd des Hauses, die kampfartig und herbstlich durchs Leben geht, seine ersten Erregungen erlebt. Mit einer solchen Kraft erlebt, daß er als Mann, in Amerika nicht geworden, in das Spital zurückgeführt, feistame Rede an der Magd zu hören. Sie geht mit ihrem Wasser ohne Widerstand und er verkauft sie für 5 Dollar in ein Fremdenhaus. Dann verliert er sie trotz vieler Rücksichtungen aus den Augen, bis eine Frau ihm einen zwölfjährigen Jungen bringt, den die Verhältnisse ihm zur Erziehung übergeben hat. Das Kind wandert in bester Eile, in dem er erregt und für das er eine große Stille gemacht hat. Der Mann des Kindes aber, und das ist seine große Qual, erfährt er nie. Die zweite Erzählung „Geschichte eines Mörders“, die in einem Nord ausläuft, läßt uns der Dichter durch den Mund des Mörders, der bereits viele Jahre im Zuchthaus abgibt, erzählen. Der Mörder erzählt die Gestalt seines Vaters, eines Militärbeamten, den ein Vergehen in keine kleine Gefahr brachte zurückzuführen, für welchen nur der Augen. Ein hübscher Barbier bringt den sich immer mehr in hermalösen Dingen verfallenden Mann so weit, daß er einen Fremden, der in der Stadt eintrat, als den Verfolger seiner Vergehen ansieht, um sich um ihn in jämmerlichen Bitten zu erwidern. In des Fremden Gegenwart schlägt der Sohn den Vater, der seinen Jähre nicht einsehen will, ins Gesicht und wird von ihm weggeschleppt, um getötet zu werden. In die nun folgende widerliche Erzählung, bei der in des Arabers Gegenwart die Gestalt des Barbiers zurückführt, kommt erklärungsbekend der Freude und wird von dem Jungen niedergebissen. Schon lautet die Magd. Diese letzte Szene ist mit grandioser Meisterkraft erlebt. Wie es diese Dinge ruhig und ohne erschütternde Riesel behandelt. Hier kommt mit ersten Augen ein wirklicher Dichter, der eine Zukunft hat, in die Seelen unerschrockener Menschen.

Witold Gollub, „Der“, Teil u. Co., Verlag Leipzig, Wien, Zürich. In ein feistames Menschenleben führt uns der Autor. Ein Mann, der eine Karawansführer, eine erhabene Stelle erreicht, lebt als kleiner Kaufmann verheiratet in einer kleinen Stadt, ein Leben, das ein einziges Jähre nach Geld bedeutet. Geld

Geld will er sich schaffen, ein neues Leben zu beginnen, um Frau und Kind vor Elend zu schützen und die Zukunft sorgenlos zu gestalten. Die Gier nach dem Gelde läßt es nicht zu, daß er seine langankende Frau durch eine Waise vor dem sicheren Tode rettet. Sie muß an der Gier des Mannes sterben. Seine ganze Liebe wirt er nun auf sein Kind, das ihm ein mächtiges Schicksal durch ein Sturzunfall entzieht. Nun steht er allein und unerfüllter nach, um den sich verzehrend und verfolgt gläubenden Mann, die Sucht nach dem Gelde. Er bewahrt seine Mitmenschen und fällt mit besonders hohem Ausmaß, das er eben genommen, einer Dirne in die Hände, die ihn, da er nun sicher zu gehen, angibt, das Geld habe er gestohlen, der Polizei übergibt. Das Geld wird ihm genommen, und die Gier wirt ihm im Gefängnis den Strich um den Hals. Er mordet sich selbst. Die Erzählung hebt sich nicht sonderlich über den Durchschnitt realistischer Schreibweise. Nur in wenigen Szenen blitzen erregende Schicksalsmelodien aus. So zum Beispiel, wo ihm das eben geliebte Kind in den Leben gebracht, er verzweifelt bittet und drängt, sich zu weihen. Dann wieder quält die Art des monotonen Geldnachstrebens mit dem unbestimmten Lebensziel des Mannes, der eigentlich, nachdem er allein auf der Welt steht, gar nicht reich sein will, was er mit dem Geld anfangen soll. Immerhin ist ein Buch das Schicksal gibt, wenn es auch, verrent, mehr interessant erscheint, als ergründet.

Joseph Gregor, „Von der Leidenschaft und vom Sterben“, Verlag E. S. Tal u. Co., Leipzig, Wien, Zürich. In sechs Kapiteln erzählt Joseph Gregor mit der Leidenschaft und dem Sterben auseinanderzusetzen, und greift dazu aus dem Chaos erdlicher Verzerrungen heraus, was halbwegs nach Leidenschaft riecht. Und was gingen Groll und Leidenschaft getriebene Wege? Und das Sterben ist bei Gregor der Schlußstein erdlicher Handlungen. Der Titel führt also irre und Erwartungen werden erweckt, die nicht gehalten werden. Ein reiner Genuß bleibt nur bei der ersten Erzählung „Götter“, weil das Erleben einer Leidenschaft in einem Rahmen schwingt, der wie ein höherer Traum in der Natur selbst kein bestes Vorbild findet. Manche Erzählungen sind aus verkehrtem Triebleben herausgezerrt und auf Postamente gestellt, die zwar das Bestmögliche der heißen Themen bezeugen, aber keine Erfüllung und Erhebung tragen. Die Erzählungen stammen aus den Jahren 1912-16, sind also, und das ist immerhin erfreulich, keine Jugendschmucke an die geschäftsmäßige Gier der neuesten Lage. Walter Macawst,

# Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und wird durch die Haupt-Expeditoren: Hauptstraße 46, durch die Zweigstellen: Postfachstraße 22, bei Junges, die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 7 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Abonnement: 1.20 Mtl., monatlich 5.10 Mtl., vierteljährlich 15.30 Mtl. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 18.30 Mtl. (ohne Postgebühren), bei uns durch die Post monatlich 6.10 Mtl., vierteljährlich 18.30 Mtl.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 3.— Mtl., auswärts 3.25 Mtl., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 Mtl., Stellengesuche, Verträge, Verdingungen und Wohnungsmitteln 0.40 Mtl. Kleine Anzeigen von 10 bis 20 W. bis 10 W. bis 10 W. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (12 Tage vorher) in der Haupt-Expeditoren Hauptstraße 46 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

## Sozialdemokratie und Regierungsprogramm.

### Noch kein weiterer Vormarsch der Engländer.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Oppeln: Die politisch-militärische Situation ist unverändert. Die nördliche Front, die dahin geht entscheidende Operationen der Engländer zu verhindern oder doch wenigstens so lange hinauszuzögern, bis eine Lage geschaffen ist, die den Polen die bisher von ihnen durch die stillschweigende Duldung und Mithilfe der Franzosen erzielte Erfolge sichert, scheint innerhalb der 3. K. gestagt zu haben. Der Komd hat sich bisher geweigert, in dem vom Aufbruch durchbrochen Gebiet den Kriegszustand zu erklären. Die Folge davon ist, daß das Eintreffen der englischen Truppen, von dem die drangsalierte Bevölkerung die Rettung und Befreiung aus ihrer unerträglichen Lage erhofft, bisher fast noch keine Resultate gezeitigt hat. Der einzige positive Beschluß, der dort heute früh zustande gekommen ist, war, wie schon gesagt, die Schaffung einer neutralen Zone zwischen den beiden kämpfenden Parteien, wobei die Franzosen lediglich daran denken, einen nur wenige Kilometer breiten Streifen zwischen dem deutschen Selbstschutz und die Polen zu legen. Der wohl nicht unbeabsichtigte Zweck einer solchen Maßregel würde der sein, daß die polnischen Aufmärsche in dem ihnen überlassenen Gebiet, das mindestens zwei Drittel der ganzen Abstimmungszone umfaßt, sich noch freier und ungehindelter betätigen könnten, als bisher und die Herrschaft auch in den von ihnen noch unbesetzten Städten des Industriegebietes an sich reißen könnten. Die Franzosen begünstigen diesen Plan auch dadurch, daß sie sich weigern, ihre Truppen in diesen Städten durch die Engländer ablösen zu lassen, wie dies von englischer Seite ursprünglich beabsichtigt war.

### Ein Freikorpsheld.

Der Führer der Freiwilligentruppe, welche in Reisse im unbesetzten Gebiet Oberschlesiens unseren Genossen Hertwig bedrohte, und auch sonst mehr durch innerpolitische Störungen als durch Feindtaten gegen die Polen glänzte, ein Oberleutnant H. U. Schmidt, gegen den bereits Verhaftungsbegehre erteilt waren, ist jetzt endgültig mit seiner Truppe aus Oberschlesien verschwunden. Der Mann wurde vom deutschen Selbstschutz als Angehöriger nicht anerkannt, da er seinen Angehörigen phantastische Versprechungen machte.

### Die in Oberschlesien gefangenen Polen.

Anlässlich der in letzter Zeit von polnischer Seite vorgebrachten Beschuldigungen über die Verhältnisse im Internierungslager Sielow bei Koitbus haben die zuständigen Stellen Ermittlungen angestellt, die zum Ergebnis hatten, daß sich in dem Lager zurzeit etwa 600 Personen befinden, die anlässlich der Kämpfe in Oberschlesien festgenommen wurden. Ein großer Teil dieser Personen ist im Interesse ihrer eigenen Sicherheit abgehoben worden. Andere, darunter eine Anzahl von Leuten, die selbst Hallerjohann zu sein zugaben, sind mit der Waffe in der Hand gefangen genommen worden. Geistliche und Geiseln befinden sich nicht im Lager, sind auch nie dort gewesen. Die Behauptungen über Mißhandlungen im Lager sind unzutreffend. — Die 3. K. in Oppeln ist durch den deutschen Bevollmächtigten ersucht worden, über den weiteren Verbleib dieser Personen Entscheidung zu treffen. Soweit die Internierten nur ihrer persönlichen Sicherheit wegen festgenommen worden sind, ist bereits ihre sofortige Freilassung angeordnet.

### Mängel der deutschen Organisation.

Der ober-schlesische Sonderkorrespondent der „Frankf. Ztg.“ schreibt: Wenn irgendwo, so ist für die Behandlung der ober-schlesischen Frage vollständige Einheitlichkeit der deutschen Politik und der ihr ihre Vertretung bestimmenden amtlichen und privaten Stellen ein unbedingtes Erfordernis. Man mag über die am besten zu dem Ziele der Erhaltung Oberschlesiens und seiner Volksteile beim Reich führenden Wege verschiedener Meinung sein und sich darüber auseinandersetzen, aber unter keinen Umständen dürfen solche Meinungsverschiedenheiten eine dauernde Belastung der deutschen Politik bilden. Und ebensowenig ist es angängig, daß als „Dezentralisation“ ein Durch- und Nebeneinandergerieren platzgreift, das die Einheitlichkeit und Geschlossenheit löst. Es muß aber gesagt werden, daß unter einer solchen falschen Dezentralisation die amtliche Politik in bezug auf Oberschlesien zum Nachteil der Sache gelitten hat, weil sie nicht von einer einzigen verantwortlichen Stelle einheitlich geleitet, sondern von einer ganzen Reihe verschiedener Instanzen gemacht wird. Das beginnt schon bei den Zentralstellen in Berlin, wo das Auswärtige Amt, das Ministerium des Innern, sowohl das preussische wie das Reichsministerium und endlich das Staatskommissariat für die öffentliche Sicherheit sich in die Kompetenzen teilen und unabhängig voneinander ihre Befehle erlassen. Und das geht in der verschiedensten Weise nach unten fort, so daß in Breslau, wo der Sitz der meisten ausführenden Organe ist, mehr als ein halbes Duzend amtlicher und nichtamtlicher Stellen ober-schlesische Politik macht. Diese Vielregiererei hindert ein Zusammenarbeiten und hat zahlreiche Kompetenzstreitigkeiten zur Folge. Viel Kraft wird dadurch absorbiert. Es war von Anfang an ein Unglück, daß die für Deutschland unangenehmen Bestimmungen des Friedensvertrages, die jede amtliche Propagandaarbeit von deutscher Seite verboten, zu einem

Nebeneinander mehrerer Stellen führten. Während auf polnischer Seite Korstanty in dreifacher Eigenschaft, als Viehhygienekommissar, als Leiter der polnischen Propaganda und endlich, wenn auch nicht de jure, so doch de facto als Vertreter der polnischen Regierung bei der Interalliierten Kommission tätig war, mußten auf deutscher Seite dafür drei verschiedene Stellen geschaffen werden. Als Bevollmächtigter bei der Interalliierten Kommission wurde nach Fühlungnahme mit General Le Rond Fürst Haffelstedt bestellt. Seine Mitarbeiter waren Graf Braichma und ein nach Oppeln geschickter Beamter des diplomatischen Dienstes, Legationsrat v. Wolke. An der Spitze des Viehhygienekommissariats steht der ehemalige Bürgermeister der kleinen Stadt Koberg bei Beuthen, Urbanek. Die Leitung der deutschen Propaganda endlich liegt in der Hand des schlesischen Ausschusses, einer aus allen politischen und wirtschaftlichen Verbänden paritätisch zusammengesetzten Organisation, die die Nachfolge des auf Grund des Friedensvertrages aufgelöster Staatskommissariats für Oberschlesien übernahm. An seiner Spitze steht der ehemalige Landrat Lufschel, ein Mann von nicht gewöhnlicher Willens- und Tatkraft, dessen Energie des Handels ihm viele Gegner verschafft hat. Er gehört politisch dem linken Flügel des Zentrums an, bezieht aber gleichzeitig das volle Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Endlich hat das Staatskommissariat für die öffentliche Sicherheit eine eigene Stelle in Breslau, die sich mit Dingen befaßt, die über die Kompetenzen der Berliner Zentralstelle weit hinausgehen. Neben diesen amtlichen und halbamtlichen Stellen ist da noch eine ganze Reihe privater Organisationen, wie der Schutzbund, die Vereinigten Verbände der Heimkehrer usw., die alle mit sehr weitgehenden Befugnissen ausgestattet, ihre eigene Politik zu machen.

Diesem Zustand baldigt ein Ende zu machen, ist ein Gebot der augenblicklichen Lage, die weiterhin auch dadurch erschwert wird, daß auch innerhalb der politischen Parteien die Einheitlichkeit des Handelns zu wünschen übrig läßt. Der für die Dauer des Abstimmungskampfes beschlossene Burgfrieden wird häufiger durch Parteikämpfe hinter den Kulissen durchbrochen. Was in anderen Situationen das getrennte Marschieren und das vereinte Schlagen die beste Taktik sein. Angesichts der politischen Front ist es dringend notwendig, daß auf deutscher Seite die gleiche Einheitlichkeit des Willens und Handelns gegenüber gestellt wird.

### Das Zögern der Entente.

Immer noch werden über Oberschlesien Noten zwischen London und Paris ausgetauscht und wird ein großer Streik darüber geführt, ob vor der Arbeitsaufnahme der Sachverständigenkommission in Boulogne eine Konferenz des Obersten Rates stattfinden soll, die den Sachverständigen Richtlinien mit auf den Weg gibt oder ob ohne Boulogne die Sachverständigenkommission an die Arbeit gehen soll. Bereits heute liegen Anzeichen dafür vor, daß, wie so oft auch diesmal Briand aus dem Streik für die französische Auffassung bezüglich des ober-schlesischen Problems nicht. Diesen Nutzen zu einem völligen französischen Siege auszugestalten, ist die französische Regierung offensichtlich durch Vermittlung des italienischen Kabinetts bestrbt.

### Gegen das deutsch-demokratische Werben um die Volkspartei.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Die Ausführungen unseres Genossen Wels in der Donnerstagsagung des Reichstages, soweit die Erweiterung der augenblicklichen Koalition durch die Volkspartei abgelehnt wurde, beantwortet die „Tägliche Rundschau“ folgendermaßen: „Bisher hat doch die Deutsche Volkspartei nicht die geringste Neigung verraten, in diese Regierung einzutreten. Sie hat das Ultimatum aus wohl erwogenen Gründen abgelehnt und daraus die selbstverständlichen Folgerungen gezogen. Wenn die demokratische Presse Tag für Tag vom Eintritt in die Regierung sprach, die sie bald als heilige Pflicht, als unabwendbare Forderung verlangte, so haben doch solche Scherze mit ernsthafter Politik nichts zu tun und belasten jedenfalls nicht das Konto der Volkspartei. Das Ultimatum ist angenommen worden und dieser Tatsache muß Rechnung getragen werden. Man wird abwarten müssen, wie die neue Regierung die Erfüllung des Ultimatum zu verwirklichen gedenkt. Die Stellungnahme zum Ultimatum zieht eine Scheidelinie, macht aber weder grundsätzliche Oppositionen noch einige vorläufige Vertrauensklärungen notwendig.“ „Allem Anschein nach hat die „Tägliche Rundschau“ die Reden Stresemanns während der Parlamentssitzungen die nur ein Sehnsuchtschrei nach der Regierung waren, überhört. Aber ganz abgesehen davon, es gilt im Augenblick nicht mit der Volkspartei zu rechten, sondern die entrücktesten Demokraten darauf aufmerksam zu machen, daß ihr Bitten und Flehen um die Volkspartei, wie aus dem vorstehenden Kommentar hervorgeht, im Augenblick wenig Zweck hat. Sollten die Herren dennoch den Ruf nach der Rechten weiter über oder gar Konsequenzen ziehen — natürlich nur zum eigenen Schaden — dann würde auch der Sozialdemokratie nichts anderes übrig bleiben, als durch einen Appell an das Volk, die Entscheidung darüber treffen zu lassen, ob eine republikanisch demokratische Regierung versuchen soll, die Verpflichtungen zu erfüllen oder die Entente das Ruhrgebiet besetzen, und somit neues Glend über die deutsche Bevölkerung bringen soll. Jedenfalls ist die Sozialdemokratie nicht im Geringsten geneigt, das Vertrauen, das die Vorkriegsregierung einmal im Auslande gewonnen hat, durch die parteiugewisslichen Wortspiele der Demokraten zu verlieren.“

### Kein Telegramm Wirths nach Wien.

W.B. meldet aus Berlin: Zu der Wiener Meldung eines hiesigen Morgenblattes, nach dem ein Telegramm des Reichsfanzlers die deutschösterreichische Regierung ersucht hätte, auf das Unterbleiben weiterer Anschließungen hinzuwirken, erfahren wir von glaubwürdiger Stelle, daß ein solches Telegramm nicht ergangen ist.

### Die große Reichstagsdebatte.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Auch am Donnerstag war der Reichstag wieder außerordentlich stark besetzt und ein zahlreiches Tribünenpublikum zeigte, daß die Bevölkerung an den hochpolitischen Vorgängen regen Anteil nimmt. Die Reihe der Redner aus dem Hause eröffnete unserer Parteifreund Wels mit einer klar gegliederten und wichtig wirkenden Rede, die vor allem ihre Pfeile nach rechts hin sandte. Nochmals sagte Wels die Gründe zusammen, die unsere Partei zur Annahme des Ultimatum bestimmt hatten, und abermals schleuderte er den Reichsparteien die ganze Schande ihrer verbrecherischen Politik ins Gesicht. Bis zu welchem moralischen Tiefstand die Agitation der Reichsparteien gesunken ist, zeigt unser Redner an dem Beispiel eines deutschnationalen Schreiers, der bei einer Berliner Skageralkfeier geradezu zur Ermordung der nach Leipzig reisenden englischen Zeugen aufgefordert habe. Reichskanzler Wirth antwortete im Verlaufe der Debatte unserem Genossen, daß der Berliner Polizeipräsident gegen jenen Redner schon ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet habe. Wels geißelte die Orgepolitik in Oberschlesien, er predigte den neuen Geist, der in der ganzen Welt erstehen müsse, und schloß mit einem lebhaft applaudiertem Bekenntnis zu den unergänglichen großen Zielen der Menschheit. Das Zentrum schickte einen seiner Arbeitervertreter vor, den Westfalen Johannes Becker, der in halbstündiger Rede und mit gewandten Worten die Politik seiner Fraktion vertrat. Völlig eindrucklos blieb der deutsch-nationale Fraktionsredner Edler von Braun. Der Mann ist Präsident des Reichswirtschaftsrates, nebenbei gesagt, einer der überflüssigsten Einrichtungen der Welt, denn der Reichswirtschaftsrat hat die Käseidee zur Karriere verzerrt. Sein sichtbarstes Ergebnis ist, daß alle Großkapitalisten aus Industrie und Handel nur 1. Klasse auf Reichskosten spazieren fahren. Der Edle von Braun beteuerte weinerlich, daß die Bestehenden keine Steuer-sabotage getrieben hätten. Sein antiemittisches Herz verriet der nicht sonderlich intelligente Herr durch seinen Angriff auf den „stark jüdischen Einschlag“ des neuen Kabinetts, zum Schluß wurde er dreist und ausfällig gegen die Regierung wegen ihrer ober-schlesischen Politik. Im übrigen wollen die Deutschnationalen so gnädig sein, die Regierung danach zu beurteilen, wie sie sich zu der gefürchteten Enteignung von Privateigentum stelle. Dann kam der von Herrn von Braun provozierte neue Aufbauminiater Dr. Rathenau zu Wort. Eine kleine Sensation. Herr Rathenau hatte vorher mindestens eine Stunde lang mit Stimmes konferiert. Dennoch atmete seine Rede nicht Stinnesschen Geist. Ein Mann, der selbständig zu denken gewohnt ist, steht vor dem Reichstag und entwickelt selbständige Ideen. Auf dem sozialdemokratischen Bänken wird nicht jedem seiner Worte zugestimmt, am Schluß aber stimmen auch wir in den Beifall ein. Denn alles in allem ist dieser Minister doch ein ganzer Kerl. Kamentlich seine Worte über die Notwendigkeit einer Politik der Versöhnung sind von innerer Ueberzeugung getragen, und Beifall findet auch auf der gesamten Linken sein Hinweis auf die schwere Not Frankreichs und den ehrlichen Willen dieses Landes, die deutsche Mithilfe beim Wiederaufbau anzunehmen. Rathenau verspricht, daß er von seinem Ministerium alles fernhalten werde, was an Schiebererei und Reparationsgewinnertum sich heranzudrängen versuche. Mit großem Geschick pariert er schließlich einem Angriff des edlen Ritters von Braun und findet außerordentlich warme Töne für eine neue Geistesgemeinschaft der ganzen Welt. Während der Rede des neuen Ministers hatte der Volksparteier Kieffer den Präsidenten eingehend und demüthigte sich mit großem Erfolg, sich durch ein Uebermaß von Ungeschicklichkeit gründlich zu blamieren. Der letzte Redner des Tages war der Unabhängige Henke, dessen im ganzen kritisch gehaltenen Ausführungen doch nicht die Erwartung zerstört, daß die Unabhängigen dem Kabinett bei der morgigen Abstimmung keine Schwierigkeiten machen werden.

### Die Rede des Abg. Wels (Soz.)

Die Erklärungen der Reichsregierung enthalten ihren bestimmten Ausdruck durch die völlige Unterwerfung unter den Zwang der Versöhnung, die so hart und so deutlich in seiner Erklärung der früheren Regierung zum Ausdruck kam.

wird  
desh  
sch  
inge  
lader  
zung  
wird  
Der  
den  
mini  
Troh  
aus,  
zu  
und  
kann  
Kraj  
Bree  
Land  
nati  
zum  
Gew  
Mil  
die  
Heb  
Ber  
sch  
Int  
grü

Ich  
Abi  
Aus  
um  
Ma  
wer  
gen  
Wü  
ger  
ein

tre  
Be  
anf  
ner  
der  
in  
Fu  
sch  
laf  
stei  
ein  
Ge  
we  
br  
Dr  
de

16  
da  
be  
fo  
St  
de  
D  
fu  
di  
je  
U  
S  
D  
u

und wohl auch nicht kommen konnte, weil alle früheren Regierungen vor dem 1. Mai abgeben mussten, das heißt vor dem Ablauf der Frist, in der die Reparationskommission die Verpflichtungen Deutschlands festzustellen hatte. Die Annahme des Ultimatums durch die Mehrheit des Hauses hat die Spannung gelöst, die über der Welt hing. Es war auch für meine Partei ein schwerer Entschluß für

### die Annahme

zu stimmen. Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Briand und des Wiederaufbauamministers Lacroix haben die Absichten einer politischen Versöhnung der Sechsmächte zu nichts gemacht. Wir haben meiner Ansicht nach jetzt feststellen können, wenn auch kein Ultimatum erfüllen können, uns von dieser Seite ein Ueberverweilungsverbot kaum noch droht. Wir hätten das Ultimatum nur zurückweisen brauchen und die Franzosen hätten heute im Ruhrgebiet, während Korfanty mit seinen Banden unumschränkter Herrscher von Oberschlesien wäre. (Sehr richtig!) Mit der Annahme des Ultimatums hat das Kabinett Wirth die Verpflichtung übernommen, die äußersten Anstrengungen zu machen, das Finanzbudget zu erfüllen. Wegen seiner notgedrungenen Ueberverweilung unter den übermächtigen Willen unserer Feinde ist Deutschland ja dann von den sogenannten Deutschnationalen als ein Volk der Lüge und das Kabinett Wirth, das Kabinett der Erfüllung, als eine Regierung der Lüge bezeichnet worden. Die Herren von der Rechten wären froh, wenn es so wäre. Aber eine Regierung, die sich den eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen versucht oder in ihrer Erfüllung lässig wäre, wäre sehr rasch am Ende ihres Reichens. Somit die Annahme ihres Ultimatums ein unabweisbare Notwendigkeit war, um den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands abzumildern, so liegt uns allen jetzt die gebieterische Pflicht ob, wenigstens insoweit zu erfüllen, bis alle Gutwilligen und Gutgläubigen der ganzen Welt anerkennen müssen, daß Deutschland das geleistet hat, was es zu leisten mit aller Kraftausbeutung imstande war. Es ist heute nicht die Zeit, die begangenen

### Fehler des Kabinetts Fehrenbach

Marquillen. Nur die eine Feststellung sei hier gemacht, daß jetzt selbst Vertreter der Parteien, die in der vorigen Regierung waren, ihr vollkommenes Verlangen eingestehen. Ich will mich nur auf das Zeugnis des früheren demokratischen Ministers Dernburg berufen, das wohl niemand zurückweisen wird. Er hat im "Berliner Tageblatt" erklärt, das Kabinett Fehrenbach sei reiflos gescheitert insbesondere durch den Mangel an erprobten Fachleuten in seiner Mitte und das Fehlen resoluter Entschlossenheit in allen wirtschaftlichen Dingen. Es ist eine eigentümliche Ironie des Schicksals, daß dieses meiner Meinung nach unannehmbare Urteil gerade über

### das Kabinett der Sachminister

erfällt werden muß. Es zeigt sich, daß man noch kein großer Feldherr ist, wenn man sein Volk in die tiefsten Niederlagen hineinführt und daß man noch lange kein Sachminister ist, wenn man sich dafür ausgibt und anpreisen läßt. Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Herzog, hat am 10. Mai mit jener prophetischen Sicherheit, die ihn stets auszeichnet, erklärt, daß der Ruhrstreik um seiner selbst willen zum Ruin Deutschlands von Frankreich in Aussicht genommen ist. Sicher ist bekanntlich Reits das Gegenteil von dem eingetreten, was Herr Herzog vorausgesagt hat. Die

### Bekämpfung der Kriegsverbrechen

scheint jetzt erdlich in Gang kommen zu wollen. Wir bedauern auf das Aufrichtigste, daß nicht alle Völker an diesen notwendigen moralischen Säuberungsprozess herangehen, der darin besteht, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die ihre militärische Kommandogewalt zu gemeinen Verbrechen mißbraucht haben. Die

### Durchführung der Entwaffnung

ist für die Reichsregierung ein dringendes Gebot. Wenn jetzt nicht ungehindert und entschlossen die Auflösung der kaiserlichen Einwohnerwehren durchgeführt wird, dann bedenken Sie wohl — könnte noch vor dem Eingreifen der Entente das den Bürgerkrieg in Deutschland bedeuten. Dasselbe, was von den Einwohnerwehren gesagt ist, soll auch für

### die Freizeits

gelden, deren gemeinschaftliches Wirken Deutschland in die schlimmste außenpolitische Schwierigkeit bringen kann. Trotz des Entschlusses des Herrn Reichspräsidenten wurde noch am Dienstag in der Provinz Brandenburg ein Plakat angehängt, in dem Freiwillige für Oberbefehligen gesucht werden. Gebiete Infanterien usw. (Hört! Hört! bei der Soz.) Wenn ein solches Plakat auch nur eine Straße angehängt wäre, sollte man meinen, daß die Vertreter der Regierung und der Polizeibehörden die ersten wären, die den Leuten die Bude schließen und in näheren Gemahnen bringen ließen. (Sehr wahr! bei den Soz.) ehe sie größeren Schaden anrichten.

Die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatums müssen notwendigerweise hart und drückend sein. Freilich haben die Demagogen im Lande von rechts und links es leicht zu bekommen, daß die Un-Rechtlichkeit das deutsche Volk in die Sklaverei der Entente verurteilt habe, als ob es einen Weg gegeben hätte, diese Schuldenlast zu vermeiden, nachdem das kaiserliche Deutschland in diesen Krieg hineingeworfen, und ihn trotz aller unserer Mahnungen verweigert hat, bis der Zusammenbruch unabweisbar war. Man mag die Regierung Wirth mit dem ehrenwerten Herrn Helfferich, der die ganze Last der Kriegssünden den besiegten Feinden anteligen wollte, rasch als Erretter der Entente beschimpfen, wie es in der "Deutschen Tageszeitung" geschieht. Uns Sozialdemokraten und dem großen Teile des Volkes ist es immer noch lieber, wenn wir selbst unter bitteren Entbehrungen

### die Schuld des kaiserlichen Deutschland abstellen,

als das General Foch als Erretter mit Tanks kommt, und sich aus Deutschland das herausholt, was er will. Die Partei des Herrn Herzog treibt aber die Opposition um jeden Preis mit den Kommunisten und so sind diese

früheren Konventionen ein Element unserer Verzweiflung für uns geworden, denn erst jetzt wäre das Reich vollends zugrunde gerichtet worden, wenn das Volk ihnen nachhängen gelöst wäre. (Sehr wahr!) Ebenso wie die Herren von Herzog heraus, war auch

### die Scherensäge

unter der Führung des Herrn Stinnes bereit, alles zusammenbrechen zu lassen. Die schwebenden Geschäfte von der Deutschen Volkspartei waren am meisten daran Schuld, daß wir alle Gelegenheiten zu einem Abkommen mit den Alliierten, die sich uns seit Spas dargeboten haben, verkannt und verpasst haben. Eine

Verbindung mit diesen Reichsregierungen würde die Regierung nach unserer letzten Meinung um jede Kraft und um jede Autorität im Inlande bringen.

Wir aber brauchen eine feste und geordnete Politik und die Grundlage dieser Politik ist die Ausführung des Ultimatums, das Sie (noch rechts) abgelehnt haben. Die Regierung muß deshalb schleunigst die Forderungen zu erfüllen suchen, die die

### Forderungen des gesamten arbeitenden Volkes

sind. Dazu gehört in erster Linie die Befreiung des Ruhrgebietes, der kaiserlichen Gebietsverteilung nach hat. Und die kaiserliche Gebietsverteilung muß möglichst rasch beseitigt werden. Man fragt sich vergeblich und vergeblich, warum die Untersuchungen gegen die Kuppeln bei dem Ruhrgebiet überlang hat dauern müssen, wenn man gegen die kaiserlichen Gebietsverteilung schon im Jahre 1919 auf die Forderung, warum die Forderung nach dem Ruhrgebiet nicht rasch erfüllt wurde, nach der letzten Teilnehmer des Kommunistenpartei, der sich als jener Teil

später hatgefunden hat. Eine unerschöpfliche Amnestierung wäre allerdings auch meiner Ansicht nach geeignet, das Rechtsgefühl erneut zu erschüttern. Die Befreiung derer, die nur politisch interessiert und mißgeleitet waren, kann meines Erachtens eine Regierung nicht unterlassen, die sich auf das arbeitende Volk stützt und in ihm das Bewußtsein erwecken will, daß sie auch der Arbeiterklasse gerecht zu werden wünscht. Ueberhaupt möchte ich auf das Nachdrücklichste betonen, daß es eine wichtige Aufgabe ist, die Erneuerung des Volkes unserer Kraft, die in allen politischen Prozessen immer wieder verlagert, herbeizuführen.

Wir können die Lasten nur tragen durch Entwicklung unserer Industrie und Landwirtschaft. Die Rettung liegt weiter in einem sparsamen Staatshaushalt und in einer durchgreifenden Förderung der Produktion. Ich hätte es gern gesehen, wenn der Herr Reichsminister sich doch etwas deutlicher über die beabsichtigte Art der

### Aufbringung der ungeheuren Mittel

äußert hätte. Zwei wirtschaftliche Voraussetzungen sind erforderlich, um die Verpflichtungen zu erfüllen. Unsere gesamte Volkswirtschaft muß zu dauernder und zu hoher Prosperität geführt werden. Die Lasten, die die deutsche Volkswirtschaft zu tragen hat, müssen von den Trägern und Leitern der Produktion und außerdem vom Handel getragen werden. Nicht nur, weil wir Sozialdemokraten die Klassenvertreter des Proletariats sind, müssen wir verlangen, daß sie und nicht die Arbeiter und Angestellten die schweren Lasten zu tragen haben. Jeder Unternehmer, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wird aus seinen Geschäftsbüchern stellen müssen, daß seine

### Freie gegenüber den Kriegsjahren weit reicher ge-

legen sind, als die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten. Die Arbeiter und Angestellten, die außerdem von der Gefahr der Arbeitslosigkeit bedroht sind, erreichen mit ihrem Einkommen zum großen Teil nicht das Existenzminimum. Ueber die einzelnen Steuern, Monopole und Wirtschaftsgesetze, die zur Aufbringung der Reparationskosten dienen sollen, werden wir erst an der Hand der einzelnen Entwürfe der Reichsregierung eingehend sprechen können. Wir warnen jetzt schon davor, ein Programm beantragen zu lassen, die Hälfte der neuen Lasten durch Verbrauchssteuern aufzubringen und die andere Hälfte durch schnelleren Umlauf der Rotenpresse zu tilgen versuchen würden. Es erscheint in der schwierigen Situation nahezu unermesslich, Kohlenpreis, Getreidepreis und Rieten allmählich den Weltmarktpreisen anzunähern. Hier besteht aber die vornehmste Aufgabe der Regierung darin, unbedingte Sicherheit dafür zu schaffen, daß

der Gewinn aus diesen Preiserhöhungen unverfügt dem Reich zukommt, und nicht den einzelnen Besitzer irgendwelcher Reichart. Wir sind auch sehr davon überzeugt, daß die Belastung des deutschen Volkes vor allem an den Besitzern der Goldwerte nicht vorübergehen können, und wir meinen, daß hierbei alles erfaßt werden muß, zum mindesten alle Unternehmungen und der Besitz an städtischen Gebäuden, wie an städtischen Grundbesitz. Bei der Hypothek auf den Goldwert der Grundstücke für unbedingte Sicherheit hält, der mag deshalb an Stelle dessen eine entsprechende Pfandsteuer, eine Getreidesteuer, in Getreidemonopol in Naturalabgabe von 20 Prozent der Getreideernte oder irgend etwas Ähnliches vorschreiben. Die Sozialdemokratie

läßt sich nicht an der Aufgabe, die Milliardenwerte anzubringen, nur mitwirken, wenn die Lasten nicht einseitig auf indirekte Steuern und das wertvolle Volk gelegt werden, sondern wenn die Steuererhebung diejenigen trifft, die während des ganzen Krieges keine Not gelitten haben.

Wir können nicht zugeben, daß die Leistungsfähigkeit der bestehenden Schichten durch die bisherigen Belastungen erschöpft sei. Ein Teil der Besitzenden, allerdings vorwiegend kleinere und mittlere, deren in Papierwerten bestehendes Vermögen unter der Selbstentwertung zusammengefallen ist, ist von den Steuerlasten empfindlich und hart getroffen. Ein anderer Teil aber, und zwar ein sehr großer, dessen Vermögen in Sachwerten besteht, hat die Wirkungen unserer Steuererhebung bisher kaum zu spüren bekommen. Auf dieser Lasten beruht auch der geradezu unermessliche Luxus, der sich heute noch in propagatorischer Weise in Deutschland breit macht, und der im Auslande immer und immer wieder als Beweis für die Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes registriert wird. Entschlossen und härter als bisher müssen die bestehenden Besteuerungen durchgeführt werden: für uns ist die rasche und entschlossene Durchführung der bestehenden Besteuerungs- und die wirtschaftliche Erhaltung der bisher gekannten Leistungsfähigkeit gewisser Kreise der bestehenden Klassen durch neue Steuermaßnahmen die erste Voraussetzung einer weiteren Belastung der breiten Volksmassen. Die

### Übertragung von 26 Prozent an die Exporteure

würde bedeuten, daß je reicher unsere Volkswirtschaft wird, desto leistungsunfähiger der Reichslistus werden würde. Das kann die Entente nicht wollen und hier muß auch im Interesse unserer Gläubiger Wandel geschaffen werden. Ein Teil unserer Industrie hat einen anerkannten Vorrang durch die Leistungen der Technik, der deutschen Wissenschaft und der Arbeit. Der Vorrang unserer optischen, chemischen und pharmazeutischen Industrie, unserer Spielwarenindustrie, unser Vorrang in der Maschinenherstellung und in der Elektrotechnik ist so groß, und die Möglichkeit selbständiger Preisbildung in Deutschland ist so hart, daß unser Ertragsverhältnis beispielsweise diese Industrien die Exporteure selbst zu tragen vermögen. Bei anderen Industrien könnte ein fünfprozentiger Anteil der Exporteure Abgabe festgesetzt werden.

Nun ist im Zusammenhang mit dem Ultimatum und der Regierungsbildung vielfach der Gedanke vertreten worden, daß nur die Heranziehung aller Volksschichten und aller Parteien zu der Regierung die ungeheuren Lasten zu ertragen, ermöglichend könnte. Herr Dr. Stresemann hat sich hierbei sogar auf das Gewand eines englischen Diplomaten bezogen, derselbe Herr Stresemann, der vor einem Jahre noch auf einem Parteitag seiner Partei erklärte: Darüber, ob die Sozialdemokratie an der Regierung teilnehmen darf, und in welchem Umfange das geschieht, rathen wir, die Deutsche Volkspartei. Er ist freilich jetzt bereits etwas beschämter geworden. Herr Stresemann, der damals so hochmütig von der Regierung seiner Partei im Reiche und seiner Herrschaft über die Sozialdemokratie sprach, ließ sich von einem Vertreter der Entente beschleichen, daß der Eintritt seiner Partei in die Regierung der Entente außerordentlich erwünscht wäre. Wenn ich in der Sprache der volksparteilichen Blätter reden würde und mich des Tonus befleißigen würde, den man mir und meinen Freunden gegenüber von ihrer Seite bei den letzten Verhandlungen wiederholt angeschlagen hat, dann würde ich davon reden können:

Herr Stresemann hat sich als "Unternehmer" angeboten. Wir Sozialdemokraten betrachten die Frage der Regierungsbildung vor allem unter dem Gesichtswinkel der Volkswirtschaft. Alles was nützlich zur Erfüllung des heiligen Ueberbührens, muß getan werden. Bis hierher hat jeder Redner, daß die Deutsche Volkspartei, daß die von ihr vertretenen Klassen zu notwendigen Opfern bereit sind. Bis hier hat die Deutsche Volkspartei nur als Gegenstand der großen

Wirtschaft und jedes Opfer, das parteipolitische Art sein konnte, zurückgewiesen. Die Arbeiter von der breiten Masse, von der nationalen Gemeinsamkeit, von gemeinsamen deutschen Bewußtsein, und von allgemeiner Opferwilligkeit sind sehr sehr hoch und es würde gewiß vieles besser um das deutsche Volk, wenn sie mehr als Worte bei ihnen (zur Rechten) wären. Die Deutsche Volkspartei sollte endlich sagen, welche Opfer zu bringen sie für Deutschland bereit ist. Wir Sozialdemokraten haben von jedem Man zum letzten

Tag des Krieges etwas aus die in den Tod verheißten. Selbst die Mittel zur Verteidigung des Landes bewilligt und wir haben, um nicht die Mitschuld an Deutschlands Ausplünderung auf uns zu laden, selbst das Opfer der Einheit unserer Partei gebracht. Wir haben lieber den Bruderkampf auf uns genommen, als daß wir zum Schaden anderer Völker im Jahre 1919 den Altar der Nationalen feste Bahn gegeben hätten. Wir haben den Export, Steuerabzug und andere schwere Härten gegen die Arbeiterklasse unvermeidlich hingenommen. Die Deutsche Volkspartei und die von ihr vertretenen Kreise haben während des Krieges gute Geschäfte gemacht und in dem Land des besiegten Volkes nicht armer geworden. Der notwendige Uebertrag des Ultimatums in diesem Jahre hat sich Stresemann jedenfalls nicht verschämten, daß aber keine Partei nicht daran gehindert, auf die, die den Mut fanden, das Notwendige zu tun, jeden Schritt und jede Verleumdung zu häufen. Wenn man durch Nichtstun etwas leisten könnte, dann wäre allerdings die Deutsche Volkspartei die geborene Partei des Wiederaufbaues. Ehe von einer Beteiligung der Reichsparteien an der Regierung gesprochen werden kann, müssen sie zunächst den Beweis erbringen, daß sie imstande sind politische Ehrlichkeit und Verantwortungsgefühl über das enge und parteipolitisch-egoistische Interesse zu stellen, daß sie bereit sind, nicht nur über Deutschland und sein Wohlergehen zu wachen, sondern auch ernsthaft für Deutschland zu opfern aus der eigenen Tasche und nicht wie es bisher war, aus der Tasche der anderen. Bis dahin werden unserer Auffassung nach die Parteien, die die Verantwortung tragen, auch die Regierung

tragen müssen. In Preußen genau so wie im Reiche. Anderenfalls wäre es der Sozialdemokratie unmöglich, von den breiten Massen der Arbeiter und Beamten die Leistungen zu fordern, die notwendig sind, wenn Deutschland sich wieder freiarbeiten will.

Nachdem Genosse Wels noch auf deutschnationale Kuppelien, von denen an anderer Stelle gesprochen wird, eingegangen war, am er zum Schluß: Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es doch eines Tages gelingen wird, eine dauernde

Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen und mit diesem Tage wird der neue Abschnitt der europäischen Geschichte beginnen. Ein Europa, das aufhört, sich in blutigen Kämpfen zu zerfleischen, das Rechte und Freiheit allen Völkern schenkt, das arbeitet und rechnet und auf dem Wege kapitalen Fortschritts vorwärts schreitet, das ist unser Ziel, was auch das Ziel jeder deutschen Regierung sein, die unser Vertrauen finden wird.

## Die zukünftige Gestaltung der Volksschule.

Von Pastor Emil Felden Bremen.

Die sachliche Stellungnahme des Genossen Felden für die weltliche Schule und gegen die Verwirrungsparole der "Gemeinschaftsschule" erhält ihren besonderen Wert durch die Person des Verfassers. Genosse Felden beurteilt die Fragen des Religionsunterrichts, der er bemerkenswerte wissenschaftliche Untersuchungen widmete aus der Erfahrung seines Amtes.

Die neue Verfassung hat die Abfassung einer ganzen Reihe von Ausführungsgeetzen zur Notwendigkeit gemacht, die nun langsam das Licht der Welt erblicken. Augenblicklich liegt der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146, Abs. 2 der Reichsverfassung vor, der bekanntlich folgenden Wortlaut hat: "Innerhalb der Gemeinden sind auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen."

Man kann nicht gerade sagen, daß sich dieser Absatz durch besondere Klarheit und Eindeutigkeit auszeichnet. Er trägt allzusehr den Charakter des Kompromisses an der Stirn, aus dem er herausgeboren ist, und läßt eine Unmasse von Streitfragen ungeklärt. Diesem Uebelstand soll das neue Gesetz abhelfen.

Außerdem dieses kann den Charakter des Kompromisses nicht verleugnen — es ist dies ja auch gar nicht anders zu erwarten. "Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm", und das Ausführungsgeetz muß sich an das Grundgeetz halten!

Nach dem neuen Entwurf sollen in Zukunft folgende Schularten möglich sein: 1. die Gemeinschaftsschule als die Grundform, die für alle gemeinsame Volksschule. Sie erteilt Religionsunterricht im Sinne des Artikels 149 der Verfassung, wonach Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen ist; er wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft erteilt; 2. die Bekenntnisschule. Sie dient grundsätzlich zur Aufnahme von Schülern eines bestimmten Bekenntnisses und erteilt darum lehrplanmäßigen Religionsunterricht nach den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft 3. Die bekenntnisfreie Schule, in der bekenntnismäßiger Religionsunterricht nicht erteilt wird. Diese dritte Schulart teilt sich wieder in zwei Unterarten: die weltliche Schule, die alle Schüler, ganz gleich, welchen Bekenntnisses oder welcher Weltanschauung, aufnimmt und die Weltanschauungslehre, die grundsätzlich zur Aufnahme von Schülern bestimmt ist, die für eine bestimmte Weltanschauung erzo-gen werden.

Man erzieht aus dieser Uebersicht, daß das deutsche Schulwesen in Zukunft weit von jener Einheitlichkeit entfernt bleiben wird, die man nach Ausbruch der Revolution in weiten Kreisen erhofft hatte. Schuld daran sind die Verhältnisse, unter denen die neuen Schulgesetze entstanden sind. Zentrum und Sozialdemokratie waren Regierungsparteien, jede von ihnen hatte ein der anderen diametral entgegengesetztes Schulprogramm. Jede ist zu ihrem Recht gekommen, und die Parteien zwischen ihnen ebenfalls. Dem Wortlaut nach, zu ihrem Recht gekommen! Nicht aber den tatsächlichen Verhältnissen nach! Denn weltliche Schulen bestanden noch nirgends in Deutschland. Sie müßten erst errichtet werden. Dagegen gab es schon sehr, sehr viele Bekenntnisschulen! Die religiösen Gemeinschaften sind von jeder Körperhaften öffentlichen Rechte beraubt — mit Ausnahme der Frei-

religiösen Gemeinden. Diejenigen aber, die „Schulen ihrer Weltanschauung“ oder weltliche Schulen haben wollen, müssen sich erst noch zu Körperschaften öffentlichen Rechtes konsolidieren. Das ist nicht ohne Schwierigkeiten zu machen. Und wenn die Regierung des Landes oder die Verwaltung der Gemeinde etwas reaktionär ist, kann und wird sie sich darauf berufen, daß die „Ausführungsbestimmungen“ für solche Verleihung von Korporationsrechten noch nicht heraus seien, und man darum erst hierauf warten müßte. Solange aber diejenigen, die eine Schule „ihrer Weltanschauung“ haben wollen, keine Korporationsrechte haben, solange kann ihnen auch keine derartige Schule eingerichtet werden. Das spricht der Regierungsentwurf mit klaren Worten aus, wenn er in den Erläuterungen sagt: „Eine Weltanschauungsschule ist nur dann zulässig, wenn sich eine Vereinigung die gemeinschaftliche Pflege der betreffenden Weltanschauung zur Aufgabe macht und wenn die Vereinigung die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes hat.“

Es werden darum zunächst sehr, sehr wenige Weltanschauungsschulen in Deutschland entstehen können! Einen Ausweg bietet hier aber die Errichtung einer weltlichen Schule. Während die Weltanschauungsschule eine ganz bestimmte abgegrenzte Weltanschauung zur Voraussetzung hat, soll diese von solchen Schülern besucht werden, deren Erziehungsberechtigte nicht wünschen, daß sie eine Schule mit bekenntnismäßigem Religionsunterricht besuchen. Lehrplanmäßiger Religionsunterricht wird darin nicht erteilt. Trotzdem kann sie auch von Schülern besucht werden, die in einem Bekenntnis erzogen werden sollen. Solchen kann Privatunterricht in dem betreffenden Bekenntnis oder auch, solange Moralunterricht nicht lehrplanmäßig erteilt wird, dieser Unterricht privat erteilt werden. Die Schule muß dafür Räume, Beleuchtung und Heizung zur Verfügung stellen.

Dasselbe ist bei der Gemeinschaftsschule der Fall. Sie stellt die Grundschule dar, ist ungefähr daselbe, was man unter „Simultanische“ verstanden hat. In ihr wird lehrplanmäßiger Religionsunterricht erteilt, obwohl sie für kein Bekenntnis speziell bestimmt ist. Darum steht sie, wie die weltliche Schule, Schülern aller Bekenntnisse und Weltanschauungen offen. Der erteilte Unterricht wird nicht vom Standpunkt eines bestimmten Bekenntnisses aus erteilt, erfolgt vielmehr auf „der Grundlage des gemeinsamen nationalen Bildungsgutes“. Sind Schüler vorhanden, die Religionsunterricht in einem anderen Bekenntnis haben wollen, als in demjenigen, die gerade an dieser Schule erteilt werden, oder Moralunterricht, so kann dies ebenfalls privat erfolgen, und die Schule hat Räume, Beleuchtung und Heizung zu stellen.

Die Bekenntnisschule dagegen ist die richtiggehende konfessionelle Schule, wie wir sie in den Städten und besonders den Dörfern Norddeutschlands und katholischer Gegenden kennen, das Ideal aller jener Leute, die konfessionell engherzig sind. Der ganze Unterricht wird von diesem einseitigen kirchlichen Gesichtspunkte aus erteilt, die Lehrkräfte müssen dem betreffenden Bekenntnis angehören, die Bücher seinen Geist atmen. Einseitig lernen die Kinder Welt, Leben und Menschen beurteilen, in dem Maße sogar, daß in den Lesebüchern „Weglassungen von ganzen Leseblättern oder von Teilen davon, sowie Hinzufügen ganzer Stücke zugestanden werden.“ Wir werden also nette Verbalhornisierungen und Fälschungen unserer Klassiker in Prosa und Poesie erleben! Dazu kommt, daß die Beobachtung der in diesem Bekenntnis üblichen religiösen Übungen und Gebräuche in der Schule weder durch Reichs- noch durch Landesrecht ausgeschlossen werden.“ Ja, es ist nicht einmal verboten, die „Gebräuche und Übungen“ während der Schulzeit vorzunehmen, es soll nur nicht soviel Zeit darauf verwendet werden, daß der Unterrichtsbetrieb als Ganzes darunter leidet. Welch herrliche Aussicht für bigotte Lehrer und Schulschwärmer! Einzelne Fächer können und dürfen ja ruhig darunter leiden, etwa Naturkunde oder Geschichte, die ja sowieso in konfessionellem Geist erteilt werden, nur nicht Religionsunterricht! Wir haben hier die vollkommene Auslieferung dieser Schulart an die Kirche vor uns, der glatte Sieg der Reaktion.

Betrübend erscheint uns, daß in dem ganzen Entwurf nichts von der Erteilung eines religionsgeschichtlichen und Moralunterrichts die Rede ist. Er wird in keiner Schule von Staatswegen erteilt, wenn er auch in allen als Privatunterricht erteilt werden darf. Dabei wird aber ausdrücklich bemerkt, daß er in der Bekenntnisschule gewissen Beschränkungen unterworfen ist: da darf er nämlich nicht „in einer dem lehrplanmäßigen Religionsunterricht in dem Bekenntnis der Schule widerstreitenden Weise erteilt werden.“ Wer kontrolliert das wohl? Die Kirche? Wer stellt fest, wann der religionsgeschichtliche Unterricht solches Verbrechen begeht? Daß er mit dieser Bestimmung ohne weiteres jeden Augenblick aus der Bekenntnisschule hinausgewiesen werden kann, dürfte ohne weiteres einleuchten.

Die Freigeistlichen werden demnach mit diesem Schulgesetz nicht auf ihre Rechnung kommen. In welche Schule auch immer sie ihre Kinder schicken, sie müssen die Kosten eines religionsgeschichtlichen und Moralunterrichts selber tragen, während der Staat den kirchlichen Religionsunterricht bezahlt. Es wird ihnen darum nichts anderes übrig bleiben, als sich zu Gemeinschaften zur Pflege einer bestimmten Weltanschauung zusammenzuschließen und die Rechte von Körperschaften öffentlichen Rechtes zu erwerben. Vielleicht trägt dieser Zwang dazu bei, die dahin zielende Entwicklung, die notwendig kommen muß, zu beschleunigen. Ohne energische Arbeit der freigeistlichen Kreise und ihren Zusammenschluß wird es keinesfalls gehen. Jetzt heißt es für sie arbeiten, oder sie kommen unter dieäder, trotz aller Gesetze, die ihnen die Möglichkeit zu freier Entfaltung geben.

### 1. Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten.

(Vortrags.)

Pen n, als Berichterstatter der Revisionskommission, konstatiert tadellos die Führung der Kassengeschäfte und beantragt Entlastung für Giebel als Leiter der Pensions-, und für Wucher als Leiter der Hauptkasse.

U a o berichtet über die Verarbeitung des Verbandes. In erster Linie müßte fortwährend das Lügengewebe zerstört werden, das gegenwärtig über den Zentralverband verbreitet wird. Daneben habe man sich bemüht, auch dem Ruf nach gründlicher aufklärender Druckschriften Folge zu leisten. Jedoch gerade der Absatz der letzteren Schriften ist ungenügend. Ihn zu heben, sei der Ausbau des Vertrauensmännerbüros vornehmlich. Das Material, das vielfach auch (mit geringen Abänderungen) für die bürgerliche Presse sich eignen, müßte von Gau- und Ortsleitungen nach Möglichkeit auch in die bürgerliche Presse lanciert werden. Aber auch hierin, wie auch in der Übermittlung von Material an die Zentralverleiher über wichtige Vorkommnisse im Beruf sei eine große Stummigkeit der meisten Zeitstellen zu beklagen. Das vom vorigen Verbandstage beschlossene Frauenreferat ist vorurteillos eingereicht worden. Es dürfe aber nicht dazu führen, etwa ein gegenseitiges Interesse von Frauen und Männern im Beruf zu konstruieren. Es sei nach gleicher Bezahlung von Frauen und Männern für gleiche Leistung zu streben. Was aber die oft gehörte Behauptung anbelange, daß zu den Frauen am wirksamsten von einer Frau geredet werde, so habe diese Auffassung sich als wenig stichhaltig erwiesen. Kollegin G r e e k habe sich mit größter Gewissenhaftigkeit bemüht, der ihr übertragenen Aufgabe gerecht zu werden. Aber alle Erfahrungen laufen dahin, daß man sich frage: Was soll die Weiterführung eines besonderen Frauenreferats? In Bezirken mit zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft möge man tüchtige Kolleginnen als Sekretärinnen anstellen, aber nicht zur Leistung einseitiger Frauenagitation, sondern allgemeiner Gewerkschaftsarbeit. Vor allem aber sei der Ausbau des Vertrauensmännerbüros zu fördern, dann habe der Vorstand bei seiner Agitation einen festen Rückhalt im Lande.

Der Bericht über die Presse wird vom Redakteur Lang e gegeben. Fachblätter für die einzelnen Berufsgruppen seien neu eingeleitet, dagegen die früheren Gaublätter abgeschafft worden. Die Einrichtung der Fachblätter, die zudem bei den bürgerlichen Kontingenzorganisationen wenigstens nicht in der gleichen Form und Zustellung vorhanden, habe sich gut bewährt. Der Bezug der Zeitungen durch die Ortsgruppen müsse noch sorgfältiger organisiert werden. Eine Reihe von Ortsgruppen sei besser vorzuziehen, in einer großen Reihe aber müsse noch viel mehr Eifer entfaltet werden. Es könne bei der Beitragserhebung die Vorlegung der Abrechnungsquittung verlangt und erforderlich sein, falls auf den Bezug der Zeitung gedrungen werden.

Den Redakteuren des Verbandesorgans sind jährliche Mitarbeiter zur Redigierung der Fachblätter zur Seite gestellt. Gauleiter und Ortsgruppen aber mögen ebenfalls alles Wissenswerte recht zeitig einreichen.

Rechnungsbeziehungen zwischen Redakteuren und Einlefern sind nicht in erheblichem Maße eingetreten. Die verschiedenen gemeinschaftliche Behandlung des Epiranto in der Zeitung müsse Redner als nicht zum Organisationswesen gehörig ablehnen. Dem Verbandsvorstand möge eine etwaige weitere Gildierung in Sachverhalt überlassen werden.

M ö l l e r (Verbandsauschuss) berichtete über dessen Tätigkeit, die sich hauptsächlich auf die Behandlung von Beschwerden interner Art (Ausgeschüsse usw.) bezogen.

Eine Kommission zur Untersuchung der Berufungen wird eingesetzt.

Durch eine einmütige Kundgebung gibt der Verbandstag seiner Sympathie und Solidarität für die im schweren Kampfe stehenden streikenden englischen Bergarbeiter Ausdruck. Giebel stellt gegenüber der Behauptung eines Berichterstatters der „Königlichen Zeitung“, der Fabrik habe tadellos der bestmöglichen Teuerung überhöht, zu fest, daß dies lächerliche Anschuldigung ist, auf die der G. B. A. in seinem Kampfe nicht verzichten mag.

Auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission wird das Mandat des Kollegen Michael-Weiß für ungültig und werden alle anderen Mandate für gültig erklärt. Das Fehlen der obersten Delegierten (aus Befreiungsgründen) wird lebhaft bedauert und allen obersteifigen Kollegen herzlichster Gruß und Sympathie entboten.

In der Diskussion bestätigt Kollegin G r e e k (Leiterin des Frauenreferats) die Ausführungen U a o s, daß die Führung des Frauenreferats gemäß den alten Richtlinien nicht hätte vor sich gehen können, ohne die Organisation zu zerschüttern. Es bedürfe, bezüglich betrachtet, eben keine streng geschiedenen Männer- und Frauenangelegenheiten. Außerordentlich zu klagen sei auch hier wieder über mangelnde Unterstützung der Institution durch die Ortsgruppen. Eine Frau in der Hauptleitung, ohne Unterstützung durch die Ortsgruppen, sei ein verlorener Posten. Der Rednerin Vorschlag geht auf Ersetzung des Sekretariats in seiner jetzigen Form durch einen anderen großzügigen weiblichen Werbeapparat mit einer Zentralstelle im Hauptort.

Diesen Ausführungen tritt im besonderen Grete W e i n b e r g-Berlin entgegen, die entwickelt, daß es ein gutes und großes Frauenarbeitsgebiet gäbe. Die Frauenfrage bleibe immer bestehen und sei ungelöst, solange die volle Befreiung des Proletariats nicht durchgeführt. Deshalb sei den von ihr dargelegten Frauenangelegenheiten eine besondere und noch härtere Vertretung als bisher im Verband zu sichern, wobei es jedoch auch dieser Rednerin nicht auf das strikte Festhalten an Namen und allen Einzelheiten der bisherigen Institution ankomme.

### Breslau (Land) - Neumarkt.

#### Die politische Lage.

In Oswitz, Kamern, Leipe-Petersdorf und Weidenhof fanden Mitgliederversammlungen statt. Genosse G e n t s c h e -Oswitz sprach in allen vier Versammlungen über: „Die politische Lage“.

Der Redner vorband es, seine gesamte Zuhörerenschaft ca. 1 Stunde lang zu fesseln; indem er mit leicht verständlichen Worten alles berichtete, was sich in der letzten Zeit am politischen Himmel abgepielt hat. Dem Kapitel „Oberhiesler“ widmete er sich besonders und seine Ausführungen wurden oft durch Entlassungsrufe unterbrochen. Der Redner ermahnte die Genossen, sich von allen sogenannten Selbsthilfsorganisationen (Wegsch, Heimatschutz usw.) fernzuhalten. In Oberhiesler hat nur die Interaktivierte Kommission das Recht und die verdammte Pflicht und Schamhaftigkeit, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Zum Schluß sprach der Redner über den Wiedereintritt der G. B. D. in die Reichsregierung. Nachdem die Partei für Annahme des Ultimatums gestimmt hat, mußte sie auch die Verantwortung mit dafür übernehmen, daß die Beschlüsse, die aus dem Ultimatum aufzulegen, auch reiflos erfüllt werden. Das kann sie nur, wenn sie selbst in der Regierung vertreten ist. Die G. B. D. die auch für Annahme gestimmt hat, lehnte es bedauerlicherweise ab, in die Regierung einzutreten, was also die Verantwortung nicht tragen. Das ist ein sehr trauriges Miß, und auf diesem Wege wird nie das erreicht werden, was der gesamten Arbeiterschaft dringend notwendig ist, nämlich Einigkeit und Geschlossenheit. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit den Ausführungen des Genossen G e n t s c h e einverstanden. Auf verschiedene Fragen gab er ausführliche Antworten.

In Oswitz und Weidenhof wurde Bericht über die Reiseleiter in beiden Ortschaften gegeben. Aus dem Ueberblick der erteilt wurde, werden 200 Mark an die Parteikasse abgeführt. Der Reichtum in der Ortschaft. In allen Versammlungen wurden drückende Empfehlungen ausgesprochen. Die ... ..

Ordnung. Ein politischer Vortrag. Hier sprach am 26. Mai Landtagsabgeordneter W i n g e r in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung über Annahme des Ultimatums Regierungsbildung und die Lage in Oberschlesien. Der Beifall am Schluß seiner Ausführungen bewies, daß Genosse W i n g e r den Anwesenden aus den Herzen gesprochen hatte. Trozdem mehrere Gegner anwesend waren, melbete sich niemand zum Wort. Mit einem Hoch auf die G. B. D. wurde die Versammlung geschlossen. Eine Kassenabrechnung ergab den Betrag von 20,15 Mark.

### Aus der Provinz Schlessien.

#### Zur Gewerbebeiratswahl in Reichenbach.

Am Sonntag, den 12. Juni, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, finden im hiesigen Kreise die Wahlen der Beiräte zum Gewerbebeirat statt.

Die Wahllokale liegen in der Zeit vom 30. Mai bei den zuständigen Behörden — in Reichenbach im Rathaus, Zimmer Nr. 18 — zur Einsichtnahme aus. Es muß für rechte Wahlbetätigung agitiert werden, weil auch von christlicher Seite eine Liste eingereicht worden ist.

Keine Stimme darf dem Wahlvorschlagn der freien Gewerkschaften verloren gehen. Die Abgrenzung der Wahlbezirke und Wahlräume geben wir hiermit bekannt. Danach bildet den

1. Wahlbezirk: Langenbielau mit seinen Gutsbezirken, Gemeinde und Gutsbezirke Habendorf, Schumannsheide, sowie Gemeinde und Gutsbezirk Weigelsdorf.

2. Wahlbezirk (1. Stimmbezirk, Wahlraum Rathaus in Reichenbach) die Gemeinden und gleichnamigen Gutsbezirke Berthelsdorf, Groß-Schlau, Girschsdorf, G. A. und N. A., Gubkau, Güttmannsdorf, Hartbau, Kuchendorf, Lauterbach, Mellendorf, Obersdorf, Nieder-Ranthenau, Schlaupitz, Schermswalbau, Stöckendorf, Ernsdorf-Kintenhans und Höfendorf, ferner von der Stadt Reichenbach die Brauerstraße, Friedrichstraße, Hirtengasse, Karlsstraße, Kirchstraße, Kuzegasse, Langegasse, Mühlgasse, Neugasse, Pulverweg, Quergasse, Ring, Rubelgasse, Trenkstraße, Udergasse, Anfehlung, Weitzergasse, Breslaustraße, Frankensteinstraße, Frankenstein Vorstadt mit Hermsdorf, Gansau, Feldstraße, Trügerstraße, Gölzigstraße, Gartenstraße, Güttmannsdorfstraße, Hebdorf, Judengasse, Klosterstraße, Langenbielauerstraße, Poststraße, Schiedhausstraße, Schweidnitzerstraße 1—9 und 20 bis Ende, Stadtmauer, Töpferstraße, Wäpfergasse, Bahnhofstraße, Neue Bahnhofstraße, Hirtstraße, Holteistraße, Kintenhansstraße, Peterswalbaustraße. — 2. Stimmbezirk (Wahlraum Gasthof zum „Schwarzen Bären“ Reichenbach-Niederstadt) die Gemeinden und gleichnamigen Gutsbezirke: Dreißighuben, Ernsdorf, Ober-Faulbrück, Mittel-Faulbrück, Nieder-Faulbrück, Hennersdorf, Köllischen, Ober-Langelsdorf, Nieder-Langelsdorf, Neuborf und Pfaffenfurt, ferner von der Stadt Reichenbach die Dito-Bachstraße, Gebergasse, Roslitzstraße, Schulstraße, Schweidnitzerstraße Nr. 10—28, Uferstraße, Enggassen, Neuborfstraße und der Gutsbezirk Ernsdorf-Beigut.

3. Wahlbezirk (1. Stimmbezirk, Wahlraum e. Ober-Mittelschule, Peterswalbau) Peterswalbau von Haus Nr. 1—85 und 90 und 275 einschließlich Straßweg und Hirsendorfer, ferner die Ortschaft Steinlungendorf. — 2. Stimmbezirk (Wahlraum e. v. Mittelschule Peterswalbau) Peterswalbau von Haus Nr. 86 bis 89a und 278 bis 466 einschließlich Schlossbezirk und Altmorwerk, sowie die Ortschaften Dorothenthal, Friedrichsgrund, Friedrichshain, Rajchbach, Petersdorf, Schmiedegrund, Steinseifersdorf und Stolbergdorf.

4. Wahlbezirk (1. Stimmbezirk, Wahlraum Gasthaus zum Norddeutschen Hofe in Ober-Pellau I), die Gemeinden Gnadenfurt, Ober-Pellau I, Ober-Pellau II, Schobergrund und die Gutsbezirke Pellau Seidlichhof und Pellau Oberhof. — 2. Stimmbezirk (Wahlraum Gasthaus zum Deutschen Hause, N.-M.-Pellau) die Gemeinden und dazugehörigen Gutsbezirke: Ober-Mittel-Pellau, Mittel-Pellau, Nieder-Mittel-Pellau und Nieder-Pellau-Schlüssel.

### Lobetheater.

#### Der Abschied des Direktors.

Als recht unpraktischer Dänenprinzip verabschiedete sich bei vollem Saale Direktor Gortner. Seine eigene Auffassung der Rolle ließ ihn aus dem Melancholiker Hamlet einen schmerzlichen und raselnden Bühnenhelden machen, der wenig Schafepredigten Geist ausströmte. Durch zum Teil ganz unangebrachte Strafen und einen recht dürftigen äußerlichen Rahmen verlor die Vorstellung den festlichen Charakter, den sie als Schlussfeierstellung des Gortnerschen Regimes ruhig hätte tragen können. Sie war zu sehr Durchschnitt.

Zum Schluß wurde Direktor Gortner, der an dem Abende auch sein 25jähriges Bühnenjubiläum feierte, durch den Orchester der Bühnengenossenschaft, Herrn Carl Welt, als Bühnenleiter und Mensch gewürdigt. Der harmonische Ausklang des Abends, den Blumen und Kränzen verschönern halfen, wurde durch die Abschiedsrede Direktor Gortners empfindlich gestört, der durch die Art seiner Verabschiedung und einen völlig ungerechtfertigten Angriff auf die Presse, die Würde des Ganzen unter die Füße trat.

#### Die Baluta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	2/6.	1/6.	2/6.	1/6.	
Amerikan. Dollar	1,56	1,56	Schweiz. Franken	5,88	9,04
Englische Schilling	7,99	8,12	Österr. Kronen	685,41	685,53
Frankf. Franken	18,06	18,91	Polnische Mark.	—	—
holländ. Gulden	4,55	4,61	holländ. Kronen	107,35	108,09

### Bereinstalender.

Steinheger, Kammer, Hilfsarbeiter. Sonntag, den 5. Juni 1921, früh 9 Uhr. Versammlung im Gewerkschaftsraum, Zimmer 8, Hunkelshaus, Gieselerstr. 11, Pilsch. Der Vorstand. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Section des Postens. Sonntag, vormittags 10 Uhr bei Rufowitz, Margaretenstraße. Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Wichtig! Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Schwab-Cauch. Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 2 Uhr, findet in Schwabitz bei Ränger eine außerordentliche Bauarbeiterversammlung statt. Alle Kollegen der Schwabitz-Ausgehenden müssen erscheinen. Auch sind ausdrücklich dazu herzlich eingeladen. Kollege Köster von der Bezirksleitung ist anwesend. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Die Ortsverwaltung.

Am die Teilnehmer unseres Bauarbeiter-Verbands... Die Teilnehmer können nachstehenden Verzeichnisse entgegen nehmen... eine kleine Probezeitung in der Form von ... ..



Der Breslauer Stadthaushalt.

In der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung war gestern der große Tag der Etatsberatungen. Rämmerer Mathes hielt eine inhaltreiche Rede über den Stand der Gemeindefinanzverhältnisse...

Rämmerer Mathes:

In Deutschland begann und endete das Wirtschaftsjahr mit einem wohlhabenden großen Kommunismus. Das Jahr war durchzogen von Streiks nicht nur allein der Arbeiter...

Für die Stadtgemeinde bedeutete das Jahr 1920 das, was für Reich und Staat der 8. November 1918 war. Die nach der Umwälzung erlassenen Reichs- und Staatsgesetze trafen die finanziellen Verhältnisse der Städte...

Unsicherheit in der ganzen Gemeindeverwaltung ein. Es wurden Ausgaben bewilligt in der einen oder anderen Stadt, die ernstlicher Erfüllung nicht standhalten konnten.

Zweierlei aber glaube ich doch unbedingt sagen zu können, der Haushaltsplan unserer Stadt ist nicht mehr goldumrandert; dieser Goldrand ist im vergangenen Jahre schon sehr verblasst, heute ist er nicht mehr zu sehen.

Das Reich förmliche Einnahmen für sich beansprucht. Wir Städte müssen also nur von den Prozentsätzen leben, die von dem Reiche abfallen. Und dabei denkt man auch noch daran, den Städten neben der Einkommensteuer auch noch die Grund- und Gebäudesteuer zu entziehen.

Das Reich förmliche Einnahmen für sich beansprucht. Wir Städte müssen also nur von den Prozentsätzen leben, die von dem Reiche abfallen. Und dabei denkt man auch noch daran, den Städten neben der Einkommensteuer auch noch die Grund- und Gebäudesteuer zu entziehen.

Das Reich förmliche Einnahmen für sich beansprucht. Wir Städte müssen also nur von den Prozentsätzen leben, die von dem Reiche abfallen. Und dabei denkt man auch noch daran, den Städten neben der Einkommensteuer auch noch die Grund- und Gebäudesteuer zu entziehen.

Das Reich förmliche Einnahmen für sich beansprucht. Wir Städte müssen also nur von den Prozentsätzen leben, die von dem Reiche abfallen. Und dabei denkt man auch noch daran, den Städten neben der Einkommensteuer auch noch die Grund- und Gebäudesteuer zu entziehen.

Das Reich förmliche Einnahmen für sich beansprucht. Wir Städte müssen also nur von den Prozentsätzen leben, die von dem Reiche abfallen. Und dabei denkt man auch noch daran, den Städten neben der Einkommensteuer auch noch die Grund- und Gebäudesteuer zu entziehen.

mit Titelfragen beschäftigt. Die Vorkaufszahlungen an die Beamten haben auch bei diesen zu einer

Unsicherheit der Lebensverhältnisse

geführt, die in den Finanzen der Stadt nachwirken. Das hat dahin geführt, daß wir 10 Millionen für Kreditzinsen bereitstellen mußten. Für 1920 sind im Allgemeinen für die Verwaltung unter Berücksichtigung der hohen Kosten des Wohnungskommissars Mehraufgaben im Betrage von 35 Millionen Mark erwachsen.

Unterrichtswesen

machen den Städten die unklaren Verhältnisse zu schaffen. So brauchte im Jahre 1920 die Schulverwaltung 11 Millionen Mark mehr und 1 1/2 Millionen sind noch zurückzuführen. Die Volksschulen allein forderten einen Zuschuß von 27,3 Millionen Mark, während der Zuschuß des Unterrichtswesens im kommenden Jahre auf 40,2 Millionen Mark anwachsen wird.

Armen- und Polizeiwesen.

Wenn diese Entlastung für das Armen- und Polizeiwesen aber ebenso ausbleibt, wie die Entlastung auf dem Gebiete des Schulwesens, dann können wir uns dazu nur gratulieren. Es kommt endlich noch hinzu, daß uns vom Reiche und vom Staat eine ganze Reihe neuer Aufgaben überwiesen worden sind, die teils mehr, teils weniger neue und vorübergehende Kosten verursachen.

Wenn ich das Kalenderjahr von 1919 mit dem von 1920 vergleiche, so ist ein einiges Erfreuliches festzustellen: die Einwohnerzahl unserer Stadt hat sich von 528.000 auf 546.000 erhöht, die Zahl der Eheschließungen ist von 6384 auf 6917, die Zahl der ehelich Geborenen von 11.200 auf 13.900 gestiegen.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage.

die sich schon etwas gebessert hatte, verschärft sich aber wieder durch den ungünstigen Stand der Welt in Folge der fortgesetzten Kämpfen und durch die Unsicherheit in unserem Vaterlande. Sie ist zum Teil veranlaßt und verschuldet durch die stark verminderte Abzahlung der dem Eigentum des Reiches. Die Zahl der Strafanzeigen im Jahre 1919 ist von 23.633 auf 42.335 im Jahre 1920 gestiegen.

Kädtischen Krankenanstalten

erforderten 8 Millionen Mark mehr, als der Etat vorsehens. Die Straßenbahn brauchte 800.000 Mark, die Wasserwerke 900.000 Mt. und das Stadttheater 950.000 Mark Mehraufschlag, während die Elektrizitätswerke einen Ueberschuß von 1.200.000 Mark und die G-werke einen von 8.200.000 Mark einbrachten.

Der Ueberschuß des Jahres 1919 wird 17-20 Millionen Mark betragen, ein Betrag, der dem entspricht, den uns das Reich an Reichseinkommensteuer schuldet.

Diese Ausführungen sind Kassandrareise, die beweisen, wie sehr wir uns nach Abwärts bewegen, und ich halte es für meine Pflicht, diese vor aller Öffentlichkeit darzutun. Diese Verhältnisse haben sich aber nicht nur unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern ebenso sehr unter dem Einfluß der Gesetzgebung in Reich und Staat herausgebildet.

Stadt. Darf (Sog.):

Der Jahresbericht des Herrn Rämmerers war im wesentlichen auf denselben Ton gestimmt, als der vorjährige. Er hat unsere Lage grau in grau gezeichnet und auch die Zukunft äußerst pessimistisch beurteilt. Ich kann mich so wenig wie im vorigen Jahre dieser Stimmung unterwerfen. Wir leiden schwer unter den Folgen des Krieges und der Misere, und werden noch lange darunter leiden müssen.

Im letzten Jahre waren diese Schwierigkeiten besonders groß, viel größer, als selbst die Bestimmen sie bei den Haushaltsberatungen vorausgesehen hatten. Aber sie sind gelöst worden, wenn auch nicht immer zur vollen Zufriedenheit der Bürger.

für aufopfernde Tätigkeit keinen Dank

erwerben können und müssen zufrieden sein, wenn wir am Jahresende feststellen können, daß wir eben doch wieder ein Jahr hinter uns gebracht haben, und hoffen dürfen, daß wir es auch im neuen Jahre mit Ach und Krach schaffen werden.

Kommunalpolitik vor dem Schöffengericht

für Privatklagen fortzuführen, wo sonst in der Regel nur Treppentritt verhandelt wird. Draußen aber ist es ruhiger zugegangen. Wir erleben keinen neuen Weltkrieg und keinen Abwehrkampf und wollen hoffen, daß der Gedanke an Bürgerkrieg von den Extrimen aller Richtungen endgültig begraben wird.

Die Schwierigkeiten des letzten Jahres lagen mehr in den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, als in den Verhältnissen unserer Stadt. Unter einer mühen und unverantwortlichen Seite brach bei den

Reichstagswahlen im Juni

die Koalition der Parteien zusammen, die es unternommen hatten, unser armes geschlagenes Land aus dem Elend des Krieges heraus einer neuen Ordnung zuzuführen. Wir bekamen eine Regierung, die im übereifigen Abbau der Zwangswirtschaft nicht schnell genug sein konnte.

Die Atmosphäre auf dem Rathause

nicht behaglicher machte. Der Leiter der kädtischen Finanzen zeigte sich mehrfach von einem recht gefährlichen Fanatismus für neue Steuern und Gebühren auf der einen Seite und sogenannter Sparlichkeit auf der anderen befeuert, und die Stadtverordneten haben recht getan, wenn sie ihm und seinen Finanzplänen mehrfach sehr kritisch gegenübergetreten sind.

Der beträchtliche Ueberschuß am Ende des Etatsjahres, nachdem monatelang die Pleite der Stadt in allen Lesarten verhandelt war, zeigt, wie sehr sich auch Sachmänner wie der Herr Rämmerer gelegentlich täuschen können. Natürlich kommt uns der Ueberschuß des Vorjahres im neuen Jahre zu fließen und wir werden ihn beim Aufbau des neuen Etats mit verwenden, trotzdem das nicht den Gepflogenheiten einer reichen Vorriegszeit entspricht, wo solche Ueberschüsse erst im übernächsten Jahre mit verwendet wurden.

Der Herr Rämmerer hat den Ueberschuß im neuen Haushaltsplane allerdings so gut versteckt, daß man lange vergeblich danach suchen kann. Das Wort „Ueberschuß“ hat er überhaupt gänzlich vermieden, und ihn im Haushaltsplane der direkten und indirekten Steuern unter der Bezeichnung

„Rechtforderung aus dem Jahre 1920“

verbucht. (Heiterkeit.) Aber die Hauptsache ist jedenfalls, daß der Ueberschuß da ist, und daß wir ihn mit verwenden.

Von wirklicher Ordnung in unseren Finanzen wird auch im neuen Jahre noch keine Rede sein, trotzdem es den vereinten Bemühungen aller Verwaltungen und des Herrn Rämmerers gelungen ist, uns einen Haushaltsplan vorzulegen, der balanciert. Von der Sicherheit der Finanzverhältnisse sind wir noch sehr weit entfernt. Das lehrt schon ein Blick auf das Hauptextrordinarium von rund 47 Millionen. Im vorigen Jahre war es freilich viel schlimmer. Damals wurden 88 Millionen ins Hauptextrordinarium eingestellt und diese

88 Millionen haben bei weitem nicht ausgereicht.

Große Summen mußten im letzten Halbjahre erst zu Lasten des Jahresbudgets, wie es hieß, später zu Lasten des Jahresabschlusses bewilligt werden.

Im letzten Friedensjahre sind nur 700.000 Mark ins Hauptextrordinarium eingestellt worden. Das war im Jahre 1913, dem Jahre der Jahrhundertausstellung, wo man mit vielen unvorhergesehenen Ausgaben zu rechnen hatte. Damals genügte 700.000 Mark für unvorhergesehene Dinge, im vorigen Jahre aber haben 88 Millionen nicht gereicht. Wenn wir nun im neuen Jahre mit einem Hauptextrordinarium von 47 Millionen auskommen gedenken, sind wir zwar von der Sicherheit des Friedenszustandes noch sehr weit entfernt, wir sind ihm aber doch bereits wieder erheblich näher gekommen.

Erfreulich ist, daß der Etat ohne allzu scharfe Ansprüche an neue Gebühren und Steuern aufgestellt werden konnte.

Die Gewerbesteuer

soll allerdings erheblich mehr einbringen, rund 20 Millionen gegen 10 Millionen im Vorjahre. Aber unsere neue Steuerordnung bedeutet eine Entlastung der kleinen Gewerbetreibenden, so daß nur eine stärkere Belastung der zahlungsfähigen Kreise eintreten wird, gegen die hier nicht angefaßt zu werden braucht. Sehr übel empfunden wurde sicher aber die

Erhöhung des Gaspreises

von 1,40 Mark auf 1,65 Mark, wobei allerdings die Gasmessermiete fortfällt, die etwa fünf Pfennige pro Kubikmeter betrug, so daß die eigentliche Erhöhung 20 Pfennige betragen würde. Diese Erhöhung wäre zwar keine neue Steuer auf das Gas, denn sie ist durch höhere Kohlenpreise verursacht, aber der Preis von 1,40 Mark ist an sich schon hoch; er ist für unzählige ärmere Familien ganz unerschwinglich, so daß sich eine Fiskaktion durch das kädtische Wohlfaßrisiko nötig machte. Wie mir um diese Gaspreiserhöhung herumkommen, das wird der Angelpunkt unserer ganzen Etatsberatung sein müssen. Und ich glaube, es wird möglich sein, ohne diese Preiserhöhung auszukommen. Sie kennen die bekannte Rechnung, daß zehn Pfennige Gaspreiserhöhung fünf Millionen einbringen. Wir müssen also 12 1/2 Millionen andere Einnahmen entbeden, wenn wir den Gaspreis auf seiner jetzigen Höhe belassen wollen.

Der Ueberschuß des letzten Jahres ist mit 19 Millionen Mark angegeben.

In Wirklichkeit betrug er 37 Millionen

er ist aber sehr rasch auf die besagten 19 Millionen zusammengeschumpft. Die Stadt hat plötzlich 4,6 Millionen mehr an Provinzialsteuern aufzubringen, und 13 Millionen sind an die Landesbank nachzufragen. Wir hätten das Recht, diese 4 1/2 Millionen Provinzialsteuern auf die Gewerbe- und Grundsteuer umzulegen und andere Gemeinden müßten das tun. Aber da wir einen Ueberschuß haben, brauchen wir Gewerbe- und Grundsteuer nicht weiter zu belasten, wir können den Gewerbesteuerpflichtigen die 4 1/2 Millionen gewissermaßen schenken, weshalb es weniger schmerzhaft ist, daß die Gewerbesteuer diesmal rund 10 Millionen mehr einbringen soll.

Die Gaswerke

haben im Vorjahre große Konjunkturgewinne gemacht durch den Verkauf der Nebenprodukte. Sie haben dadurch nicht nur die erhöhten Löhne getragen, sondern sehr große Ueberschüsse gebracht. Die Konjunktur für Leer, Ammoniak und dergl. ist nun zwar im Sinken begriffen, es wird aber gleichwohl mit einem Ueberschuß von 41 Millionen gerechnet, gegen 42 Millionen im Vorjahre, und zwar auf Grund des erhöhten Gaspreises. Von den Einnahmen hat man 20.000 Mark für Ermäßigungen abgesetzt, die bedürftigen Gasverbrauchern nach Vorschlägen des Wohlfaßrisikos gewährt werden sollen.

Aus der Elektrizität

hofft man 12 Millionen herauszuwirtschaften. Der Preis für die Kilowattstunde wurde um 30 Pfennige höher angesetzt, nämlich von 2,30 Mark auf 2,60 Mark, worin allerdings 15 Pfennige Heizmiete eingerechnet sind. Die Erhöhung betrug also

lichteit also nur 15 Pfennige und ist durch die erhöhten Kohlenpreise bedingt.

Das Wasser

Soll 2 1/2 Millionen Ueberflus bringen, etwa 300 000 Mark mehr als im Vorjahre. Der Preis für das Kubikmeter wird von 80 Pfennige auf eine Mark erhöht und zwar sind es auch hier wieder die erhöhten Kohlenpreise, die sehr ungünstig wirken.

Die Straßenbahn

Ist gerade dabei sich selbst zu erhalten. Das Gemeindebetriebe nicht schlechter wirtschaften, als Privatbetriebe, geht aus einer neuerlichen Preisnachricht hervor, daß auch die Größtstädter Elektrizität keinen Ueberflus mehr abgeworfen hat. Dabei besteht die Größtstädter Elektrizität die besten Straßen, die wir in Breslau haben. Natürlich muß daran gearbeitet werden, die Straßenbahn wieder zu einem Ueberflusbetriebe zu machen.

Erfreulich ist es, daß für die Zwecke des Wohlfahrtsamts erheblich höhere Aufwendung gemacht werden können. Statt 7 Millionen im Vorjahre sind 12 Millionen vorgesehn.

Die Not der Erwerbslosen

Ist groß und leider wird unsere darniederliegende Wirtschaft auch im nächsten Jahre noch lange nicht allen Arbeit bieten, die arbeiten wollen. Ich kann an dieser Stelle nicht unterlassen, mein Bedauern darüber auszudrücken, daß der Herr Kammerer in seinem Wortort zum Etat an vier Stellen den Hoffendruck als Quelle von Uebeln erwähnt, während der Wirtschaften in Wirklichkeit nicht nur eine Kulturzerstörung ist, sondern sich heute als unbedingt nötig erweist, wo das Heer der Arbeitslosen einen so riesigen Umfang angenommen hat.

Wir haben im Laufe der Zeit sehr viel Klagen gehört, daß bei der Stadt viel zu viel Arbeiter beschäftigt

würden. In Wirklichkeit sind es 1000 Arbeiter weniger gewesen, als angelegt waren. Wir rechnen im vorigen Jahre mit 9000 städtischen Arbeitern, im Durchschnitt sind es aber nur 8000 gewesen und gegenwärtig haben wir nur 7800 städtische Arbeiter.

Die Arbeitslosigkeit zu vermindern

und alles zu erhalten, was wir haben. Deuten wir in diesen Tagen doch wieder einmal an die Knabenkinderplanung in Schenitz. Doch wir zu ihrer Erhaltung Geld bewilligt haben und damit gleichzeitig etwas Arbeitslosigkeit für Spätkinder schaffen, wurde uns von den Vorgesetzten der absoluten Sparbarkeit hart verurteilt. Meinen Sie, wir wären heute besser dran, wenn wir damals das Geld nicht bewilligt hätten?

Schließung des Stadttheaters

als wenn wir dann glücklich sein würden. Von dieser Stimmung müssen wir los kommen. Breslau darf nicht ganz zum großen Dorf herabsinken. Wir müssen aber auch den Staat und die Regierung an ihre Pflicht erinnern, kulturelle und nationale Einrichtungen im besten Sinne des Wortes, wie unter Stadtheater, durch Zuschüsse erhalten zu helfen.

Der wirtschaftliche Betrieb in den Krankenhäusern hat auch in der Gefahr geschwebt, denn Sparmaßregeln des Herrn Kammerers zum Etat zu fallen. 500 000 Mark sollten hier gespart werden. Für diesmal ist es vorbeigegangen, aber der Herr Kammerer gibt dafür in keinem Wortort schon für das Jahr 1922 zu erwarten, in welcher Weise der Krankendienst sehr erheblich weniger kostspielig gehalten werden kann.

So oft wir in Einzelheiten mit dem Herrn Kammerer nicht einverstanden sind und somit wir manchmal an seinen Ansichten auszuweichen haben, muß doch das vorliegende Eintreten als Ganzes sehr wohl gewürdigt werden. Innerhalb unserer gesamten finanziellen Zustände nimmt sich doch die Stadt Breslau noch sehr gut aus. Ueber Einzelheiten wird im Ausschusse zu reden sein, im ganzen aber dürfen wir dem Magistrat und dem Herrn Kammerer dankbar sein, daß sie den Etat so, wie er vorliegt, aufgebracht haben.

Bei unseren Beratungen über den Haushaltsplan werden wir viele Wünsche äußern

Wünsche äußern

müssen, gegenüber dem einen großen Wunsch, die Erhöhung des Gaspreises zu vermeiden. Die Schulen werden uns nach genauer Berechnung etwa 3 Millionen weniger kosten als im Entwurf des Haushaltsplanes angegeben ist. Bei der städtischen Bank hat der Herr Kammerer 2 Millionen verheißt. (Heiterkeit.) Im diesen Betrag ist das Betriebskapital aus Ueberflüssen veranschlagt worden. Diese Veranschlagung ist sehr zu billigen, da es sich aber um verheißenes Kapital handelt, kann sie aus Anlaßmitteln erfolgen, so daß wir den Ueberflus nicht zu opfern brauchen. Die 2 Millionen lassen sich also gleichfalls zur Senkung des Gaspreises verwenden. Unser Anteil an der Umgestaltung wird sich aber um eine Million erhöhen. Das zusammen wird genügen, um 15 Pfg. von der gewöhnlichen Gaspreiserhöhung zu freieren und bei höherem Preis im Ausschusse dürfen sich auch die restlichen 10 Pfennige noch vermeiden lassen. Wenn das gelingt, dann haben wir in Breslau neben der billigsten Straßenbahnfahrpreisen auch den billigsten Gaspreis von allen mit bekannten Großstädten.

Im Haupttextordinarium wird übrigens mit einer weiteren starken Erhöhung der Steuern gerechnet, weshalb 14 Millionen für Lohn- und Gehaltssteigerungen eingelegt sind. Es ist leicht möglich, daß es so kommt, es kann aber auch anders kommen. Bei Unterbrechung des Bonhorer Offiziers wurde vielfach mit einem weiteren Sinken der

deutschen Mark gerechnet, was aber nicht eingetreten ist. Schwer geschädigt werden wir gegenwärtig durch die Wirren in Oberösterreich.

Wir wissen, was Polen und Franzosen dort angestrichelt haben. Der Nationalismus ist eine tolle Blüte, der polnische und französische nicht weniger, als der deutsche. Unsere städtischen Betriebswerke werden durch die oberösterreichischen Vorgänge um viele Millionen geschädigt. Aber endlich müssen doch auch die Dinge da oben ihre Regelung finden. Hoffen wir im Sinne der Bevölkerungsmehrheit, die für Deutschland entschieden hat. Treten endlich geordnete Verhältnisse ein, dann kann auch mit einem Sinken der Preise gerechnet werden. Wir brauchen also den Gaspreis nicht schon jetzt erhöhen, weil uns die Verhältnisse möglicherweise wieder zu sprunghaften Steigerungen zwingen werden, sondern können zunächst abwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln.

Der Magistrat muß energisch darauf dringen, daß der Staat uns zu den höheren Schulen größere Zuschüsse zahlt. Fast fomisht wirkt heute eine Biersteuer von 65 Pfennigen auf ein Hektoliter, was die Bierpreise so tief gedrückt worden sind. Biersucht hängt auch hier für die Stadt noch einmal etwas heraus. Beim Gaswerk sind sehr reichliche Rücklagen gemacht worden, und ähnlich wurde früher auch an anderen Stellen verfahren. Wir können annehmen, daß der gestammte Etat mit großer Vorsicht aufgestellt wurde, so daß wir hoffentlich auch im neuen Jahre nicht mit einem Defizit abzuscheiden brauchen.

Stadt. Hande (Demokrat)

Der Etat ist meiner Ansicht nach sehr schlecht. Im vorigen Jahre betrug der Etat etwa 163 Millionen Mark und ist heute auf 217 1/2 Millionen Mark angewachsen. Wir nehmen in den Etat einen buchmäßigen Ueberflus von 37 Millionen Mark hinüber. Er ist natürlich zur Hälfte garnicht da. Aber in Wirklichkeit stellen wir in den Etat 19,3 Millionen Mark ein.

Was heißt der neue Etat für Ansprache?

Er bringt eine Erhöhung des Gaspreises um 25 Pfg., der Elektrizitätsgebühren um 30 Pfg. Dann sind Sie mit dem Wasserpreis von 80 Pfg. auf 1 Mark heraufgegangen. Also wenn Sie diese sonstigen Erhöhungen nicht vornehmen, dürften die Wasserwerke mit Unterbilanz arbeiten. So sieht es mit dem Etat aus. Und dann meine Damen und Herren! In diesem Jahre werden wir die Gaspreise noch um 1 Mark erhöhen müssen. Das wird die Kohlenpreiserhöhung wohl mit sich bringen. Wir müssen also überlegen, wo können wir Einsparnisse machen.

Wir haben zu viel Beamte und zu viel Arbeiter.

Die 7800 Arbeiter und die Beamten stellen 180 Millionen Mark dar, also beinahe den ganzen Etat. Wir sind ein Versorgungsanstalt für Arbeiter und Angestellte. Es liegt mir vollständig fern, auch nur einen Arbeiter wegen Arbeitsmangel auf die Straße zu setzen. Wir haben bis jetzt keinen Menschen entlassen, sondern es sind welche freiwillig gegangen. Sie sind gegen sehr hohe Abfertigungssummen von uns fortgegangen. Somit ich weiß, haben auch sämtliche ein entsprechendes Unterkommen gefunden.

In den Krankenhäusern ist auch viel zu viel Personal vorhanden. Wir haben bei einer Belegungsziffer von 1240 Betten in den Krankenhäusern 674 Personen Pflegepersonal. Das sind für einen Pfleger zwei Kranke. Und dabei muß ich sagen, daß über die wenigsten Kranken die Behandlung recht oft gestutzt wird. Wir werden auch leben müssen, daß bei unseren Krankenhäusern unsere Einnahmen erhöht werden und daß die Vergütung von 20 Prozent Rabatt für die Ortskrankenkasse in Bezug kommt. Die Ortskrankenkasse schneidet im Geld. Sie wendet etwa 45 Prozent sämtlicher Einnahmen auf Verwaltungskosten an. Die Ortskrankenkassen haben äußerst großzügige Einrichtungen, um die ich ich beneide.

Keine Damen und Herren! Auch der Schuletat weist große Summen auf, die wir verringern könnten, wenn wir uns nicht an die festgesetzten Schülerzahlen hielten. Es werden Hunderttausende auf Kinderstellen verausgabt, die exportiert werden können, ohne daß die Kultur darunter leidet. Wir haben ein Geschäftsrückfallkonto von über 8 Millionen Mark. Denken Sie einmal, was unsere Leihkreditkassen im Jahre an Zinsen bekommen. Sie erhalten 700 000 Mark, genau so viel, wie die Mitglieder des Magistrats an Gehältern für sich brauchen. Zu was brauchen wir noch eine Vertretung in Berlin? Auch wird viel gereist. Ausgaben für Reisen betragen 226 000 Mark.

Ich hoffe, daß

das bedeutet eine Befreiung der Mieter und wird sich in der Forderung höherer Löhne bemerkbar machen. Ich glaube, Ihnen nur sagen zu können, daß dies gefährlich ist. Ich tue dies lediglich für meine Person. Für die großen Unkosten, die uns der Wohnungsminister verursacht, und das sind 22 Millionen Mark im Jahre könnten wir schon 140 Millionen über 70 neue Wohnungen errichten. Keine Damen und Herren! Ich bitte Sie, einmal zu unterscheiden: Der Wohnungsminister hat heute nicht mehr die Macht wie im vorigen Jahre. Dabei beschäftigt er über 150 Angestellte. Der Wohnungsminister könnte sich zum Teil selbst erhalten, wenn Personen mit großen Wohnungen, die keine Zimmer abgeben wollen, dafür

große Beträge zahlen

wären. Ich weiß, daß es sehr unangenehm ist, aber wir brauchen Geld. Der reiche Mann, der von keiner Wohnung nichts abgeben will, soll 15-20 000 Mark bezahlen, für welchen Betrag man eine neue Wohnung errichten kann.

Auch die Friedhofverwaltung erfordert hohe Zuschüsse und trotzdem ist die Grabpflege so teuer geworden, daß sich viele Leute nicht die Gräber selber pflegen. Und was tritt die Friedhofverwaltung noch an uns mit zwei Neubauten heran, die 200 000 Mark kosten. Diese Vorlagen hätte der Magistrat erst garnicht bis zu uns gelangen lassen sollen.

Das Theater erfordert Zuschüsse, aber wir werden es uns reichlich überlegen, nachdem erst der Zoologische Garten eingezogen ist, auch noch die Stadt an das Stadttheater zu bringen. Das ist noch das letzte Verlangen, was die Leute hier haben. Auch ich habe noch etwas über das Theater zu sagen. Es ist mir unangenehm, daß die Solowiggräber des Stadttheaters im Waisenhaus und in anderen Ställen liegen. Das ist nicht richtig. Dann soll, wie ich gehört habe, vor längerer Zeit ein Streit gewesen sein, weil die Läger mit gewissen Elementen aber nicht so gut organisiert nicht zusammen arbeiten wollten. Bei einem gefährlichen Unternehmen, wie es das Stadttheater ist, sollte mehr Frieden herrschen.

Die Post hat ungefähr 200 Millionen Mark Einnahmen, davon die 4 Millionen Mark verbleibt, die auf Personalkosten aufgehen. Der Magistrat sollte auch wenn er sich noch nicht an die Abmachungen hält und weniger Zinsen nimmt, aus dem Bankvereris austreten. Es ist für eine Stadtbehörde nicht angängig, daß sie offiziell einem Bereich angehört, dessen Abmachungen sie hinterher nicht erfüllt. Die Sparliste soll sich nicht in Geschäfte einlassen, die nicht in ihrem Rahmen liegen. Sie hat sich übernommen und wird keinen Ueberflus haben.

Wir kommen zu dem

Warum man 14 1/2 Millionen, die noch nicht von uns beschossen sind, einstellt, kann ich nicht verstehen. Ich würde Sie bitten, diese 14 1/2 Millionen zu streichen. Sie gehören nicht in den Etat. Wenn später einmal Forderungen an uns herantraten, so werden wir sehen, daß wir die nötigen Mittel für sie aufbringen. Aber diese schon heute dafür einzustellen, halte ich nicht für richtig. Die Straßenbahn wird, wenn man nicht mit neuen Betrieben und Neubauschritten kommt, einen neuen Ueberflus verursachen. Sehr bedenklich sehe ich der Post mit den Gaswerken gegenüber. Wenn wir 80 Pfg. nähären, hätten wir Ueberflus keinen Ueberflus. Im Durchschnitt kommen auf jede Haushaltung 700 Mark allein für Heizkosten. Auch die Erhöhung des Wasserpreises bringt Sorgen, die letzten Jahre hat der Wasserpreis auf die Mieter steigen werden.

Die Anklagen unseres Kammerers gegen die Steuerpolitik des Reiches sind nicht ganz berechtigt. Wir bekommen ohne einen Finger zu rühren, 90 1/2 Millionen Mark. Der Etat stellt große Ansprüche. Die Kreditwürdigkeit der Stadt hat nicht gelitten. Ja, die Schulden sind nicht einmal so groß, wie die anderer Städte. Dafür ist aber die Belastung der Bürger außerordentlich hoch.

Die Umzählung von Beamten in andere Berufsgruppen wurde mit der Maßnahme angenommen, daß das Aufzählen bewährter Beamter nur eine Vorentscheidung der Stadtniederordnungs-Vermittlung erfolgen darf. Die Erziehung des Ausschusses 8. von Inspektor des Hospitals für alle städtischen Diensten in die Gruppe 8 und die Kassierer der Steuerabteilungen in die Gruppe 6 zu versetzen, wurde durch einen Antrag Bohlauer (Dem.) durchgezielt, der die Eingruppierung dieser Beamten erst bei Einholung der Genehmigung für die endgültige Beförderungsreform in die vorgeschlagenen Gruppen erfolgen lassen will. Der Antrag wurde angenommen.

Für den Kapellenbau auf dem Dömitz Friedhofe wurden nach längerer Aussprache 184 000 Mark bewilligt. Angenommen wurde u. a. ferner: Die Erneuerung von Straßenbahnstellen und die Verlängerung des Vertrages mit der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten.

Ein Dringlichkeitsantrag, den Lehrerinnen an den hiesigen Privatschulen und Oberlehrer sowie Privat-Mädchenmittelschulen ein jähliches Darlehen von 1000 Mark mit zinsweiser Zahlung zu gewähren, wurde unter der Bedingung angenommen, daß das Schulgeld an diesen Schulen für Knaben auf 700 Mark und für Mädchen auf 600 Mark erhöht wird und diese Mehrforderung den Lehrerinnen zugute kommt.

Reichs-Arbeiter-Sport-Woche. Sonnabend, den 3. Juni 1921, abends 7 Uhr: Demonstrationslauf der Arbeiter-Turner nach dem Schloßplatz. Dorselbst Massenfreibühnen. — 9.30 Uhr: Kampionkorsos der Freien Ruder-Vereinigung vor der Hofelshöhe.

Die Turnerinnen-Abteilung Schwetinsstraße konnte am Montag wegen Beleuchtungs-schwierigkeiten das Schaulaufen nicht abhalten und wird erst am Montag, den 6. Juni, nachholen. Bitte, besonders Frauen und Mädchen, herzlich willkommen.

Achtung! Zur Agitation für „Reichsmacht“ und Partei treffen sich alle mitarbeitenden Genossen und Genossinnen zur Empfangnahme des Materials und der Anweisungen am Sonnabend, abends von 5-7 Uhr in den bekannten Lokalen. Es wird erwartet, daß alles zur Stelle ist. Näheres in möglicher Nummer.

Die Gutsbesitzerin Alma P r o p p hat früher bessere Tage gesehen. Ihr Mann hatte Güter in Fürstentum und in Reichenan bei Glatz. Er ließ sich in Spekulationen ein und verlor alles. Bald danach machte ein Schlaganfall seinem Leben ein Ende. Während des Kriegerkriegs fiel auch der einzige Sohn. Die völlig verarmte Frau, die auch kränzlich war, geriet nun in große Not. In dieser Not schrieb sie an die Gräfin S i r o n in Oberösterreich, die ihr als mildtätige Dame genannt worden war, einen Brief, worin sie um alte Sachen und Schuhe bat. Lange wartete sie vergeblich auf Antwort. Doch ankam das ihr Hilfe wurde, erhielt sie eines Tages eine Vorladung, daß sie wegen Bettelns angeklagt sei. Das Breslauer Schöffengericht verurteilte sie zu einer Woche Gefängnis. Von der Strafkammer ver sprach sie sich mehr Verständnis für ihre Notlage und so legte sie gegen ihre Verurteilung Berufung ein. Nachdem sie hier ihre große Not geschildert hatte, stellte der Staatsanwalt dem Gericht anheim, die Entschädigung nach Paragraph 54 (Kostent) zu treffen. Das Gericht kam zur Verurteilung der Berufung, billigte ihr aber eine zweijährige Bewährungsfrist zu.

Unsere gestrigen vier Versammlungen über „Oberösterreich und der Weltfrieden“ waren äußerst stark besucht und nahmen einen guten Verlauf. Wir werden darüber morgen des näheren berichten.

Unser Kommittee muß heute wegen der wichtigen Beratungen im Stadtparlament ausbleiben.

Unser die Verlegung von Postmännchen befindet sich im Anzeigenteil eine Bekanntmachung der Stadtverteilungsstelle auf die wir hiermit hinweisen.

Das städtische Kleingartenamt beabsichtigt, in diesem Jahre wieder eine Prämierung derjenigen städtischen Kleingärtner vorzunehmen, die durch die Erzielung besonders guter Erfolge hervortreten. Jeder Anbauer, der hierauf Anspruch erhebt, hat seinen Antrag bis spätestens 10. Juni bei dem Kurator des Grundstückes anzumelden.

Witwen. Am Donnerstag abend gegen 6 Uhr etrat der 8 Jahre alte Knabe Philipp Hoffmann von Kreuzbergstraße 13 in der Nacht des Schiffsfestivals, nahe der Schlesienbrücke. Den in der Nähe befindlichen Schwimmbad gelang es leider nicht, den Knaben dem Wasser zu entreißen. Durch nachmaliges Abtauchen des Knaben glückte es schließlich dem Arbeiter Eugen Otto von Hirschstraße 75 den Knaben an die Oberfläche zu bringen. Eigenhändige Wiederbelebungserfolge waren leider ohne Erfolg, lobte die Feuerwehr in Anpruch genommen werden mußte, welche den Knaben mittels Sanitätsboot in das Arbeiterhospital schaffte, wo aber von ärztlicher Seite aus nur der Tod durch Schlaganfall festzustellen werden konnte.

Verhütung der Glatteis-, Sturz- und Stößen. In der vom Schlichter Bund für Feuerschutz veranstalteten Ausstellung für Städtebau, Stützungs- und Wohnwesen in der Ausstellungshalle Schloßplatz finden am Sonnabend, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, und Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 11 Uhr, zwei große Vorträge statt. Die Regierungsbauwerke: P a r k e n, der Leiter des Berliner Instituts für Stützungs- und Wohnwesen hat. An Hand des reichhaltigen Materials, in dem auch das Schlichter Heim, die städtischen Städte und der Bau der Berliner Arbeitervereine vertreten sind, werden die neuesten Befindungen des Stützungs- und Wohnwesens in wirtschaftlicher, gesundheitslicher und künstlerischer Hinsicht eingehend durchgeprochen werden. Wenn, die an diesem wichtigsten Gebiete der Aufbaubarkeit interessiert sind, und vor allem allen Stützungsarbeiten, sei der Besuch der Ausstellungen empfohlen.



**Familiennachrichten**

Am 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr, verstarb infolge  
Erkrankung seiner Frau und Verwandte, der  
Goldschmied  
**Alfons Schilk** 2417  
im Alter von 23 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
die Angehörigen des Deutschen Metallarbeiter-  
Verbandes, Ortsverwaltung Breslau.  
Beerdigung: Sonnabend, den 4. Juni, nachm.  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes.

**Alsenstraße 36** habe  
als prakt. Aorztin ich  
mich  
niedergelassen. Sprechstunden von 8-10 Uhr vor-  
mittags, von 2-4 Uhr nachm., Sonntags 9-10 Uhr.  
Privat- u. Kassapraxis. — Telefon Ring 1940.  
Dr. med. **Ella May.**

**Große Ostdeutsche  
Kunstausstellung 1921**  
Ausstellungsgebäude in Scheitnig  
vom 2.-30. Juni. 2356  
Geöffnet 10-6 Uhr. — Eintritt 2 Mk.

**Achtung! Schachspieler!**  
Zum Abschluss der stattfindenden „Reichsarbeiter-  
sportwoche“ gibt der „Arbeiter-Schachverein Breslau“  
am Sonntag, den 5. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr,  
im kleinen Saale des „Gewerkschaftshauses“,  
Margaretenstraße, eine  
**öffentliche** 2397  
**Schachveranstaltung**  
(Simultanvorstellung und Massenwettkampf)  
Alle Freunde des Schachspiels sind eingeladen.  
Eintritt und Beteiligung am Spiel frei.

**Hunde - Ausstellung  
über 500 Rassetiere**  
am 4. und 5. Juni 1921  
In Breslau (Friebeberg)  
Näheres siehe Anschlagstulen. 634

**Breslauer  
Fleisch - Centrale** 2415  
Schmiedebücke 21, 1. Etg.  
Freitag und Sonnabend  
Rindfleisch ohne Knochen . Pfd. 13<sup>00</sup>  
Kalbfleisch . . . . . 12<sup>00</sup>  
Hammelfleisch . . . . . 12<sup>00</sup>  
Pökelkamm u. Rippensteck . 15<sup>00</sup>  
Amerik. Rauchspeck . . . 10<sup>00</sup>  
Wurst zu Ausnahmepreisen!  
Knoblauchwurst . . . . Pfd. 10<sup>00</sup>  
Leberwurst . . . . . 10<sup>00</sup>  
Preßwurst . . . . . 12<sup>00</sup>  
Talig in 1-Pfd.-Packungen . . 10<sup>00</sup>  
Breslauer Fleisch-Centrale  
Schmiedebücke 21, 1. Etg.

**Ziehung nächste Woche!  
Kölnener Dombau-  
Geld-Lotterie**  
Ziehung 7. bis 15. Juni:  
200 000  
100 000  
50 000  
2 x 25 000 usw.  
Loss à 6.50 Mk. Porto und Liste 1.40 Mk. extra.  
Haupt-Gewinne  
100 000  
75 000  
50 000  
25 000  
usw. Sämtliche Gewinne 90% bar.  
Loss à 5.00 Mk. Porto und Liste 1.40 Mk. extra.  
Bestellungen von auswärts erbitte ich mittels  
Einzahlung auf mein Postcheckkonto 3812.  
Ergänzung gegenüber Nachnahmebestellung.  
Obige Lose empfiehlt und versendet 637  
**B. Klement**  
Breslau, Ring 22  
gegenüber dem Schweidnitzer Keller.

**Rhein-Lotterie**  
zu Gunsten des Rheinmuseums in Koblenz  
Ziehung vom 27. bis 29. Juni:  
100 000  
75 000  
50 000  
25 000  
usw. Sämtliche Gewinne 90% bar.  
Loss à 5.00 Mk. Porto und Liste 1.40 Mk. extra.  
Bestellungen von auswärts erbitte ich mittels  
Einzahlung auf mein Postcheckkonto 3812.  
Ergänzung gegenüber Nachnahmebestellung.  
Obige Lose empfiehlt und versendet 637  
**B. Klement**  
Breslau, Ring 22  
gegenüber dem Schweidnitzer Keller.

**Die Volkshule als Einheitshule**  
Von Dr. Max Apel. — 1.25 Mk. — 20% Zuschlag  
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes  
sowie von sämtlichen Kioskbetrieben entgegengenommen

Zurückgekehrt  
Dr. med. Walter Friedländer  
Hals-, Nasen-, Ohrenarzt  
Königsplatz 3 b  
Edele Friedr. Willhelmsstraße.

**Wer tauscht?**  
Zwei Stube u. 1. Hofstr. Küche,  
G. u. M., im 1. Etg. gegen  
ebenfallsige Scheinige ob Ober-  
tor. Offert. unt. H. D. 100  
Ergeb. d. 3. Fil. Matthisstr.

**Für Handwerker  
u. Geschäftleute**  
günstige Gelegenheit zum An-  
kaufen in einem landwirtschaftlichen  
Aussungsort. Offerten unter  
G 173 Buchh. d. Volksnachr.

**99 Karte geprüfte  
Pfähle**  
je 1,70 m lang, zur Abwehrung  
geeignet, werden Sonnabend,  
nam. 3 Uhr, in der „Er-  
holung“, Dammstr., Pöpel-  
witz, durch Gen. Land. meist-  
bietend versteigert. 12419

**Zu kaufen gef.:**  
Klapp- oder Kinderwagen,  
auch ohne Klapp, taucht stets  
Wolke, Lehnstraße 11.

**Altmetalle**  
kauft zu höchsten Preisen  
Jüngling, Gießerei, 4.

**Zum Verkauf:**  
Dam- u. Herren-Fahrrad.  
Preis, verk. bill. Preisburger  
Straße 16 i. Lab. 412

**Wagen f. Straßenhändler**  
800 Mark, verkauft 6100  
Schapke, Seifstraße 14.

**Sportwagen,**  
qui erhalten, zu verkaufen bei  
Simon, Pflanzstr. 23 51/2,  
von 4-6. 2404

**Singer-Nähmaschine**  
für 275 Mark mit Garantie  
**Schneidermaschine**  
fast neu, Kumbich, f. 675 Mark  
**Starkes Fahrrad**  
eleg. Preis, neuer Gummi,  
für 500 Mark zu verkaufen.  
Wienzier, 6188  
Gräbenerstraße 45.

**Kleine Anzeigen**  
sind komprom. gesetzte einsp.  
Anzeig. v. Verkäuf. Kaufge-  
suchen u. a. nur von Privat.  
Jedes Wort 50 Pf., fett 1 Mk.  
**Fahrrad** gutes, u. Garten-  
zu verk. Bill. Pflanzstr. 8.  
**Schäferhund** (Arenjung),  
Hündin, auf-  
wachsam, mit Jungen, verkauft  
Kasse, Franzstr. 80/84,  
Fabrik Gegend.

**EMU**  
**52. landwirtschaftliche  
Maschinenmarkt**  
  
**Technische Messe**  
Kleinsiedlungen \* Baumesse  
**Bürobedarfs-Messe**  
Kunst- und Kunstgewerbe-Ausstellung  
Sondergruppen \* Plakate  
Das schöne Buch \* Moderne  
**2. - 5. Juni 1921**  
Ausstellungspark Scheitnig

**!! Hingerichtet !!**  
sei jedes Auge auf meine unerhört billigen Preise!  
**Massenverkauf!**  
Damen-Schnürstiefel braun 117<sup>00</sup>  
schwarz 85<sup>00</sup>  
Damen-Spangenschuhe schwarz, prima 92<sup>00</sup>  
Herren-Stiefel Leder- u. Lederausführung 110<sup>00</sup>  
Rindbox-Stiefel Leder- u. Lederausführung 190<sup>00</sup>  
Herren-Boxstiefel braun  
Kinder-, Mädchen u. Knaben-Stiefeln  
in großer Auswahl.  
Ein Beweis meiner Leistungsfähigkeit!  
**Josef Gruschka**  
Neue Taschenstraße 6

**Inferate**  
ergötzen in der  
Volksmacht  
den größten  
**Erfolg!**  
**Arbeitsmarkt**  
Zwei tüchtige  
**Schneider-Gehilfen**  
auf Säckel oder Maschinenlohn  
sucht bald 2426  
Schneidermeister Chudy,  
Waldenburg-Altstadt,  
Breslaustr. 36, Hinterhaus.  
Tüchtige  
**Oberhemdenherinnen**  
(Selbstarbeit, Probezeit)  
sucht 2408  
Hermann Lepte, Leinwandstr.,  
Sunderstraße 25.  
Herinnen  
für Leinwand gesucht  
Kurschlag & Schilling, Pflanzstr. 23

**Canth**  
Kolonial-, Glas-, Porzellanwaren  
Sogel, Sittler, Ring 34  
Manufakturwaren, Konfekturen  
**Stein, Adolf,** Ring 6

**Cawallon**  
Gastwirtschaft  
J. Stegelmüller, Inh. P. Rulke  
Bismarckstr. 10, Garten-Club

**Dyhernfurt**  
Kolonialwaren, Dest., Fruchtw.  
Reinhold, Ferd., Telefon 23  
Uhren, Goldwaren  
Hilfner, Oststr. 30

**Dr. Lissa, Stadtwitz,  
Halden, Goldschmied**  
Arbeiter-Bekleidung, Schokolade,  
Kaufhaus  
Bauer, Breslaustr. 19

**Edelstein**  
Friedrich, P., Breslaustr. 13  
Gehäusen, Edel, Goldschmied,  
Landmann, Krampitzstr. 23  
Fischer, L. Lissa, Breslaustr. 8

**Elson und Stahlwaren**  
Stift, Paul, Breslaustr. 27

**Klose, Friedrich,** Ring 4  
Gastwirtschaft

**„Neufache Haus“**  
Zehner-Gesellschaft  
Gehrmann, H., Dönhofs-Platz

**Kaufhaus Goldschmied**  
Seifert, S. P. 3000

**Männertracht**  
„Fleisch-  
Schneiderei“  
Städt. Breslau, Inh. Schomburgk

**Kolonialwaren**  
Hoffmeyer, G., Breslaustr. 23  
Kasseler, H., Breslaustr. 37  
Witt, Carl, Ringstraße 2.

**Seltenerwaren-Vertrieb**  
Wittler, G., G., Breslaustr. 35  
Uhren, Goldwaren  
Herrmann, H., Breslaustr. 35  
**Otto Oskar,** Breslaustr. 31  
Woll-, Woll-, Kurz-, Spielwaren  
Wittlich, B., Ringstraße 2

**Frankenstein I. Sehl.**  
Herren- und Knabenbekleidung  
Spez.: Anfertigung nach Maß  
**Schneider, Alfred** Ring 13  
Kolonialwaren, Weiss, Läden,  
Spielwaren

**L. Seibt, H. Seibt**  
Manufaktur-, Wollwaren, Modewar.  
**H. Königler, Ring**  
Schuhwarenhaus, Fabrikstr.,  
Nähmaschinen, Reparaturen  
Klar, Carl, Ring-Gasse  
Schuhwarenhaus  
Rosenberg, Ludwig, Ring  
Tegeler, Kurt, Woll-, Wollwaren,  
Flegel, D., Inh. A. Rander  
Uhren, Goldwaren, Optik, Reparatur.  
Klar, Carl, Ring-Gasse

**Gatz**  
Fleisch- u. chem. Reinigungsanstalt  
Sommer, G., Heide 1  
Herren- u. Knabenbekleidung  
Ripper, Fritz, Amoldstraße  
Seit, Goldschmied  
Klein, Jul., Str. 2  
Juwelen, Uhren, Goldwaren,  
Wendler, Fritz, Nachh.

**G. Glücksmann**  
Manufaktur-, Kurz- und Holzwaren  
Kerzen, Kerzen, Holzwaren,  
Gebäude, Holz, Zedernstr. 8  
**Leder, Paul** Ring 5 L.  
Kleider, jeder Art, Spez.: Herings-  
Spezialh. I. Nähmaschinen,  
Fahrräder, Reparaturen  
**Besuch, Th.,** Ring 6  
Fische, Woll-, Wollwaren  
Hagel, Helene, Ring (Stadl.)

**Ersteinst  
6 mal  
monatlich.**

**Provinz - Bezugsquellen - Verzeichnis**

**Kurka, Carl, Ring 2**  
Schürzen, Stische  
Meyer, G., Grundermeisterstr. 8  
Spezialgeschäft für Bekleidungs-  
körper und halbfabrik.  
**J. Reithmayer jun.,** Ring 9  
Spezialh. I. Handarbeiten,  
Herrenartikel, Bandagen  
Kle, Alfred, Bandagist.  
Spezialhaus für Bürsten,  
Galanterie, Kurzwaren  
**Laidonitt, J.,** Ring 11  
Schuhwarenhaus  
Weinlein, G., Ring 11  
Uhren, Goldw., Reparatur.  
**Hampel, Franz,** Schwedstr. 8

**Grottkau**  
Bäckerei  
Schmidt, Ernst, Büchhoffstr. 55  
Gastwirtschaft  
Jann, August, u. Grembergstr.

**Herrmannsdorf**  
Bäckerei  
Ripper, Fritz, Amoldstraße  
Seit, Goldschmied  
Klein, Jul., Str. 2  
Juwelen, Uhren, Goldwaren,  
Wendler, Fritz, Nachh.

**Herrnprotsch**  
Fleischerei  
Grüder, Emil  
Gastwirtschaft  
„Stadt-Brot“, Inh. B. Grottkau  
Gastwirtschaft und Fleischerei  
Mastus, Carl  
Gastwirtschaft  
Kleut, Hermann

**Mundspatz**  
Bäckerei u. Fleischerei  
Kogel, Julius, Breslaustr. 17

**Fleischer u. Wurstfabrik**  
Wittlich, B., Ring 2  
Cawallon, Ring 17  
Gastwirtschaft  
**Geiber Löwe**  
Joh. Sonntag, Tax.  
Wald, C., Trebnitzer Str. 21  
Gastwirtschaft  
Kupke's We., Dör Str. 4  
Kolonialwaren  
Fritsch, Fritz, Sacrow  
Wente, Rud., F. Havelstr.  
Reparaturwerk  
Blauer Hirsch, Inh. G. Hengel  
No. 60, Markt  
Reparaturwerk  
**Kaffeehaus Garrau**  
Garten-Club, Inh. P. Scholz  
**Wasner's Feistsäle**  
Jeden Sonntag Langstr. 10  
**Koberwitz**  
Bäckerei  
Sanger, August  
Bäckerei, Kolonialwaren  
Weigel, O., bei Koberwitz.  
Gastwirtschaft  
Steinberg, Wilhelm  
**Leschwitz-Becken**  
Bäckerei  
Dittich, Ernst  
Kolonialwaren  
Kogel, von. Krone, Seiden  
**Mattsch**  
Bäckerei  
Grandel, Richard  
Kolonialwaren, Eisenwaren,  
Kleider, Fritz  
Kleider, Kurz- und Spielwaren  
**Neumann, D.,** Kauf-  
haus, Seidenstr. 17.

**Margareth**  
Gastwirtschaft  
„Jägerheim“, B. Rindfleisch.  
**Maria-Höfchen**  
Gastwirtschaft  
**Wüller's Gasthaus**  
Jeden Sonntag: Lang.  
Gastwirtschaft  
Tige, Luise  
**Maraschitz**  
zum Weißbrotgrund  
Jeden Sonntag: Lang.  
**Kl.-Mechern**  
Gastwirtschaft  
**Ulrich's Gasthaus**  
Jeden Sonntag: Lang.  
**Neumarkt**  
Fahrräder, Schleusen,  
Reparaturwerk  
**Rampert, Julius,** Ring 8  
Leinwand- und Baumwollwaren  
**Horn, Max,** Ring 50  
Schuhe, Schuhwaren,  
Reparaturwerk, Ring 68  
Uhren und Goldwaren  
Fischer, Carl, Ring 37  
**Kochhahn**  
Fleischerei  
Gastwirtschaft  
Gastwirtschaft „Zur Hühner-  
Küche“

**„Weidmannsruh“  
Deutsches Haus“**  
Gastwirtschaft  
Fritsch, Anna  
Schneider, Reinsold  
**Gähwante,** Drogen, Zigaretten,  
und Zigaretten.  
Kolonialwaren  
Nichter, Hermann, Dr. Gutfreud.  
**Obernigk**  
Gastwirtschaft  
„Saronite“, Bismarckstr. 34  
**Oppeln**  
Kolonialwaren, Werkzeuge  
A. I. Metz, von. Feldgasse, Lohstr. 34  
Spezialhaus für Korb-  
waren und Kleiderwaren  
**Göhreier, Anton** Ring 9  
**Pollen-Badenhof**  
Bäckerei  
Wende, Paul, Ober-Pellau 1  
Kor-, Woll-, Wollwaren,  
Reparaturwerk, Ring 20  
Kor-, Woll-, Woll- u. Reparatur-  
werk, Friedr., Ober-Pellau 1  
Uhren, Goldwaren, Optik,  
Reparaturwerk, Ring 22  
**Rathen h. Dirsch-Lissa**  
Bäckerei  
Rathen, Paul, Nr. 22  
Gastwirtschaft  
J. W. Desgrund, Inh. Rieder  
**Reichenbach**  
Bäckerei, Fleischerei,  
Reparaturwerk,  
Reparaturwerk, Ring 6

**Groß-Dezillation**  
**Rühmann, Otto** Ring  
Kolonialwaren, Zigarren,  
Tittler, Max, Langstr. 38

**Modewarenhaus**  
**Jung, S. Joachim,** Ring  
L. Reich  
Modewaren u. Konfektion  
Wittler, H.  
Schuhwaren  
Gehrig, Max

**Trebnitz**  
Groß-Dezillation  
Tittler, W., Langstr. 45  
Gastwirtschaft  
**Romppelhaus, Inh. Kappe**  
Strenglobiges Familienlokal  
Jeden Sonntag: Elite-Ball  
Modewaren, Konfektion  
Kappel, H., Langstr. 38  
Kurtz, H., Inh.: Reipert

**Wohnau**  
Alder, H. Grabenkeller  
Richter, Wilhelm, Steinmetzstr.  
Bayer, F., Pflanzstr. 24  
Bayer, F., Pflanzstr. 24  
Gastwirtschaft  
„Zur Hoffnung“, Inh. Feder  
Kolonialwaren  
Kogel, Julius, Ringstr. 15  
Reparaturwerk aller Art  
Reparaturwerk, Ringstr. 20  
Pflanzstr. 24, Ringstr. 15  
Schneider, Wilhelm, Ringstr. 15  
Zigarren, Zigarren,  
Reparaturwerk, Ringstr. 15  
Zigarren, Zigarren,  
Reparaturwerk, Ringstr. 15  
Zigarren, Zigarren,  
Reparaturwerk, Ringstr. 15

Wochenlang ausverkaufte Häuser: Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Dresden.



Das Liebesleben des bekannten Millionärs

# Fräulein Mimis Vergangenheit

Geheime Sünden aus Berlin W.



**Stadt-Theater.**  
Freitag 7 Uhr:  
„Sofmanns Erzählungen“  
Sonnabend 6 1/2 Uhr:  
„Sofmanns Erzählungen“  
Sonntag Nachmitt. 2 1/2 Uhr:  
„Der Waffenschmied“  
Abends 6 1/2 Uhr: Sida.

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne, Tel. Ring 2548.  
Heute u. täglich 7 1/2 Uhr:  
Mascottchen.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Schwarzwalddädel.

**Liebig-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
Zum letzten Male!  
Nacht im Paradies.  
Ab Sonnabend:  
„Der Juxbaron“  
mit Paul Westermeyer.  
Eigene Lichtanlage.

**Zeltgarten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Der neue  
Juni-Spielplan.  
U. a.  
Fritzi Funke  
die beliebte Vertragspartnerin.

**Volksgarten-**  
Lichtspiele  
Michaelsstraße 48.

Nur bis Montag!  
**HappyPie!**

in dem Detektiv-  
und Sensations-  
Abenteuer  
eines Vielgesuchten

**Der Verächter  
des Todes**

in 6 großen  
spannenden Akten.  
Dazu: 2425  
Lotte,  
der Windfang  
Reizendes Lustspiel  
in 2 Akten.

**Eden  
Theater**

Nikolastraße 27.  
Nur noch bis Montag!  
**Die Geier der  
Goldgruben**

Wild-West-Film aus dem  
californ. Bergen.—5 Akte.  
**Teufelchen**  
Ein kostbares Spiel in  
4 Akten mit  
Hilde Wörner

**ZEPTER-  
KINO** Kleeberg  
Str. 47  
Bis Montag 2 Schläger  
**Das blinkende  
Fenster  
der Katenstraße**  
Detektivfilm 5 Akte  
Außerdem: Sensationsdrama  
**Mia May**  
in  
Das Opfer der  
Bergkatastrophe  
oder  
Das wandernde Bild  
5 Akte 2418

**Jupiter  
Lichtspiele**  
Westendstr. 50/52.  
Fürstliche Abenteuer  
einer Verführerin in  
Franz Jurbans Fremdenhaus:  
**Die Illa Hölle**  
nach dem Roman  
Die Flucht durch Flammen.  
Großstadt-Sittenbild  
in 6 Akten.  
Außerdem:  
**Harry Pie's  
geheimnisvolles  
Telefon.**  
5 Akte  
mit dem berühmten Detektiv  
Kelly Brown.

**PALAST  
Theater**

Ein Spielplan, von dem  
sogar Breslau spricht!  
Erst-Aufführung:  
**Menschen,  
die nicht  
lieben dürfen**  
nach dem Roman:  
**Der Triumph  
des Todes.**  
In der Hauptrolle:  
**Hilde Wörner**  
die fabelhafte Doppel-  
gängerin von:  
**Lotte Neumann**  
Dazu:  
Die gewaltige  
amerikanische Wild-  
West-Sensation:  
**Bärenjack**  
der  
Abenteurer  
oder:  
Der Beberfall  
in der Sierra-  
 Nevada-Schlucht  
5 Akte.

**Matthias-Kino**  
Matthiasstraße 33  
und Melnikstraße 9

Nur bis Montag!  
Beginn:  
Werktags 5 Uhr  
Sonntags 4 Uhr

Die französische Regierung hat  
wegen die Verführung des Films  
„Die schwarze Schmach“  
Einspruch erhoben!  
Der Film wurde beschlagnahmt,  
jetzt aber wieder freigegeben.  
**Ein  
Not-  
schrei  
an die  
Mensch-  
heit!**  
Der  
Verführer  
am Rhein!  
Urkunden-  
mäßige  
Großstadt-  
schwarze  
Fremden  
am Rhein.  
5 Akte.  
Feiner: Der markierte Ganer! Detektivschlager  
Spannende Akte

Karlstr. 36  
**Herrn-Fitznib**

**Konzerthaus  
ZOO**  
Telefon: Ring 1092  
schrägüber dem Ausstellungs-Gelände,  
mit herrlichem, schattigen Park.  
**Mittagstisch** 2399  
für Messbesucher und Aussteller.  
Von 4 Uhr ab:  
**Große Konzerte**  
des Nombéry Milksa-Orchesters  
Dirigant: Max Horeberg.  
Gondelfahrten  
auf dem großen Teich.

Nur  
4 Tage  
**Spooli  
Lichtspiele** Das große  
Programm

Neudorfsstraße 35.  
**Der Henker von  
Sankt Marien**  
mit  
**Eva May als Beatrix**  
Ein Drama von grenzenloser Spannung  
in 7 großen Akten.

**Die blaue Katze**  
mit  
Phantomas als Detektiv in 5 Akten.  
Abenteuer-Detektiv-Drama voll Aufsehen  
erregenden Sensationen.  
**Ein glücklicher Finder**  
Famose Lustspiel in 1 Akt.

Nur bis Montag!  
Beginn:  
Werktags 5 Uhr  
Sonntags 4 Uhr

**Die besten und billigsten Anzüge**  
vollständig außer Konkurrenz 2321  
Zweifelhundert unschätzbare, be Geübtheit,  
Lehrermeister  
Sie hat  
Viktoriastraße 48, im  
1. u. 2. Stockwerk  
Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen.  
Inh. Hermann Partetzke.

**Ruba-Seife**  
Reine Hauswasserteife, garantiert rein  
Seifen- und  
Parfüm-Fabrik  
Karlstr. 13, Dresden

**Schauburg**  
Victoria-Theater  
Neue Tschirnstrasse

**Bühnen-Schau: Gastspiel**  
**Irene Fiedler** der früheren Lieb-  
ling am Schau-  
spielhaus Breslau  
**Alfons Fink**  
der Urwüchsig  
in der einkünftigen Operette:  
**Rosenstock u. Edelweiß**  
Musik von Franz Léhar Text von  
Julius Bauer  
Regie: M. Stevrau  
Rosenstock, Alfons Fink,  
Edelweiß: J. Fiedler.

**Film-Schau:**  
**Lebewelt**  
5 Akte  
nach dem Roman:  
Auch so  
„Eine“  
**Gisela Werbezirk** Lia Mara  
J. Riemann  
als Pampon „vous Ballett“ in dem  
unübertrefflichen Lustspiel:  
**Kri-Kri** Die Herzogin von  
Torahak oder: Die  
**10 Gebote der Liebe** 5  
Akte  
Ab 6 Uhr 1 Mk. Zuschlag  
nuri d. Schauburg

**Reinhold  
Schünzel**  
im großen  
Abenteurerroman:  
**Der König der Gauner  
Graf Cagliostro**  
25 Millionen Kronen kostet die Herstellung dieses  
packenden und nervenpeinenden Sensations-Films  
Maitressen-Wirtschaft am Kaiserhofe von Wien.  
Das tolle Lustspiel in 3 Akten  
O' witz es doch ein Suppenhuhn  
Vorbereitung des berühmten  
Universalkomikers Laurens Ott

**Der König der Gauner  
Graf Cagliostro**  
25 Millionen Kronen kostet die Herstellung dieses  
packenden und nervenpeinenden Sensations-Films  
Maitressen-Wirtschaft am Kaiserhofe von Wien.  
Das tolle Lustspiel in 3 Akten  
O' witz es doch ein Suppenhuhn  
Vorbereitung des berühmten  
Universalkomikers Laurens Ott

**Deutsche!**  
verlangt  
**Schirdeman-  
Edelbranntweine:**  
Jubiläumsmarke, Dreibrand  
**Schirdeman-  
Edelköre:**  
Cumbuka, Mondara, Retik, Extra,  
Spezial  
**Carl Schirdeman, Hornbrennerei u. Sektfabrik**  
Tel. Ring 493 u. 6183 - Dresden 6 - Gegründet 1762

**10000 Zähne u. i. Jahr**  
in den meisten Fällen  
schmerzlos gezogen.  
Zähne } zu mäßig.  
Plomben } Preisen.  
R. Bartheil, Poststr. 1  
Ecke Ohlanenstr.

Bei  
besten  
Periodenbrönnung  
verlangen Frauen nur meine  
höher wirkenden Mittel.  
Billigste Preise  
in Gummiwaren  
Seitengarnen Spülspinnen, Leib-  
und Monatsbinden  
Kanting gegen 50 Pfg. Stück  
Frau B. Zander,  
Raffarin 10423  
Breslau 9.  
Gellertstraße 26, 1. Stock  
an der Kottbuden.

Anfang  
4 1/2  
Uhr!  
**DKK**  
Friedrich-Wilhelmstraße 3.

**Bühnen-Schau: Gastspiel**  
**Paul  
Rainer**  
in dem  
Sensations-  
Bühnen-Sketch  
**Graf  
Spitzbube**

**Film-Schau:**  
**Der Apachenlord** 5  
Akte  
Ein Abenteuer-Gohelmeis des  
Apachenkellers „Roter Hahn“  
oder: Wie man Millionär wird.  
Außerdem:  
**Der unheimliche Fahrgast**  
oder:  
**3 Minuten Schreckens-  
angst**—5 Akte.  
Ein Abenteuer des berühmtesten  
Hochstaplers Franz Norton  
**Neue Haltestelle** direkt  
vor DKK

**Cefi  
Lichtspiele**  
Schweidnitzerstraße 38  
Eingang Hammerel 3/5  
**Mia May**  
im  
tollen Lustspiel  
**Fräulein Zahnarzt**  
5 Schläger-Akte  
**Bruno Kastner**  
im Abenteuer- u. Sittenroman  
**Großstadt-Spelunken**  
nach dem Roman  
Das Brandmal der Vergangenheit  
Von 4-6 Uhr ermäßigte Preise!

**IMPRESSEN**  
von  
**Damenhüten** in kürzester Zeit  
auf neueste Formen  
**Herrenhüte** werden geschneidert und  
neu gefasst.  
**M. ANDERS NACHF.**  
Strub- und Filz-Fabrik  
BRESLAU 3, Friedrichstraße Nr. 21. 2301

**Markenfrei!**  
Bausäher Braunkohlen, Braun-  
kohlen-Rohpreßsteine u. Brennholz  
offenartig geschnitten, liefern von 10 Ztr. an frei Keller,  
kleinere Mengen ab Lagerplatz Osterstraße 57/61  
**Wilhelm Laske & Co.,**  
Hauptgeschäft Kurassierstraße 24,  
Telephon Ring Nr. 278. 2281

# Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: In Wärsche für gewöhnliche Anzeigen und Schließen 2. — M., auswärts 2.20 M., Anzeigen unter 10 Zeilen 1. — M., auswärts 1.20 M., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 M., Kleinanzeigen pro Wort 0.20 M., das erste Wort 1. — M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen die vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 46 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verantwortl. Anstaltsleiter: Geschäftsstelle Ring 1206, Rebellion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 mal und ist in zwei Hälften geteilt. Durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 46, durch die Zweigstellen: Hauptstraße 23, bei Jung, die Buchhandlung der „Volkswacht“, Hauptstraße 23, und durch alle Buchhändler zu beziehen. Abonnement: 1.20 M., monatlich 0.20 M., vierteljährlich 0.60 M., (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 0.75 M. (ohne Postgebühren), bei ins Haus durch die Post monatlich 0.10 M., vierteljährlich 0.30 M.

## Sozialdemokratie und Regierungsprogramm.

### Noch kein weiterer Vormarsch der Engländer.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Oppeln: Die politisch-militärische Situation ist unverändert. Die Ronds Taktik, die dahin geht entscheidende Operationen der Engländer zu verhindern oder doch wenigstens so lange hinauszuzögern, bis eine Lage geschaffen ist, die den Polen die bisher von ihnen durch die stillschweigende Duldung und Mithilfe der Franzosen erzielten Erfolge nicht, scheint innerhalb der S. R. gefestigt zu haben. Le Rond hat sich bisher geweigert, in dem vom Aufbruch durchbrochenen Gebiet den Kriegszustand zu erklären. Die Folge davon ist, daß das Eintreffen der englischen Truppen, von dem die drangsalterte Bevölkerung die Rettung und Befreiung aus ihrer unerträglichsten Lage erhofft, bisher fast noch keine Resultate gezeitigt hat. Der einzige positive Beschluß, der dort heute früh zustande gekommen ist, war, wie schon gesagt, die Schaffung einer neutralen Zone zwischen den beiden kämpfenden Parteien, wobei die Franzosen lediglich daran denken, einen nur wenige Kilometer breiten Streifen zwischen dem deutschen Selbstschutz und die Polen zu legen. Der wohl nicht unbeabsichtigte Zweck einer solchen Maßregel würde der sein, daß die polnischen Auftrüher in dem ihnen überlassenen Gebiet, das mindestens zwei Drittel der ganzen Abstimmungszone umfaßt, sich noch freier und ungehindeter betätigen könnten, als bisher und die Herrschaft auch in den von ihnen noch unbesetzten Städten des Industriegebietes an sich reißen könnten. Die Franzosen begünstigen diesen Plan auch dadurch, daß sie sich weigern, ihre Truppen in diesen Städten durch die Engländer abziehen zu lassen, wie dies von englischer Seite ursprünglich beabsichtigt war.

### Ein Freikorpsheld.

Der Führer der Freiwilligentruppe, welche in Reife im unbesetzten Gebiet Oberschlesien unseren Genossen wertvoll beistand, und auch sonst mehr durch innerpolitische Störungen als durch Feindtaten gegen die Polen glänzte, ein Oberleutnant H. N. Schmidt, gegen den bereits Verhaftungsbefehl erlassen war, ist jetzt endgültig mit seiner Truppe aus Oberschlesien verschwunden. Der Mann wurde vom deutschen Selbstschutz als Angehöriger nicht anerkannt, da er keinen Angehörigen phantastische Versprechungen machte.

### Die in Oberschlesien gefangenen Polen.

Anlässlich der in letzter Zeit von polnischer Seite vorgebrachten Beschuldigungen über die Verhältnisse im Internierungslager Sielow bei Kottbus haben die zuständigen Stellen Ermittlungen angestellt, die zum Ergebnis hatten, daß sich in dem Lager zurzeit etwa 600 Personen befinden, die anlässlich der Kämpfe in Oberschlesien festgenommen wurden. Ein großer Teil dieser Personen ist im Interesse ihrer eigenen Sicherheit abgehoben worden. Andere, darunter eine Anzahl von Leuten, die selbst Hallerjungen zu sein zugaben, sind mit der Waffe in der Hand gefangen genommen worden. Geistliche und Geistes sind nicht im Lager, sind auch nie dort gewesen. Die Behauptungen über Mißhandlungen im Lager sind unzutreffend. — Die S. R. in Oppeln ist durch den deutschen Bevollmächtigten ersetzt worden, über den weiteren Verbleib dieser Personen Entscheidung zu treffen. Soweit die Internierten nur ihrer persönlichen Sicherheit wegen festgenommen worden sind, ist bereits ihre sofortige Freilassung angeordnet.

### Mängel der deutschen Organisation.

Der ober-schlesische Sonderkorrespondent der „Frankf. Ztg.“ schreibt: Wenn irgendwas, so ist für die Behandlung der ober-schlesischen Frage vollständige Einheitlichkeit der deutschen Politik und der für ihre Vertretung bestimmten amtlichen und privaten Stellen ein unbedingtes Erfordernis. Man mag über die am besten zu dem Ziele der Erhaltung Oberschlesiens und seiner Volksteile beim Reich führenden Wege verschiedener Meinung sein und sich darüber auseinandersetzen, aber unter keinen Umständen dürfen solche Meinungsverschiedenheiten eine dauernde Belastung der deutschen Politik bilden. Und ebensowenig ist es angelegentlich, daß als „Dezentralisation“ ein Durch- und Nebeneinandergeraten Platz greift, das die Einheitlichkeit und Geschlossenheit föhrt. Es muß aber gesagt werden, daß unter einer solchen falschen Dezentralisation die amtliche Politik in bezug auf Oberschlesien zum Nachteil der Sache gelitten hat, weil sie nicht von einer einzigen verantwortlichen Stelle einheitlich geleitet, sondern von einer ganzen Reihe verschiedener Instanzen gemacht wird. Das beginnt schon bei den Zentralstellen in Berlin, wo das auswärtige Amt, das Ministerium des Innern, sowohl das preussische wie das Reichsministerium und endlich das Staatskommissariat für die öffentliche Sicherheit sich in die Kompetenzen teilen und unabhängig voneinander ihre Befehle erlassen. Und das setzt sich im verstärkten Maße nach unten fort, so daß in Breslau, wo der Sitz der meisten ausführenden Organe ist, mehr als ein halbes Duzend amtlicher und nichtamtlicher Stellen ober-schlesische Politik macht. Diese Vielregiererei hindert ein Zusammenarbeiten und hat zahlreiche Kompetenzstreitigkeiten zur Folge. Viel Kraft wird dadurch absorbiert. Es war von Anfang an ein Unglück, daß die für Deutschland ungünstigen Bestimmungen des Friedensvertrages, die jede amtliche Propagandatätigkeit von deutscher Seite verboten, zu einem

Nebeneinander mehrerer Stellen führten. Während auf polnischer Seite Korsanty in dreifacher Eigenschaft, als Plebiszit-Kommissar, als Leiter der polnischen Propaganda und endlich, wenn auch nicht de jure, so doch de facto als Vertreter der polnischen Regierung bei der Interalliierten Kommission tätig war, mußten auf deutscher Seite dafür drei verschiedene Stellen geschaffen werden. Als Bevollmächtigter bei der Interalliierten Kommission wurde nach Kühnlingnahme mit General Le Rond Fürst Hagfeldt bestellt. Seine Mitarbeiter waren Graf Braschma und ein nach Oppeln geschickter Beamter des diplomatischen Dienstes, Legationsrat v. Molke. An der Spitze des Plebiszit-Kommissariats steht der ehemalige Bürgermeister der kleinen Stadt Neßberg bei Beuthen, Urbanek. Die Leitung der deutschen Propaganda endlich liegt in der Hand des schlesischen Ausschusses, einer aus allen politischen und wirtschaftlichen Verbänden parteilich zusammengesetzten Organisation, die die Nachfolge des auf Grund des Friedensvertrages aufgelösten Staatskommissariats für Oberschlesien übernahm. An seiner Spitze steht der ehemalige Landrat Lutjehol, ein Mann von nicht gewöhnlicher Willens- und Tatkraft, dessen Energie des Handels ihm viele Gegner verschafft hat. Er gehört politisch dem linken Flügel des Zentrums an, besitzt aber gleichzeitig das volle Vertrauen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Endlich hat das Staatskommissariat für die öffentliche Sicherheit eine eigene Stelle in Breslau, die sich mit Dingen befaßt, die über die Kompetenzen der Berliner Zentralstelle weit hinausgehen. Neben diesen amtlichen und halb-amtlichen Stellen ist da noch eine ganze Reihe privater Organisationen, wie der Schutzbund, die Vereingigten Verbände der Heimatstreuer usw., die alle mit sehr weitgehenden Befugnissen ausgestattet, ihre eigene Politik zu machen.

Diesem Zustand droht ein Ende zu machen, ist ein Gebot der augenblicklichen Lage, die weiterhin auch dadurch erhärtet wird, daß auch innerhalb der politischen Parteien die Einheitlichkeit des Handelns zu wünschen übrig läßt. Der für die Dauer des Abstimmungsstempels beschlossene Burgfrieden wird häufiger durch Parteikämpfe hinter den Kulissen durchbrochen. Man in anderen Situationen das getrennte Vorgehen und das vereinte Schlagen die beste Taktik sein. Angesichts der politischen Front ist es dringend notwendig, daß auf deutscher Seite die gleiche Einheitlichkeit des Willens und Handelns gegenüber gestellt wird.

### Das Jögern der Entente.

Zimmer noch werden über Oberschlesien Noten zwischen London und Paris ausgetauscht und wird ein großer Streit darüber geführt, ob vor der Arbeitsaufnahme der Sachverständigenkommission in Boulogne eine Konferenz des Obersten Rates stattfinden soll, die den Sachverständigen die Richtlinien mit auf den Weg gibt oder ob ohne Boulogne die Sachverständigenkommission an die Arbeit gehen soll. Bereits heute liegen Anzeichen dafür vor, daß, wie so oft auch diesmal Briand aus dem Streit für die französische Auffassung bezüglich des ober-schlesischen Problems Nutzen zieht. Diesen Nutzen zu einem nützigen französischen Siege auszugestalten, ist die französische Regierung offensichtlich durch Vermittlung des italienischen Kabinetts bestrbt.

### Gegen das deutsch-demokratische Werben um die Volkspartei.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Die Ausführungen unseres Genossen Wels in der Donnerstags-Sitzung des Reichstages, soweit die Erweiterung der augenblicklichen Koalition durch die Volkspartei abgelehnt wurde, beantwortet die „Tägliche Rundschau“ folgendermaßen: „Bisher hat doch die Deutsche Volkspartei nicht die geringste Neigung verraten, in diese Regierung einzutreten. Sie hat das Ultimatum aus wohl erwogenen Gründen abgelehnt und daraus die selbstverständlichen Folgerungen gezogen. Wenn die demokratische Presse Tag für Tag vom Eintritt in die Regierung spricht, die sie bald als heilige Pflicht, als unabwendbare Forderung verlangt, so haben doch solche Scherze mit ernsthafter Politik nichts zu tun und belasten jedenfalls nicht das Konto der Volkspartei. Das Ultimatum ist angenommen worden und dieser Tatsache muß Rechnung getragen werden. Man wird abwarten müssen, wie die neue Regierung die Erfüllung des Ultimatus zu verwirklichen gedenkt. Die Stellungnahme zum Ultimatum zieht eine Scheidelinie, macht aber weder grundsätzliche Oppositionen noch einige vorläufige Vertrauensklärungen notwendig.“ „Nun Ansehen nach hat die „Tägliche Rundschau“ die Reden Stresemanns während der Parlamentsferien, die nur ein Sehnsuchtszeichen nach der Regierung waren, überhört. Wer ganz abgesehen davon, es gilt im Augenblick nicht mit der Volkspartei zu rechten, sondern die entrüsteten Demokraten darauf aufmerksam zu machen, daß ihr Bitten und Flehen um die Volkspartei, wie aus dem vorstehenden Kommentar hervorgeht, im Augenblick wenig Zweck hat. Sollten die Herren dennoch den Ruf nach der Rechten weiter über oder gar Konsequenzen ziehen — natürlich nur zum eigenen Schaden — dann würde auch der Sozialdemokratie nichts anderes übrig bleiben, als durch einen Appell an das Volk, die Entscheidung darüber treffen zu lassen, ob eine republikanisch-demokratische Regierung versuchen soll, die Verpflichtungen zu erfüllen oder die Entente das Ruhrgebiet besetzt, und somit neues Glend über die deutsche Bevölkerung bringen soll. Jedenfalls ist die Sozialdemokratie nicht im geringsten geneigt, das Vertrauen, das die Linksregierung einmal im Auslande gewonnen hat, durch die parteiugewissen Wortteile der Demokraten zu verlieren.“

### Kein Telegramm Wirths nach Wien.

W.B. meldet aus Berlin: Zu der Wiener Meldung eines hiesigen Morgenblattes, nach dem ein Telegramm des Reichskanzlers die deutsch-österreichische Regierung ersucht hätte, auf das Unterbleiben weiterer Anschließungsbestimmungen hinzuwirken, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß ein solches Telegramm nicht ergangen ist.

### Die große Reichstagsdebatte.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Auch am Donnerstag war der Reichstag wieder außerordentlich stark besetzt und ein zahlreiches Tribünenpublikum zeigte, daß die Bevölkerung an den hochpolitischen Vorgängen regsten Anteil nimmt. Die Reihe der Redner aus dem Hause eröffnete unserer Parteifreund Wels mit einer klargegliederten und wichtig wirkenden Rede, die vor allem ihre Weile nach rechts hin sandte. Nochmals sagte Wels die Gründe zusammen, die unsere Partei zur Annahme des Ultimatus bestimmt hatten, und abermals schleuderte er den Rechtsparteien die ganze Schande ihrer verbrecherischen Politik ins Gesicht. Bis zu welchem moralischen Tiefstand die Agitation der Rechtsparteien gelangt ist, zeigt unser Redner an dem Beispiel eines deutsch-nationalen Schreiers, der bei einer Berliner Stageraffee geradezu zur Ermordung der nach Leipzig reisenden englischen Zeugen aufgefordert habe. Reichskanzler Wirth antwortete im Verlaufe der Debatte unserem Genossen, daß der Berliner Polizeipräsident gegen jenen Redner schon ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet habe. Wels geistelte die Orgepolitik in Oberschlesien, er predigte den neuen Geist, der in der ganzen Welt erkehen müsse, und schloß mit einem lebhaft applaudierten Bekenntnis zu den unvergänglichen großen Zielen der Menschheit. Das Zentrum schickte einen seiner Arbeitervertreter vor, den Westfalen Johannes Becker, der in halbständiger Rede und mit gewandten Worten die Politik seiner Fraktion vertrat. Wöllig eindrucklos blieb der deutsch-nationale Fraktionsredner Edler von Braun. Der Mann ist Präsident des Reichswirtschaftsrates, nebenbei gesagt, einer der überflüssigsten Einrichtungen der Welt, der der Reichswirtschaftsrat hat die Räteidee zur Karrikatur verzerrt. Sein sichtbarstes Ergebnis ist, daß alle Großkapitalisten aus Industrie und Handel nur 1. Klasse auf Reichskosten spazieren fahren. Der Edelmann Braun beteuerte weinerlich, daß die Bestehenden keine Steuer-sabotage getrieben hätten. Sein antisemitisches Herz verriet der nicht sonderlich intelligente Herr durch seinen Angriff auf den „stark jüdischen Einschlag“ des neuen Kabinetts, zum Schluß wurde er dreist und ausfällig gegen die Regierung wegen ihrer ober-schlesischen Politik. Im übrigen wollen die Deutschen nationalen so gnädig sein, die Regierung danach zu beurteilen, wie sie sich zu der gefährlichsten Enteignung von Privateigentum stelle. Dann kam der von Herrn von Braun provoziertere neue Aufbauminister Dr. Rathenau zu Wort. Eine kleine Sensation. Herr Rathenau hatte vorher mindestens eine Stunde lang mit Stimmes konferiert. Dennoch atmete seine Rede nicht Stimmesigen Geist. Ein Mann, der selbständig zu denken gemohnt ist, steht vor dem Reichstag und entwickelt selbständige Ideen. Auf den sozialdemokratischen Bänken wird nicht jedem seiner Worte zugestimmt, am Schluß aber stimmen auch wir in den Beifall ein. Denn alles in allem ist dieser Minister doch ein ganzer Kerl. Namentlich seine Worte über die Notwendigkeit einer Politik der Versöhnung sind von innerer Ueberzeugung getragen, und Beifall findet auch auf der gesamten Linken sein Hinweis auf die schwere Not Frankreichs und den ehrlichen Willen dieses Landes, die deutsche Mithilfe beim Wiederaufbau anzusehen. Rathenau verspricht, daß er von seinem Ministerium alles fernhalten werde, was an Schiebererei und Reparationsgewinnertum sich heranzubringen versuche. Mit großem Geschick partert er schließlich einem Angriff des edlen Nitters von Braun und findet außerordentlich warme Töne für eine neue Geistesgemeinschaft der ganzen Welt. Während der Rede des neuen Ministers hatte der Volksparteier Redner der Präsidentenwahl eingekommen und bemühte sich mit großem Erfolg, sich durch ein Uebermaß von Ungeschicklichkeit gründlich zu blamieren. Der letzte Redner des Tages war der Unabhängige Henke, dessen im ganzen kritisch gehaltenen Ausführungen doch nicht die Erwartung zerrstörte, daß die Unabhängigen dem Kabinett bei der morgigen Abstimmung keine Schwierigkeiten machen werden.

### Die Rede des Abg. Wels (Soz.)

Die Erklärungen der Reichsregierung enthalten ihren heftigsten Ausdruck durch die völlige Unterwerfung unter den Zwang der Verhältnisse, die so hart und so deutlich nach in seiner Erklärung der früheren Regierung zum Ausdruck kamen.

und wohl auch nicht kommen konnte, weil alle früheren Regierungen vor dem 1. Mai abgeben mußten, das heißt vor dem Ablauf der Frist, in der die Reparationskommission die Verpflichtungen Deutschlands festzustellen hatte. Die Annahme des Ultimatums durch die Mehrheit des Hauses hat die Spannung gelöst, die über der Welt hing. Es war auch für meine Partei ein schwerer Entschluß für

#### die Annahme

zu nehmen. Die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten Briand und des Weimarer Reichspräsidenten Ebert haben die Absichten einer politischen Ausnützung der Sanktionen zu nichts gemacht. Wie haben wir unsern Anspruch noch jetzt setzen, wenn auch steinigen Boden unter den Füßen und wir wissen, daß wenn wir das Ultimatum erfüllen können, was von dieser Seite ein Überempfindlichkeitsmaß kaum noch droht. Wir hätten das Ultimatum nur zurückweisen brauchen und die Franzosen hätten heute im Ruhrgebiet, während Korfanty mit seinen Banden unumschränkter Beherrscher von Oberschlesien wäre. (Sehr richtig!) Mit der Annahme des Ultimatums hat das Kabinett Brüning die Verpflichtung übernommen, die äußersten Anstrengungen zu machen, das Finanzdefizit zu erfüllen. Wegen seiner ungebrungenen Umkehrung unter den übermächtigen Willen unserer Feinde ist Deutschland ja dann von den sogenannten Deutschnationalen als ein Volk der Lüge und das Kabinett Brüning, das Kabinett der Erfüllung, als eine Regierung der Lüge bezeichnet worden. Die Herren von der Rechten wären froh, wenn es so wäre. Aber eine Regierung, die sich den eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen versucht, oder in ihrer Erfüllung lässig wäre, wäre sehr rasch am Ende ihres Lateins. Sowie die Annahme ihres Ultimatums eine unabweisbare Notwendigkeit war, um den politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands abzuwenden, so liegt uns allen jetzt die gebieterische Pflicht ob, wenigstens insoweit zu erfüllen, bis alle Gutwilligen und Gutgläubigen der ganzen Welt anerkennen müssen, daß Deutschland das geleistet hat, was es zu leisten mit aller Kraftaufbietung imstande war. Es ist heute nicht die Zeit, die begangen

#### Fehler des Kabinetts Brüning

Marxistellen. Nur die eine Feststellung sei hier gemacht, daß jetzt sehr Vertreter der Parteien, die in der vorigen Regierung waren, ihr vollkommenes Verlangen eingesehen. Ich will mich nur auf das Zeugnis des früheren demokratischen Ministers Derburg berufen, das wohl niemand zurückweisen wird. Er hat im "Berliner Tageblatt" erklärt, das Kabinett Brüning sei reiflos gehandelt insbesondere durch den Mangel an erprobten Sachleuten in seiner Mitte und das Fehlen resoluter Entschlossenheit in allen wirtschaftlichen Dingen. Es ist eine eigentümliche Ironie des Schicksals, daß dieses meine Meinung nach unanfechtbare Urteil geteilt über

#### das Kabinett der Finanzminister

gefaßt werden muß. Es zeigt sich, daß man noch kein großer Feldherr ist, wenn man sein Volk in die tiefsten Niederlagen hinein führt und daß man noch lange kein Finanzminister ist, wenn man sich dafür ausliefert und antreiben läßt. Der Redner der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Herzig, hat am 10. Mai mit jener prophetischen Sicherheit, die ihn stets auszeichnet, erklärt, daß der Ruhrstreik nur ein kleiner Teil seiner Willen zum Ruin Deutschlands von Frankreich in Aussicht genommen ist. Bisher ist bekanntlich stets das Gegenteil von dem eingetreten, was Herr Herzig vorausgesagt hat. Die

#### Verfassung der Kriegsverbrechen

scheint jetzt endlich in Gang kommen zu wollen. Wir bedauern auf das Aufrichtigste, daß nicht alle Wähler an diesen notwendigen moralischen Säuberungsprozess drangehen, der darin besteht, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die ihre militärische Kommandogewalt zu gemeinen Verbrechen mißbraucht haben. Die

#### Durchführung der Entlassung

ist für die Reichsregierung ein dringendes Gebot. Man jetzt nicht unangenehm und entschlossen die Auflösung der dazugehörigen Einwohnungsverhältnisse durchzuführen, dann bedeuten Sie wohl — könnte noch vor dem Eingreifen der Entente das den Bürgerkrieg in Deutschland bedeuten. Dasselbe, was von den Einwohnern

#### die Freilassung

gesten, deren gemeinschaftliches Wirken Deutschland in die schlimmste innenpolitische Schwierigkeit bringen kann. Trotz des Erfolges des Herrn Reichspräsidenten wurde noch am Dienstag in der Provinz Brandenburg ein Mafat angehängt, in dem die Freilassung für Oberbefehlshaber gemäß werden. Gebiete in Antwerpen usw. (Hört! Hört! bei den Soz.) Wenn ein solches Mafat auch nur eine Stunde angehängt wäre, hätte man meinen, daß die Vertreter der Regierung und der Polizeibehörden die ersten wären, die den Leuten die Bube schließen und in höheren Gewahrsam bringen ließen. (Sehr wahr! bei den Soz.) ehe sie größeren Schaden anrichten.

Die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatums müssen notwendigerweise hart und drückend sein. Freilich haben die Demagogen im Lande von rechts und links es leicht zu beschwören, daß die Ja-Mehrheit das deutsche Volk in die Sklaverei der Entente verurteilt habe, als ob es einen Weg gegeben hätte, diese Schmachthat zu vermeiden, nachdem das kaiserliche Deutschland in diesen Krieg hineingezogen ist und ihn trotz aller unserer Mahnungen verlängert hat, bis der Zusammenbruch unabweisbar war. Man mag die Regierung Brüning mit dem ehrenwerten Herrn Helfferich, der die ganze Last der Kriegskosten den besiegten Feinden auferlegen wollte, rasch als Exzentriker bei Entente beschimpfen, wie es in der "Deutschen Tageszeitung" geschieht. Uns Sozialdemokraten und dem großen Teile des Volkes ist es immer noch lieber, wenn wir selbst unter bitteren Entbehrungen

#### die Schuld des inneren Deutschlands abwälzen

als das General Foch als Exzentriker mit Tanks kommt, und daß aus Deutschland das herausgeht, was er will. Die Partei des Herrn Herzig treibt aber die Opposition an jeden Preis mit den Kommunisten und so sind diese letzteren Komunisten ein Element einiger Beunruhigung für uns geworden, denn erst jetzt wäre das Reich vollends zugrunde gerichtet worden, wenn das Volk ihren Ausschüßigen gefolgt wäre. (Sehr wahr!) Eben so wie die Herren von Herzig herum, was auch

#### die Sozialdemokratie

unter der Führung des Herrn Stinnes bereit, alles zusammenbrechen zu lassen. Die kommunistischen Schläger von der Deutschen Volkspartei waren am meisten daran schuld, daß wir alle Geisteskranken zu einem Abkommen mit den Alliierten, die sich uns seit Ewigem hergeben haben, verurteilt und verurteilt haben. Eine

Verständigung mit diesen Feindgruppen würde die Regierung auch unserer letzten Rettung am Ende Kraft und um jede Autorität im Auslande bringen.

Wir aber brauchen eine feste und glückliche Politik und die Grundfrage dieser Politik ist die Ausführung des Ultimatums, das die (noch nicht) abgewiesenen haben. Die Regierung muß deshalb die Forderungen zu erfüllen suchen, bis die

Forderungen des gesamten arbeitenden Volkes sind. Dazu gehört in erster Linie die Befreiung des Ruhrgebietes, der inneren Grenzüberwindung und der inneren Wirtschaftskrisis und die Befreiung des Ruhrgebietes. Man fragt sich natürlich und verständlich, warum die Sozialdemokratie gegen die Annahme des Ultimatums jauchzend hat bangen müssen, wenn man gegen die kommunistischen Sozialdemokraten die Befreiung des Ruhrgebietes wollte. Niemand im Lande wird Antwort auf die Frage wissen, warum die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet so unheimlich wurde, daß über Tausende Teilnehmer des Ruhrstreiks, der für die Sozialdemokratie

später festgestellt hat. Eine untergeordnete Annäherung wäre allerdings auch meiner Ansicht nach geeignet, das Reichsgeld zu erneuern zu ermöglichen. Die Befreiung derer, die nur politisch irregeführt und mißgeleitet waren, kann meines Erachtens eine Regierung nicht unterlassen, die sich auf das arbeitende Volk stützt und in ihm das Bewußtsein erwecken will, daß sie auch der Arbeiterklasse gerecht zu werden wünscht. Ueberhaupt möchte ich auf das Nachrückste betonen, daß es eine wichtige Aufgabe ist, die Erneuerung des Geldes unserer Währung, die in allen politischen Prozessen immer wieder verlagert, herbeizuführen.

Wir können die Lasten nur tragen durch Entwicklung unserer Industrie und Landwirtschaft. Die Rettung liegt weiter in einem parlamentarischen Staatshaushalt und in einer durchgreifenden Förderung der Produktion. Ich hätte es gern gesehen, wenn der Herr Reichskanzler sich doch etwas deutlicher über die beabsichtigte Art der

Aufbringung der ungeheuren Mittel geäußert hätte. Zwei wirtschaftliche Voraussetzungen sind erforderlich, um die Verpflichtungen zu erfüllen. Unsere gesamte Volkswirtschaft muß zu bauen und zu hoher Prosperität geführt werden. Die Lasten, die die deutsche Volkswirtschaft zu tragen hat, müssen von den Trägern und Leitern der Produktion und außerdem dem Handel getragen werden. Nicht nur, weil wir Sozialdemokraten die Klassenvertreter des Proletariats sind, müssen wir verlangen, daß sie und nicht die Arbeiter und Angestellten die schweren Lasten zu tragen haben. Jeder Unternehmer, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wird aus seinen Geschäftsbüchern feststellen müssen, daß seine

Preise gegenüber den Vorjahrespreisen weit rascher gestiegen sind, als die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten. Die Arbeiter und Angestellten, die außerdem von der Gefahr der Arbeitslosigkeit bedroht sind, erreichen mit ihrem Einkommen zum großen Teil nicht das Existenzminimum. Ueber die einzelnen Steuern, Monopole und Wirtschaftsgeheke, die zur Aufbringung der Reparationskosten dienen sollen, werden wir erst an der Hand der einzelnen Entwürfe der Reichsregierung eingehend sprechen können. Wir warnen jetzt schon davor, ein Programm herauszutreten, die etwa die Hälfte der neuen Lasten durch Verbrauchssteuern anbringen und die andere Hälfte durch schnelleren Umlauf der Rollenpresse zu tilgen versuchen würden. Es erscheint in der schwierigen Situation nahezu unvermeidlich, Kohlenpreis, Getreidepreis und Meizen allmählich den Weltmarktpreisen anzunähern. Hier besteht aber die vornehmste Aufgabe der Regierung darin, unbedingte Sicherheit dafür zu schaffen, daß

der Gewinn aus diesen Preisveränderungen ausschließlich dem Reich zukommt, und nicht den einzelnen Besitzer irgendwo bereichert. Wir sind auch fest davon überzeugt, daß die Belastung des deutschen Volkes vor allem an den Besitzern der Goldwerte nicht voll durchgehen können, und wir meinen, daß hierbei alles erfaßt werden muß, zum mindesten alle Unternehmungen und der Besitz an städtischen Gebäuden, wie an ländlichen Grundstücken für unbedingte Hypothek auf den Goldwert der Grundstücke für unbedingte hält, der mag deshalb an Stelle dessen eine entsprechende Flächensteuer, eine Getreidesteuer, in Grundbesitzmonopol in Naturalabgabe von 20 Prozent der Getreideernte oder irgend etwas Ähnliches vorschreiben. Die Sozialdemokratie

kann und wird an der Aufgabe, die Milliardenwerte anzuzubringen, nur mitwirken, wenn die Lasten nicht einkelt auf indirekte Steuern und das wertvolle Volk gelegt werden, sondern wenn die Steuererhebung diejenigen trifft, die während des ganzen Krieges keine Not gelitten haben.

Wir können nicht zugeben, daß die Leistungsfähigkeit der bestehenden Schichten durch die bisherigen Belastungen erschöpft sei. Ein Teil der Bestehenden, allerdings vorwiegend kleinere und mittlere, deren in Papierwerten bestehendes Vermögen unter der Geldentwertung zusammengefallen ist, ist von den Steuerlasten empfindlich und hart getroffen. Ein anderer Teil aber, und zwar ein sehr großer, dessen Vermögen in Sachwerten besteht, hat die Belastungen unserer Steuererhebung bisher kaum zu spüren bekommen. Auf dieser Lastenlasten beruht auch der geradezu unverantwortliche Luxus, der sich heute noch in provisorischer Weise in Deutschland breit macht, und der im Auslande immer und immer wieder als Beweis für die Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes registriert wird. Entschlossen und härter als bisher müssen die bestehenden Besitzverhältnisse durchzuführen werden; für uns ist die rasche und entschlossene Durchführung der bestehenden Besitzverhältnisse und die tüchtigste Erhaltung der bisher gekonnten Leistungsfähigkeit gewisser Kreise der bestehenden Klassen durch neue Steuermaßnahmen die erste Voraussetzung einer weiteren Befreiung der breiten Volksmassen. Die

#### Rückzahlung von 20 Prozent an die Exzentriker

würde bedeuten, daß je reicher unsere Volkswirtschaft wird, desto leistungsfähiger der Reichsfiskus werden würde. Des kann die Entente nicht wollen und hier muß auch im Interesse unserer Gläubiger Wandel geschaffen werden. Ein Teil unserer Industrie hat einen anerkannten Vorrang durch die Leistungen der Technik, der deutschen Wissenschaft und der Arbeit. Der Vorrang unserer optischen, chemischen und pharmazeutischen Industrie, unserer Spielwarenindustrie, unter Vorrang in der Maschinenherstellung und in der Elektrotechnik ist so groß, und die Möglichkeit selbständiger Erfindungen in Deutschland ist so groß, daß unser Erzeugnis beispielsweise diese Industrien die Weltzucht könnte ein außerordentlich geregelter Anteil der Weltzucht abgeben. Die

Kann ich in Zusammenhang mit dem Ultimatum und der Regierungsbildung etwas der Gedanke vertreten werden, daß wir die Heranziehung aller Volkskreise und aller Parteien zu der Regierung die ungeheuren Lasten zu ertragen, ermöglichen könnte. Herr Dr. Stresemann hat sich hierbei sogar auf das Wohlwollen eines englischen Diplomaten bezogen, derselbe Herr Stresemann, der vor einem Jahre noch auf einem Parteitag seiner Partei erklärte, daß die Sozialdemokratie an der Regierung teilnehmen darf, und in welchem Umfange das geschieht, entscheiden wir, die Deutsche Volkspartei. Er ist freilich jetzt bereits etwas beschämter geworden. Herr Stresemann, der damals so hochmütig von der Regierung seiner Partei im Reiche und seiner Herrschaft über die Sozialdemokratie sprach, ließ sich von einem Vertreter der Entente beschwören, daß der Eintritt seiner Partei in die Regierung der Entente außerordentlich erwünscht wäre. Wenn ich in der Sprache der nationalpolitischen Blätter reden würde und mich des Tones befleißigen würde, den man mir und meinen Freunden gegenüber von ihrer Seite bei den letzten Verhandlungen wiederholt eingeschlagen hat, dann würde ich davon reden können.

Herr Stresemann hat sich als "Lautsprecher" angeboten. Wir Sozialdemokraten betrachten die Frage der Regierungsbildung vor allem unter dem Gesichtspunkt der Außenpolitik. Was uns betrifft zur Erfüllung des heilige, unabweisbaren, muß sein werden. Dieser aber ist jeder Mensch, daß die Deutsche Volkspartei, daß die von ihr vertretenen Klassen zu notwendigen Opfern bereit sind. Bisher hat die Deutsche Volkspartei nur als Streichholz der großen

Justizminister und jedes Opfer, das parteipolitisch nicht sein konnte, zurückgewiesen. Die Wunden von der rechten Seite, von der nationalen Einigkeit, um gemeinsamen deutschen Bewußtsein, und von allgemeinem Opferwillen sind sehr, sehr tief, und es läßt sich nichts Besseres als das deutsche Volk, wenn sie nicht als Worte bei ihnen (zur Rechten) wären. Die Deutsche Volkspartei sollte endlich lernen, welche Opfer zu bringen sie für Deutschland bereit ist. Die Sozialdemokraten haben von einem die zum letzten

Tage des Krieges etwas was bis in den Tod verhaftet. Wenn die Mittel zur Verteidigung des Landes bewilligt und zur Verfügung, um nicht die Wirtshaus an Deutschlands Auslieferung, auf uns zu laden, selbst das Opfer der Einheit unserer Partei gebracht. Wir haben lieber den Brudersampf auf uns genommen, als daß wir zum Schaden unseres Volkes im Jahre 1919 den Diktator-Bankrott feste Bahn gegeben hätten. Wir haben den 100proz. Steuerabzug und andere schwere Härten gegen die Arbeiterklasse als unvermeidlich hingenommen. Die Deutsche Volkspartei und die von ihr vertretenen Kreise haben während des Krieges ganz Geschäft gemacht und sie sind im Glanz des deutschen Volkes nicht immer geworden. Der notwendige Annahme des Ultimatums in diesem Jahre hat sich Stresemann jedenfalls nicht verschaffen, daß hat aber keine Partei nicht dazu gehindert, auf die, die den Mut haben, das Notwendige zu tun. Jeder Mensch und jede Verleumdung zu häufen. Wenn man durch Nichtstun etwas leisten könnte, dann wäre allerdings die Deutsche Volkspartei die geborene Partei des Weimarer Reiches. Eine von einer Vertretung der Reichsparteien an der Regierung gesprochen werden kann, müssen sie zunächst den Beweis erbringen, daß sie imstande sind, politische Ehrlichkeit und Verantwortungsgefühl über das enge und parteipolitisch-politische Interesse zu stellen, daß sie bereit sind, nicht nur über Deutschland und sein Wohlergehen zu sprechen, sondern auch ernsthaft für Deutschland zu opfern aus der eigenen Tasche und nicht wie es bisher war, aus der Tasche der anderen. Bis dahin werden unserer Auffassung nach

die Parteien, die die Verantwortung tragen, auch die Regierung tragen müssen. In Preußen genau so wie im Reiche. Andernfalls wäre es der Sozialdemokratie unmöglich, von den breiten Massen der Arbeiter und Beamten die Leistungen zu fordern, die notwendig sind, wenn Deutschland sich wieder freiarbeiten will.

Nachdem Genosse Wels noch auf deutsch-nationale Absichten von denen an anderer Stelle gesprochen wird, eingegangen war am er zum Schluss: Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es doch eines Tages gelingen wird, eine dauernde

Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen und mit diesem Tage wird der neue Abschnitt der europäischen Geschichte beginnen. Ein Europa, das aufricht, ist in blühenden Kämpfen zu zerfallen, das Rechte und Freiheit aller Völker achtet, das arbeitet und rechnet und auf dem Wege zum Fortschritt vorwärts geht, das ist unser Ziel, das muß auch das Ziel jeder deutschen Regierung sein, die unser Vertrauen finden wird.

## Die zukünftige Gestaltung der Volksschule.

Von Pastor Emil Felden-Bremen.

Die sachliche Stellungnahme des Genossen Felden für die weltliche Schule und gegen die Vermirzungsparole der "Gemeinschaftsschule" erhält ihren besonderen Wert durch die Person des Verfassers Genosse Felden beurteilt die Fragen des Religionsunterrichts, der er bemerkenswerte wissenschaftliche Untersuchungen widmete, aus der Erfahrung seines Amtes. Feld.

Die neue Verfassung hat die Abfassung einer ganzen Reihe von Ausführungsgesetzen zur Notwendigkeit gemacht, die nun langsam das Licht der Welt erblicken. Augenblicklich liegt der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146, Abs. 2 der Reichsverfassung vor, der bekanntlich folgenden Wortlaut hat: „Innerhalb der Gemeinden sind auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen.“

Man kann nicht gerade sagen, daß sich dieser Absatz durch besondere Klarheit und Eindeutigkeit auszeichnet. Er trägt allzusehr den Charakter des Kompromisses an der Stirn, aus dem er herausgeborn ist, und läßt eine Unmasse von Streitfragen ungeklärt. Dieser Uebelstand soll das neue Gesetz abhelfen.

Allein auch dieses kann den Charakter des Kompromisses nicht verleugnen — es ist dies ja auch gar nicht anders zu erwarten. „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“, und das Ausführungsgesetz muß sich an das Grundgesetz halten!

Nach dem neuen Entwurf sollen in Zukunft folgende Schularten möglich sein: 1. die Gemeinschaftsschule als die Grundform, die für alle gemeinsame Volksschule. Sie erteilt Religionsunterricht im Sinne des Artikels 149 der Verfassung, wonach Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Schulen ist; er wird in Uebereinstimmung mit den Grundfragen der betreffenden Religionsgesellschaft erteilt; 2. die Bekenntnisschule. Sie dient grundsätzlich zur Aufnahme von Schülern eines bestimmten Bekenntnisses und erteilt darum lehrplanmäßigen Religionsunterricht nach den Grundablägen der betreffenden Religionsgemeinschaft. 3. Die bekenntnisfreie Schule, in der Bekenntnisfreier Religionsunterricht nicht erteilt wird. Diese dritte Schulart teilt sich wieder in zwei Unterarten: die weltliche Schule, die alle Schüler, ganz gleich, welchen Bekenntnisses oder welcher Weltanschauung, aufnimmt und die Weltanschauungslehre, die grundsätzlich zur Aufnahme von Schülern bestimmt ist, die für eine bestimmte Weltanschauung erzo-gen werden.

Man erhebt aus dieser Uebersicht, daß das deutsche Schulwesen in Zukunft weit von jener Einheitslichkeit entfernt bleiben wird, die man nach Ausbruch der Revolution in weiten Kreisen erhofft hatte. Schuld daran sind die Verhältnisse, unter denen die neuen Schulgesetze entstanden sind. Zentrum und Sozialdemokratie waren Regierungsparteien, jede von ihnen hatte ein der anderen diametral entgegengesetztes Schulprogramm. Jede ist zu ihrem Recht gekommen, und die Parteien zwischen ihnen ebenfalls. Dem Wortlaut nach, zu ihrem Recht gekommen! Nicht aber den tatsächlichen Verhältnissen nach! Denn weltliche Schulen bestanden noch nirgends in Deutschland. Sie müßten erst errichtet werden. Dagegen gab es schon sehr, sehr viele Bekenntnisschulen! Die religiösen Gemeinschaften sind von jeder Körperschaft öffentlichen Rechtes gemeldet — mit Ausnahme der freih

religiösen Gemeinden. Diejenigen aber, die „Schulen ihrer Weltanschauung“ oder weltliche Schulen haben wollen, müssen sich erst noch zu Körperchaften öffentlichen Rechtes konsolidieren. Das ist nicht ohne Schwierigkeiten zu machen. Und wenn die Regierung des Landes oder die Verwaltung der Gemeinde etwas reaktionär ist, kann und wird sie sich darauf berufen, daß die „Ausführungsbestimmungen“ für solche Verleihung von Korporationsrechten noch nicht heraus seien, und man darum erst hierauf warten müßte. Solange aber diejenigen, die eine Schule „ihrer Weltanschauung“ haben wollen, keine Korporationsrechte haben, solange kann ihnen auch keine bezartige Schule eingeräumt werden. Das spricht der Regierungsentwurf mit dürren Worten aus, wenn er in den Erläuterungen sagt: „Eine Weltanschauungsschule ist nur dann zulässig, wenn sich eine Vereinigung die gemeinschaftliche Pflege der betreffenden Weltanschauung zur Aufgabe macht und wenn die Vereinigung die Rechte einer Körperchaft des öffentlichen Rechtes hat.“

Es werden darum zunächst sehr, sehr wenige Weltanschauungsschulen in Deutschland entstehen können! Einen Ausweg bietet hier aber die Errichtung einer weltlichen Schule. Während die Weltanschauungsschule eine ganz bestimmte abgegrenzte Weltanschauung zur Voraussetzung hat, soll diese von solchen Schülern besucht werden, deren Erziehungsberechtigte nicht wünschen, daß sie eine Schule mit bekenntnismäßigem Religionsunterricht besuchen. Lehrplanmäßiger Religionsunterricht wird darin nicht erteilt. Trotzdem kann sie auch von Schülern besucht werden, die in einem Bekenntnis erzogen werden sollen. Solchen kann Privatunterricht in dem betreffenden Bekenntnis oder auch, solange Moralunterricht nicht lehrplanmäßig erteilt wird, dieser Unterricht privat erteilt werden. Die Schule muß dafür Räume, Beleuchtung und Heizung zur Verfügung stellen.

Daselbe ist bei der Gemeinschaftsschule der Fall. Sie stellt die Grundschule dar, ist ungefähr daselbe, was man unter „Simultanen“ verstanden hat. In ihr wird lehrplanmäßiger Religionsunterricht erteilt, obwohl sie für kein Bekenntnis speziell bestimmt ist. Darum steht sie, wie die weltliche Schule, Schülern aller Bekenntnisse und Weltanschauungen offen. Der erteilte Unterricht wird nicht von Standpunkt eines bestimmten Bekenntnisses aus erteilt, erfolgt vielmehr auf „der Grundlage des gemeinsamen nationalen Bildungsgutes“. Sind Schüler vorhanden, die Religionsunterricht in einem anderen Bekenntnis haben sollen, als in demjenigen, die gerade an dieser Schule erteilt werden, oder Moralunterricht, so kann dies ebenfalls privat erfolgen, und die Schule hat Räume, Beleuchtung und Heizung zu stellen.

Die Bekenntnisschule dagegen ist die richtiggehende konfessionelle Schule, wie wir sie in den Städten und besonders den Dörfern Norddeutschlands und katholischer Gegenden kennen, das Ideal aller jener Leute, die konfessionell engherzig sind. Der ganze Unterricht wird von diesem einseitigen kirchlichen Gesichtspunkte aus erteilt, die Lehrkräfte müssen dem betreffenden Bekenntnis angehören, die Bücher seinen Geist atmen. Einseitig lernen die Kinder Welt, Leben und Menschen beurteilen, in dem Maße sogar, daß in den Lesebüchern „Weglassungen von ganzen Leseblättern“ oder von Teilen davon, sowie Hinzufügen ganzer Stücke zugestanden werden.“ Wir werden also nette Verbalhornisierungen und Fälschungen unserer Klassiker in Prosa und Poesie erleben! Dazu kommt, daß die Beobachtung der in diesem Bekenntnisse üblichen religiösen Übungen und Gebrauche in der Schule weder durch Reichs- noch durch Landesrecht ausgeschlossen werden.“ Ja, es ist nicht einmal verboten, die „Gebrauche und Übungen“ während der Schulzeit vorzunehmen, es soll nur nicht sofort Zeit darauf verwandt werden, daß der Unterrichtsbetrieb als Ganzes darunter leidet. Welch herrliche Aussicht für bigotte Lehrer und Schulkameraden! Ein zehne Fächer können und dürfen ja ruhig darunter leiden, etwa Naturkunde oder Geschichte, die ja sowieso in konfessionellem Geist erteilt werden, nur nicht Religionsunterricht! Wir haben hier die vollkommene Auslieferung dieser Schulart an die Kirche vor uns, der glatte Sieg der Reaktion.

Betrübend erscheint uns, daß in dem ganzen Entwurf nichts von der Erteilung eines religionsgeschichtlichen und Moralunterrichts die Rede ist. Er wird in keiner Schule von Staatswegen erteilt, wenn er auch in allen als Privatunterricht erteilt werden darf. Dabei wird aber ausdrücklich bemerkt, daß er in der Bekenntnisschule gewissen Beschränkungen unterworfen ist: da darf er nämlich nicht „in einer dem lehrplanmäßigen Religionsunterricht in dem Bekenntnis der Schule widerstrebenden Weise erteilt werden“. Wer kontrolliert das wohl? Die Kirche? Wer stellt fest, wann der religionsgeschichtliche Unterricht solches Verbrechen begeht? Daß er mit dieser Bestimmung ohne weiteres jeden Augenblick aus der Bekenntnisschule hinausgewiesen werden kann, dürfte ohne weiteres einleuchten.

Die Freigeistlichen werden demnach in diesem Schulgesetz nicht auf ihre Rechnung kommen. In welche Schule auch immer sie ihre Kinder schicken, sie müssen die Kosten eines religionsgeschichtlichen und Moralunterrichts selber tragen, während der Staat den kirchlichen Religionsunterricht bezahlt. Es wird ihnen darum nichts anderes übrig bleiben, als sich zu Gemeinschaften zur Pflege einer bestimmten Weltanschauung zusammenzuschließen und die Rechte von Körperchaften öffentlichen Rechtes zu erwerben. Vielleicht trägt dieser Zwang dazu bei, die dahin zielende Entwicklung, die notwendig kommen muß, zu beschleunigen. Ohne energische Arbeit der freigeistlichen Kreise und ihren Zusammenschluß wird es keinesfalls gehen. Jetzt heißt es für sie arbeiten, aber sie kommen unter die Fächer, trotz aller Gesetze, die ihnen die Möglichkeit zu freier Gestaltung geben.

## 1. Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten.

(Fortsetzung.)

Wenn als Berichterstatter der Revisionskommission, Konstantin Habel die Führung der Kassengeschäfte und beantragt Entlastung für Habel als Leiter der Pensions-, und für Wucher als Leiter der Hauptkasse.

Als Bericht über die Vorbereitung des Verbandes. In erster Linie müßte fortwährend das Gegengewicht gestärkt werden, das gegenüber der Zentralverwaltung vertrieben wird. Daneben habe man sich bemüht, auch dem Rat nach grundsätzlichen aufklärenden Druckschriften Folge zu leisten. Jedoch gerade der Abzug der letzteren Schriften ist ungenügend. Ihn zu heben, sei der Ausbau des Vertrauensmännerbüros notwendig. Das Material, das die Presse auch (mit geringen Veränderungen) für die bürgerliche Presse sich eignen, müßte von Gau- und Ortsleitungen nach Möglichkeit auch in die bürgerliche Presse lanciert werden. Aber auch hierin, wie auch in der Uebermittlung von Material an die Zentralverwaltung über wichtige Vorkommnisse im Beruf sei eine große Säumnigkeit der meisten Zahlstellen zu beklagen. Das vom vorigen Verbandstage beschlossene Frauenreferat ist vorerst eingebracht worden. Es dürfe aber nicht dazu führen, etwa ein gegenläufiges Interesse von Frauen und Männern im Beruf zu konstruieren. Es sei nach gleicher Behandlung von Frauen und Männern für gleiche Leistung zu streben. Was aber die oft gehörte Behauptung anbelangt, daß zu den Frauen am wirksamsten von einer Frau geredet werde, so habe diese Auffassung sich als wenig stichhaltig erwiesen. Kollegin G r e e k habe sich mit größter Gewissenhaftigkeit bemüht, der ihr übertragenen Aufgabe gerecht zu werden. Aber alle Erfahrungen laßen dahin, daß man sich frage: Was soll die Weiterführung eines besonderen Frauenreferats? In Bezirken mit zahlreicher weiblicher Arbeitskraft möge man tüchtige Kolleginnen als Sekretärinnen anstellen, aber nicht zur Leistung einzelner Frauenagitation, sondern all gemeiner Gewerkschaftsarbeit. Vor allem aber sei der Ausbau des Vertrauensmännerbüros zu fördern, dann habe der Vorstand bei seiner Agitation einen festen Rückhalt im Lande.

Der Bericht über die Presse müßte vom Redakteur Lange gegeben. Fachblätter für die einzelnen Berufsgruppen seien neu eingeführt, dagegen die früheren Gaublätter abgeschafft worden. Die Einrichtung der Fachblätter, die zudem bei den bürgerlichen Konkurrenzorganisationen wenigstens nicht in der gleichen Form und Zustellung vorhanden, habe sich gut bewährt. Der Bezug der Zeitungen durch die Ortsgruppen müsse noch sorgfältiger organisiert werden. Eine Reihe von Ortsgruppen leiste hier Vorküpfliches, in einer großen Reihe aber müsse noch viel mehr Elter entfaltet werden. Es könne bei der Bekannststellung die Vorlegung der Abonnementsquittung verlangt und erforderlich sein, daß der Bezug der Zeitung gebrungen werde.

Den Redakteuren des Verbandsorgans, sind sachliche Mitarbeiter zur Reduzierung der Fachblätter zur Seite gestellt. Gauleiter und Ortsgruppen aber mögen ebenfalls alles Wissenswerte recht zeitig einbringen.

Rechnungsverständlichkeiten zwischen Redakteuren und Einleitern sind nicht in erheblichem Maße eingetreten. Die verschiedenen gewinnbringende Behandlung des Elperanto in der Zeitung müsse Redner als nicht zum Organisationswesen gehörig ablehnen. Dem Verbandsvorstand möge eine etwaige weitere Gliederung in Sachsektionen überlassen werden.

M ä l l e s (Verbandsausführer) berichtete über dessen Tätigkeit, die sich hauptsächlich auf die Behandlung von Beschwerden interner Art (Ausschlüsse usw.) bezogen.

Eine Kommission zur Untersuchung der Berufungen wird eingesetzt.

Durch eine einmütige Rundgebung gibt der Verbandstag seiner Sympathie und Solidarität für die im schweren Kampfe stehenden streikenden englischen Bergarbeiter Ausdruck.

H e b e l stellt gegenüber der Behauptung eines Berichterstatters der „Kölnischen Zeitung“, der Fabrikation schauerlichen der beachtlichsten Zeitung Oberdeutschlands zu, fest, daß dies lächerliche Anwürfe sind, auf die der G. d. A. in seinem Kampfe nicht verzichten mag.

Auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission wird das Mandat des Kollegen Michael-Beitzig für ungültig erklärt und werden alle anderen Mandate für gültig erklärt. Das Fehlen der oberstelektischen Delegierten (aus Besatzungsgebieten) wird lebhaft bedauert und allen oberstelektischen Kollegen herzlichster Gruß und Sympathie entboten.

In der Diskussion bestätigt Kollegin G r e e k (Leiterin des Frauenreferats) die Ausführungen W o s, daß die Führung des Frauenreferats gemäß den allen Richtlinien nicht hätte vor sich gehen können, ohne die Organisation zu zerschlagen. Es bedürfen, beruht betrachten, eben keine streng geschiedenen Männer- und Frauenangelegenheiten. Außerordentlich zu klagen sei auch hier wieder über mangelnde Unterstützung der Institution durch die Ortsgruppen. Eine Frau in der Hauptleitung, ohne Unterstützung durch die Ortsgruppen, sei ein verlorener Posten. Der Rednerin Vorschlag geht auf Ersetzung des Sekretariats in seiner jetzigen Form durch einen anderen großzügigen weiblichen Verband mit einer Zentralstelle im Hauptortstand.

Diese Ausführungen tritt im besonderen Goete W e i n b e r g-Berlin entgegen, die erwidert, daß es ein gutes und großes Frauenarbeitsgebiet gäbe. Die Frauenfrage bleibe immer bestehen und sei ungelöst, solange die volle Befreiung des Proletariats nicht durchgeföhrt. Deshalb sei den von ihr dargelegten Frauenangelegenheiten eine besondere und noch stärkere Vertretung als bisher im Verband zu sichern, wobei es jedoch auch dieser Rednerin nicht auf das kritische Festhalten an Namen und allen Einzelheiten der bisherigen Institution ankomme.

## Breslau (Land) - Neumarkt.

### Die politische Lage.

In Oswitz, Ranern, Leipe-Petersdorf und Weidenhof fanden Mitgliederversammlungen statt. Genosse H e n r i c h e l -Oswitz sprach in allen vier Versammlungen über: „Die politische Lage“.

Der Redner verstand es, seine gesamte Zuhörerschaft ca. 1 Stunde lang zu fesseln, indem er mit leicht verständlichen Worten alles berührte, was sich in der letzten Zeit am politischen Himmel abgespielt hat. Dem Kapitel „Oberdeutschland“ widmete er sich besonders und seine Ausführungen wurden oft durch Entzückungsrufe unterbrochen. Der Redner ermahnte die Genossen, sich von allen sogenannten Selbstschutzzorganisationen (Dagelich, Heimatschutz usw.) fernzuhalten. In Oberdeutschland hat nur die Internationalisierte Kommission das Recht und die verordnete Pflicht und Schuldigkeit, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Zum Schluß sprach der Redner über den Ableistungsbeitrag der G. d. A. in die Reichsregierung. Nachdem die Partei für die Annahme des Ultimatus gestimmt hat, möchte sie auch die Verantwortung mit dafür übernehmen, daß die Verpflichtungen, die aus dem Ultimatum erwachsen, auch treu erfüllt werden. Das kann sie nur, wenn sie selbst in der Regierung vertreten ist. Die U. G. A. die auch für Annahme gestimmt hat, lehnte es bedauerlicherweise ab, in die Regierung einzutreten, will also die Verantwortung nicht tragen. Das ist ein sehr trauriges Bild, und auf diesem Wege wird nie das erreicht werden, was der gesamten Arbeiterchaft dringend notwendig ist, nämlich Einheit und Geschlossenheit. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit den Ausführungen des Genossen H e n r i c h e l einverstanden. Auf verschiedene Fragen gab es ausführliche Antworten.

In Oswitz und Weidenhof wurde Bericht über die Mitglieder in beiden Ortschaften gegeben. Aus dem Ueberblick, der erzielt wurde, werden 200 Mark an die Parteikasse abgeführt. Der Rest dieser in der Ortskasse. In allen Versammlungen wurden wertvolle Vorschläge gemacht. Über die recht rege Ausprägung

**Übersicht.** Ein politischer Vortrag. Hier sprach am 26. Mai Landtagsabgeordneter W i n g e r in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung über Annahme des Ultimatus Regierungsbildung und die Lage in Oberdeutschland. Der Vortrag am Schluß seiner Ausführungen bewies, daß Genosse W i n g e r den Anwesenden aus den Herzen gesprochen hatte. Trotzdem mehrere Gegner anwesend waren, meldete sich niemand zum Wort. Mit einem Hoch auf die G. d. A. wurde die Versammlung geschlossen. Eine Teller Sammlung ergab den Betrag von 28,15 Mark.

## Aus der Provinz Schlesien.

### Zur Gewerbegerichtswahl in Reichenbach.

Am Sonntag, den 12. Juni, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, finden im hiesigen Kreise die Wahlen der Mitglieder zum Gewerbegericht statt.

Die Wahlarten liegen in der Zeit vom 30. Mai bei den zuständigen Behörden — in Reichenbach im Rathaus, Zimmer Nr. 13 — zur Einsichtnahme aus. Es muß für jede Wahlbeteiligung agitiert werden, weil auch von christlicher Seite eine Liste eingereicht worden ist.

Keine Stimme darf dem Wahlvorschlag der freien Gewerkschaften verloren gehen. Die Abgrenzung der Wahlbezirke und Wahlräume geben wir hiermit bekannt.

Danach bildet den

1. Wahlbezirk: Langenbielau mit seinen Gutsbezirken, Gemeinde und Gutsbezirk Habendorf, Schumannshöhe, sowie Gemeinde und Gutsbezirk Weigelsdorf.

2. Wahlbezirk (1. Stimmbezirk, Wahlraum Rathausaal in Reichenbach), die Gemeinden und gleichnamigen Gutsbezirke Bertholdsdorf, Groß-Glaguth, Girschsdorf G. H. und N. H., Gubiau, Gültmannsdorf, Harthau, Radendorf, Lauterbach, Mellendorf, Obersdorf, Nieder-Pantzenau, Schlaupik, Scherrswaldau, Stohndorf, Ernsdorf-Klittenhaus und Hötendorf, ferner von der Stadt Reichenbach die Brauerstraße, Friedrichstraße, Hintergasse, Karlsstraße, Kirchstraße, Kurzgasse, Langeasse, Mühlgasse, Neugasse, Pulverweg, Quergasse, Ring, Kuebelgasse, Rentstraße, Abergasse, Anledung, Bentlergasse, Breslauerstraße, Frankensteinstraße, Frankensteinstraße mit Herrvorwerk, Gansau, Feldstraße, Frägersstraße, Gölfigstraße, Gartenstraße, Gültmannsdorfstraße, Heberndorf, Judengasse, Klotterstraße, Langenbielauerstraße, Poststraße, Schieghausstraße, Schweidnitzerstraße 1-9 und 29 bis Ende, Stadtmauer, Löpferstraße, Wasserstraße, Bahnhofstraße, Neue Bahnhofstraße, Kurstraße, Holteistraße, Klittenhausstraße, Peterswaldauerstraße. — 2. Stimmbezirk (Wahlraum Rathausaal in Reichenbach, Wahlraum e. v. d. A. in Reichenbach-Niederstadt) die Gemeinden und gleichnamigen Gutsbezirke: Dreihühndorf, Endersdorf, Ober-Hausbrunn, Mittel-Hausbrunn, Nieder-Hausbrunn, Hengersdorf, Kölschen, Ober-Langleifersdorf, Nieder-Langleifersdorf, Neuborf und Pfaffendorf, ferner von der Stadt Reichenbach die Otto-Waldstraße, Gerbergasse, Kossilstraße, Schulstraße, Schweidnitzerstraße Nr. 10-28, Uferstraße, Enggassen, Neudorfstraße und der Gutsbezirk Ernsdorf-Bezugut.

3. Wahlbezirk (1. Stimmbezirk, Wahlraum e. v. Ober-Mittelschule, Peterswaldau), Peterswaldau von Haus Nr. 1-85 und 90 und 275 einschließlich Stadtwitz- und Hilsendorfer, ferner die Ortshaus Steinlangendorf. — 2. Stimmbezirk (Wahlraum e. v. Mittelschule Peterswaldau) Peterswaldau von Haus Nr. 86 bis 89 a und 276 bis 466 einschließlich Schloßbezirk und Althorwerk, sowie die Ortshaus Dorotheenthal, Friedrichsgrund, Friedrichsbain, Kalzbach, Petersdorf, Schmiedegrund, Steinsieffersdorf und Stolbergdorf.

4. Wahlbezirk (1. Stimmbezirk, Wahlraum Gasthaus am Norddeutschen Hofe in Ober-Pellau), die Gemeinden Gnadenfrei, Ober-Pellau I, Ober-Pellau II, Schöbergrund und die Gutsbezirke Pellau Seidhofs und Pellau Oberhof. — 2. Stimmbezirk (Wahlraum Gasthaus am Deutschen Hause, N.-M.-Pellau) die Gemeinden und bezughörigen Gutsbezirke: Ober-Mittel-Pellau, Mittel-Pellau, Nieder-Mittel-Pellau und Nieder-Pellau-Schüssel.

## Lobetheater.

### Der Abschied des Direktors.

Als recht würdevoll der Dänenprinz verabschiedete sich bei vollem Hause Direktor Gortzer. Seine eigene Auffassung der Rolle ließ ihn aus dem Meistankönlker Theater einen schreienden und rasselnden Bühnenhelden machen, der wenig Schatzspeckchen Geist ausströmte. Durch zum Teil ganz unangenehme Striche und einen recht dürftigen äußerlichen Rahmen verlor die Vorstellung den festlichen Charakter, den sie als Schlussvorstellung des Gortzer'schen Regimes ruhig hätte tragen können. Sie war zu sehr durchschnittlich.

Zum Schluß wurde Direktor Gortzer, der an dem Abend auch sein 25jähriges Bühnenjubiläum feierte, durch den Abmarsch der Bühnengenossenschaft, Herrn Carl Bell, als Bühnenleiter und Mensch gewürdigt. Der harmonische Ausklang des Abends, den Blumen und Kränze verschönern halfen, wurde durch die Abschiedsrede Direktor Gortzer's empfindlich gestört, der durch die Art seiner Verabschiedung und einen völlig ungerechtfertigten Angriff auf die Presse, die Würde des Hauses unter die Füße trat.

### Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	2/3.	1/3.		2/3.	1/3.
amerikan. Dollar	1,56	1,56	Schweiz. Franken	8,83	8,84
englische Schilling	7,99	8,12	österreich. Kronen	685,41	683,53
französl. Franken	18,08	18,91	polnische Mark.	—	—
holländ. Gulden	4,55	4,61	holländ. Kronen	107,85	108,93

## Bereinstalender.

Steinhefer, Kammer, Hilfsarbeiter. Sonntag, den 5. Juni 1921, früh 9 Uhr. Versammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.  
Deutscher Bauarbeiter-Verband, Sektion der Holzer. Sonntag, vormittags 10 Uhr bei Besowitz, Margaretenstraße. Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Achtung! Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Schwab-Canzl. Sonntag, den 6. Juni, nachmittags 2 Uhr, findet im Saal bei Ragner eine außerordentliche Bauarbeiterversammlung statt. Alle Kollegen der Schwab-Canzl Umgebung müssen erscheinen. Auch sind Besucher dazu herzlich eingeladen. Kollege Rösler von der Bezirksleitung ist anwesend. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

### Die Ortsverwaltung.

**Zu die Teilnehmer unseres Bergarbeiter-Vereins!**  
Die bekanntesten unteren schlesischen Bergarbeiter-Vereine sind am 1. Juni d. J. in der Bergarbeiter-Vereinsversammlung in der Form vereinigt, daß sie die Bergarbeiter-Vereinsversammlung vom 1. Juni d. J. ab zum 1. Juni d. J. 1921 mal unter der Leitung des Vorsitzenden des Bergarbeiter-Vereins in der Form vereinigt sind.  
Der diesjährige Jahrespreis wird festgesetzt.  
Solltet ihr Teilnehmer sein.



Der Breslauer Stadthaushalt.

In der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung war gestern der große Tag der Staatsberatungen. Rämmerer hat hier eine inhaltreiche Rede über den Stand der Gemeindefragen gehalten...

Kämmerer Mathes:

In Deutschland ist dann und endete das Wirtschaftsjahr mit einem mahlvorbereitet großen Kommunenaufbruch. Das Jahr war durchzogen von Streiks nicht nur allein der Arbeiter...

Für die Stadtgemeinde bedeutete das Jahr 1920 das, was für Reich und Staat der 8. November 1918 war. Die nach der Umwälzung erlassenen Reichs- und Staatsgesetze trafen die finanziellen Verhältnisse der Städte...

Unfähigkeit in der ganzen Gemeindeverwaltung ein. Es wurden Ausgaben bemittelt in der einen oder anderen Stadt, die ernstliche Prüfung nicht standhalten konnten.

Zweifellos aber glaube ich doch unbedingt sagen zu können, der Haushaltsplan unserer Stadt ist nicht mehr goldumrandet; dieser Goldrand ist im vergangenen Jahre schon sehr verbläut...

Das Gemeindefragen hat politisiert worden. Die Uebertragung des Reichstagswahlrechts nicht nur auf den Staat, sondern auch auf die Städte hat zu einer anderen Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung und Deputationen nach den Mehrheitsverhältnissen der politischen Parteien geführt...

Das Reich kündigt Einnahmen für sich beansprucht. Wir Städte müssen also nur von den Profanen leben, die von dem Tische des Reiches abfallen. Und dabei denkt man auch noch daran, den Städten neben der Einkommensteuer auch noch die Grund- und Gebäudesteuer zu entziehen...

Das Notwendigste vom Staat zu erhalten und um unsere Ausgaben zu bestreiten. Aus diesem Grunde sind wir im großen und ganzen mit einem blauen Auge davon gekommen. Der Anteil an der Reichseinkommensteuer hat eine Mehreinnahme von 15 Millionen gebracht...

Luksemburgersteuer, die im Jahre 1919 noch 900 000 Mark einbrachte, für 1920 mit 2 Millionen Mark angelegt war, nicht weniger als 6 Millionen Mark eingebracht hatie. Im ganzen erwarten wir, daß aus den indirekten Steuern und direkten Steuern eine Mehreinnahme von etwa 26 Millionen Mark erwachsen wird...

mit Titelfragen beschäftigt. Die Voranschläge an die Beamten haben auch bei diesen zu einer

Unfähigkeit der Lebensverhältnisse

geführt, die in den Finanzen der Stadt nachklingen. Das hat dahin geführt, daß wir 10 Millionen für Kreditlinien bereitstellen mußten. Für 1920 sind im Allgemeinen für die Verwaltung unter Berücksichtigung der hohen Kosten des Wohnungskommissars Mehrausgaben im Betrage von 35 Millionen Mark erwachsen...

Unterrichtswesen

machen den Städten die unklaren Verhältnisse zu schaffen. So brauchte im Jahre 1920 die Schulverwaltung 11 Millionen Mark mehr und 13 1/2 Millionen sind noch zurückzustellen. Die Volksschulen allein forderten einen Zuschuß von 27,3 Millionen Mark, während der Zuschuß des Unterrichtswesens im kommenden Jahre auf 40,2 Millionen Mark anwachsen wird...

Armen- und Polizeiwesen

Wenn diese Entlastung für das Armen- und Polizeiwesen aber ebenso ausbleibt, wie die Entlastung auf dem Gebiete des Schulwesens, dann können wir uns dazu nur gratulieren. Es kommt endlich noch hinzu, daß uns vom Reiche und vom Staat eine ganze Reihe neuer Ausgaben überwiesen worden sind, die teils mehr, teils weniger neue unvorhergesehene Kosten verursachen...

Wenn ich das Kalenderjahr von 1919 mit dem von 1920 vergleiche, so ist ein einziges Erfreuliches festzustellen; die Einwohnerzahl unserer Stadt hat sich von 528 000 auf 546 000 erhöht, die Zahl der Eheschließungen ist von 6584 auf 6917, die Zahl der ehelich Geborenen von 11 200 auf 13 900 gestiegen...

Die allgemeine wirtschaftliche Lage

die sich schon etwas gebessert hatte, verschärft sich aber wieder durch den ungünstigen Stand der Valuta infolge der fortgesetzten Unruhen und durch die Unsicherheit in unserem Vaterlande. Sie ist zum Teil veranlaßt und verschuldet durch die stark verminderte Abnahme vor dem Eigentum des Reiches. Die Zahl der Straßenzüge im Jahre 1919 ist von 23 633 auf 42 335 im Jahre 1920 gestiegen. Auf der Eisenbahn sind für Verluste und Diebstähle im Jahre 1919 336,8 Millionen Mark gezahlt worden...

Häuslichen Krankenankalen

erforderten 8 Millionen Mark mehr, als der Etat vorgezehen. Die Straßenbahn brauchte 800 000 Mark, die Wasserwerke 900 000 Mark, das Stadttheater 950 000 Mark Mehrausgaben, während die Elektrizitätswerke einen Ueberfluß von 1 200 000 Mark und die Gaswerke einen von 8 200 000 Mark einbrachten...

Der Ueberfluß des Jahres 1919 wird 17-20 Millionen Mark betragen, ein Betrag, der dem entspricht, den uns das Reich an Reichseinkommensteuer schuldet. Diese Ausführungen sind Kasandrarufe, die beweisen, wie sehr wir uns nach abwärts bewegen, und ich halte es für meine Pflicht, diese vor aller Öffentlichkeit darzutun...

Stadt. Darf (Soz.):

Der Jahresbericht des Herrn Rämmerers war im wesentlichen auf denselben Ton gestimmt, als der vorjährige. Er hat unsere Lage grau in grau geschildert und auch die Zukunft düster pessimistisch beurteilt. Ich kann mich so wenig wie im vorigen Jahre dieser Stimmung unterwerfen. Wir leiden schwer unter den Folgen des Krieges und der Niederlage, und werden noch lange darunter leiden müssen...

Im letzten Jahre waren diese Schwierigkeiten besonders groß, viel größer, als selbst die pessimisten sie bei den Haushaltsberatungen vorausgesehen hatten. Aber sie sind gelöst worden, wenn auch nicht immer zur vollen Zufriedenheit der Bürger. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir uns in diesen schweren Zeiten auch für aufopfernde Tätigkeit keinen Dank erwerben können und müssen zufrieden sein, wenn wir am Jahreschluß feststellen können, daß wir eben doch wieder ein Jahr hinter uns gebracht haben, und hoffen dürfen, daß das wir es auch im neuen Jahre mit Ach und Krach schaffen werden...

Kommunalpolitik vor dem Schöffengericht für Privatlagen fortzusetzen, wo sonst in der Regel nur Treppen-Kassch verhandelt wird. Draußen aber ist es ruhiger zugegangen. Wir erleiden keinen neuen Putsch und keinen Ueberfall und wollen hoffen, daß der Gedanke an Bürgerkrieg von den Extremisten aller Richtungen endgültig begraben wird...

hofft man 12 Millionen herauszuwirtschaften. Der Preis für die Kilowattstunde wurde um 30 Pfennige höher angelegt, nämlich von 2,90 Mark auf 3,10 Mark, worin allerdings 15 Pfennige Kesselsteuern eingerechnet sind. Die Erhöhung beträgt in

Die Schwierigkeiten des letzten Jahres lagen mehr in den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, als in den Verhältnissen unserer Stadt. Unter einer wüsten und verantwortlichen Hege brach bei den

Reichstagswahlen im Juni

die Koalition der Parteien zusammen, die es unternommen hatte, unter armes geschlagenes Land aus dem Elend des Krieges heraus eine neuen Ordnung zuzuführen. Wir bekamen eine Regierung, die im überreifen Abbau der Zwangswirtschaft nicht genug genug sein konnte. Das hat auch uns als Stadt und als Stadtverordnete oft in eine geradezu furchterliche Lage gebracht...

die Atmosphäre auf dem Rathhause

nicht behaglicher machte. Der Leiter der häuslichen Finanzen zeigte sich mehrfach von einem recht gefährlichen Fanatismus für neue Steuern und Gebühren auf der einen Seite und sogenannter Sparbarkeit auf der anderen befeuert, und die Stadtverordneten haben recht getan, wenn sie ihm und seinen Finanzplänen mehrfach sehr kritisch gegenübergetreten sind.

Der beträchtliche Ueberfluß am Ende des Etatsjahres, nachdem monatelang die Pleite der Stadt in allen Besarten verläutet war, zeigt, wie sehr sich auch Sachmänner wie der Herr Rämmerer gelegentlich täuschen können. Natürlich kommt uns der Ueberfluß des Vorjahres im neuen Jahre zu fluten und wir werden ihn beim Aufbau des neuen Etats mit verwenden, trotzdem das nicht den Gepflogenheiten einer reichen Vorkriegszeit entspricht...

Verweigerung hat den Ueberfluß im neuen Haushaltsplane allerdings so gut verdeckt, daß man lange vergeblich danach suchen kann.

Das Wort „Ueberfluß“ hat er überhaupt gänzlich vermieden, und ihn im Haushaltsplane der direkten und indirekten Steuern unter der Bezeichnung

„Reichforderung aus dem Jahre 1920“

verbucht. (Heiterkeit.) Aber die Hauptsache ist jedenfalls, daß der Ueberfluß da ist, und daß wir ihn mit verwenden.

Von wirklicher Ordnung in unseren Finanzen wird auch im neuen Jahre noch keine Rede sein, trotzdem es den vereinten Bemühungen aller Verwaltungen und des Herrn Rämmerers gelungen ist, uns einen Haushaltsplan vorzulegen, der balanciert von der Sicherheit der Friedensverhältnisse sind mir noch sehr weit entfernt. Das zeigt schon ein Blick auf das Hauptvertragsordinarium von rund 47 Millionen. Im vorigen Jahre war es freilich viel schlimmer. Damals wurden 88 Millionen ins Hauptvertragsordinarium eingestellt und diese

88 Millionen haben bei weitem nicht ausgereicht.

Stoße Summen mußten im letzten Halbjahr erst zu Lasten des Haushaltsjahres bewilligt werden, wie es hier, später zu Lasten des Jahresbudgets bewilligt werden.

Im letzten Friedensjahre sind nur 700 000 Mark ins Hauptvertragsordinarium eingestellt worden. Das war im Jahre 1919, dem Jahre der Jahrhundertausstellung, wo man mit vielen unvorhergesehenen Ausgaben zu rechnen hatte. Damals genügte 700 000 Mark für unvorhergesehene Dinge, im vorigen Jahre aber haben 88 Millionen nicht gereicht. Wenn wir nur im neuen Jahre mit einem Hauptvertragsordinarium von 47 Millionen auskommen gedenken, sind wir zwar von der Sicherheit des Friedenszustandes noch sehr weit entfernt, wir sind ihm aber doch bereits wieder erheblich näher gekommen.

Erfreulich ist, daß der Etat ohne allzu scharfe Ansprüche an neue Gebühren und Steuern aufgestellt werden konnte.

Die Gewerbesteuer

soll allerdings erheblich mehr einbringen, rund 20 Millionen gegen 10 Millionen im Vorjahre. Aber unsere neue Steuererhöhung bedeutet eine Entlastung der kleinen Gewerbetreibenden, so daß nur eine stärkere Belastung der zahlungsfähigen Kreise eintreten wird, gegen die hier nicht angefaßt zu werden braucht. Sehr übel empfunden wurde ferner aber die

Erhöhung des Gaspreises

von 1,40 Mark auf 1,65 Mark, wobei allerdings die Gasometermiete fortfällt, die etwa fünf Pfennige pro Kubikmeter betrug, so daß die eigentliche Erhöhung 20 Pfennige betragen würde. Diese Erhöhung wäre zwar keine neue Steuer auf das Gas, denn sie ist durch höhere Kohlenpreise verursacht, aber der Preis von 1,40 Mark ist an sich schon hoch; er ist für unzählige arme Familien ganz unerträglich, so daß sich eine Hilfsaktion durch das häusliche Wohlfahrtsamt nötig machte. Wie wir um diese Gaspreiserhöhung herumkommen, das wird der Angelegenheit unserer ganzen Stadtberatung sein müssen. Und ich glaube, es wird möglich sein, ohne diese Preiserhöhung auszukommen. Sie kennen die bekannte Rechnung, daß zehn Pfennige Gaspreiserhöhung fünf Millionen einbringen. Wir müssen also 12 1/2 Millionen andere Einnahmen entdecken, wenn wir den Gaspreis auf seiner jetzigen Höhe belassen wollen.

Der Ueberfluß des letzten Jahres U mit 19 Millionen Mark angegeben.

In Wirklichkeit betrug er 37 Millionen

er ist aber sehr rasch auf die besagten 19 Millionen zusammengedrumpft. Die Stadt hat plötzlich 4,6 Millionen mehr an Provinzialsteuern aufzubringen, und 15 Millionen sind an die Landesbankkassen nachzugeben. Wir hätten das Recht, diese 4 1/2 Millionen Provinzialsteuern auf die Gewerbe- und Grundsteuer umzuladen und andere Gemeinden müssen das tun. Aber da wir einen Ueberfluß haben, brauchen wir Gewerbe- und Grundsteuer nicht weiter zu belassen, wir können den Gewerbesteuerpflichtigen die 4 1/2 Millionen gewissermaßen schenken, weshalb es weniger schmerzhaft ist, daß die Gewerbesteuer diesmal rund 10 Millionen mehr einbringen soll.

Die Gaspreise

haben im Vorjahre große Konjunkturgewinne gemacht durch den Verkauf der Nebenprodukte. Sie haben dadurch nicht nur die erhöhten Löhne getragen, sondern sehr große Ueberflüsse gebracht. Die Konjunktur für Feer, Ammoniak und dergl. ist nun zwar im Sinken begriffen, es wird aber gleichwohl mit einem Ueberfluß von 41 Millionen gerechnet, gegen 42 Millionen im Vorjahre, und zwar auf Grund des erhöhten Gaspreises. Von den Einnahmen hat man 25 000 Mark für Ermäßigungen abgesetzt, die bedürftigen Gasverbraucher nach Vorschlägen des Wohlfahrtsamts gewährt werden sollen.

Aus der Elektrizität

hofft man 12 Millionen herauszuwirtschaften. Der Preis für die Kilowattstunde wurde um 30 Pfennige höher angelegt, nämlich von 2,90 Mark auf 3,10 Mark, worin allerdings 15 Pfennige Kesselsteuern eingerechnet sind. Die Erhöhung beträgt in

Nachteil also nur 15 Pfennige und ist durch die erhöhten Kohlenpreise bedingt.

Das Wasser

Soll 2 1/2 Millionen Ueberfluß bringen, etwa 300 000 Mark mehr als im Vorjahre. Der Preis für das Kubikmeter wird von 80 Pfennigen auf eine Mark erhöht und zwar sind es auch hier wieder die erhöhten Kohlenpreise, die sehr ungünstig wirken.

Die Straßenbahn

ist gerade dabei, sich selbst zu erhalten. Doch Gemeindefabrikanten nicht schlechter wirtschaften, als Privatbetriebe, geht aus einer neuerlichen Preisnachricht hervor, daß auch die Größeren Elektrische keinen Ueberfluß mehr abgemessen hat.

Die Zweck des Wohlfahrtsamts

erheblich höhere Aufwendung gemacht werden können. Statt 7 Millionen im Vorjahre sind 12 Millionen vorgesehen. Die Not ist aber auch sehr groß und mancher Mensch bleibt noch unerfüllt.

Die Not der Erwerbslosen

ist groß und leider wird unsere daranbedingende Wirtschaft auch im nächsten Jahre noch lange nicht allen Arbeit bieten, die arbeiten wollen. Ich kann an dieser Stelle nicht unterlassen, mein Bedauern darüber auszudrücken, daß der Herr Kammerer in seinem Wort zum Etat an vier Stellen den Abschubentag als Quelle von Uebeln erwähnt.

Wie viel Arbeiter beschäftigt

würden. In Wirklichkeit sind es 1000 Arbeiter weniger gewesen, als angelegt waren. Wir rechneten im vorigen Jahre mit 9000 städtischen Arbeitern, im Durchschnitt sind es aber nur 8000 gewesen und gegenwärtig haben wir nur 7800 städtische Arbeiter.

Die Arbeitslosigkeit zu vermindern

und alles zu erhalten, was wir haben. Denken wir in diesen Tagen doch wieder einmal an die Rhododendronpflanzung in Scharfing. Daß wir zu ihrer Erhaltung Geld bewilligt haben und damit gleichzeitig etwas Arbeitsgelegenheit für Gärtner geschaffen, wurde uns von den Lobrednern der absoluten Sparwirtschaft fast verübelt.

Schließung des Stadttheaters

als wenn wir denn glücklich sein würden. Von dieser Stimmung müssen wir los kommen. Breslau darf nicht ganz zum großen Dorf herabsinken. Wir müssen aber auch den Staat und die Regierung an ihre Pflicht erinnern.

Der wissenschaftliche Betrieb in den Krankenhäusern

hat auch in der Gefahr geschwebt, dem Sparfanatismus der Herr Kammerer zum Opfer zu fallen. 500 000 Mark sollten hier gespart werden. Für diesmal ist es vorbehalten, aber der Herr Kammerer gibt bei seinem Wort zum Etat für das Jahr 1922 zu erlauben, in welcher Weise der Krankenhausbetrieb sehr erheblich weniger kostspielig gehalten werden kann.

So oft wir in Einzelheiten mit dem Herrn Kammerer nicht einverstanden sind und soviel wir manchmal an seinen Ansichten aussetzen haben, was doch das vorliegende Etatwert als Ganzes sehr wohl gewürdigt werden. Innerhalb unserer gesamten trauerhaften Zustände nimmt sich doch die Stadt Breslau noch leidlich gesund aus.

Bei unseren Beratungen über den Haushaltsplan werden wir

unsere Wünsche geäußert

müssen, gegenüber dem einen großen Wunsch, die Erhöhung des Gaspreises zu vermeiden. Die Schulen werden uns nach genaueren Berechnungen etwa 3 Millionen weniger kosten als im Entwurf des Haushaltsplanes angegeben ist.

Im Hauptkoordinatium wird Abgaben mit einer

weiterein höhere Erhöhung der Steuern gerechnet, weshalb 14 Millionen für Löhne und Gehaltsleistungen eingeplant sind. Es ist leicht möglich, daß es so kommt; es kann aber auch anders kommen.

deutschen Mark gerechnet, was aber nicht eingerechnet ist. Scherz geschädigt werden wir gegenwärtig durch die Steuern in Oberösterreich.

Wir wissen, was Polen und Frankreich dort angerechnet haben. Der Nationalismus ist eine läbliche Blüte, der polnische und französische nicht weniger, als der deutsche. Unsere städtischen Betriebswerke werden durch die oberösterreichischen Vorgänge um viele Millionen geschädigt.

Der Magistrat muß energisch darauf dringen, daß der Staat uns zu den höheren Schulen größere Zuschüsse zahlt. Fast tomisch wirkt heute eine Biersteuer von 65 Pfennigen auf ein Hektoliter, was die Bierpreise so riesig gesteigert worden sind.

Stadt. Hande (Demokrat)

Der Etat ist meiner Ansicht nach sehr schlecht. Im vorigen Jahre betrug der Etat etwa 163 Millionen Mark und ist heute auf 217 1/2 Millionen Mark angewachsen. Wir nehmen in den Etat einen beträchtlichen Ueberfluß von 37 Millionen Mark hinüber.

Was stellt der neue Etat für Ansprüche?

Er bringt eine Erhöhung des Gaspreises um 25 Pfg., der Elektrizitätsgebühren um 30 Pfg. Dann sind Sie mit dem Wasserpreis um 60 Pfg. auf 1 Mark heraufgegangen. Also wenn Sie diese fassbaren Erhöhungen nicht vornehmen, dürften die Wasserwerke mit Unterbilanz arbeiten.

zu viel Beamte und zu viel Arbeiter.

Die 7800 Arbeiter und die Beamten stellen 180 Millionen Mark dar, also beinahe den ganzen Etat. Wir sind ein Versorgungsinstinkt für Arbeiter und Angestellte. Es liegt mir vollständig fern, auch nur einen Arbeiter wegen Arbeitsmangel auf die Straße zu setzen.

In den Krankenhäusern ist auch viel zu viel Personal vorhanden. Wir haben bei einer Besetzungsziffer von 1340 Betten in den Krankenhäusern 674 Personen Pflegepersonal. Das sind für einen Pfleger zwei Kranke. Und dabei muß ich sagen, daß über die wenig liebevolle Behandlung recht oft geklagt wird.

Meine Damen und Herren! Auch der Schlußsatz weist große Summen auf, die wir verringern könnten, wenn wir uns nicht an die fähigsten Schülerzahlen hielten. Es werden Hunderttausende auf Kinderstühlen veranlagt, die erpart werden können, ohne daß die Kultur darunter leidet.

die Mietsteuer nicht kommt.

das bedeutet eine Belastung der Mieter und wird sich in der Forderung höherer Löhne bemerkbar machen. Ich glaube, Ihnen nur sagen zu können, daß dies gefährlich ist. Ich tue dies lediglich für meine Person. Für die großen Unkosten, die uns der Wohnungsminister verursacht, und das sind 22 Millionen Mark im Jahre können wir schon 140 Mietwohnungen oder 70 neue Wohnungen errichten.

große Beträge zahlen

müßten. Ich weiß, daß es sehr antiquarisch ist; aber wir brauchen Geld. Der reiche Mann, der von seiner Rechnung nichts abgeben will, soll 15-20 000 Mark bezahlen, für welchen Betrag man eine neue Wohnung herrichten kann.

Auch die Friedhofverwaltung erfordert hohe Zuschüsse und trotzdem ist die Grabpflege so teuer geworden, daß sich viele Leute jetzt die Gräber selber pflegen. Und was tritt die Friedhofverwaltung noch an uns mit jenen Neubauten heran, die 200 000 Mark kosten. Diese Vorlagen hätte der Magistrat erst gemischt bis zu uns gelangen lassen sollen.

Das Theater erfordert Zuschüsse, aber wir werden es uns reichlich überlegen, nachdem erst der Zoologische Garten eingegangen ist, aus noch die Stadt um das Stadttheater zu bringen. Das ist noch das letzte Berggäule, was die Leute hier haben. Auch ich habe noch etwas über das Theater zu sagen.

Utz-Debitoren.

Wozum sind 14 1/2 Millionen, die noch nicht von uns beschossen sind, einzuführen, kann ich nicht verstehen. Ich würde Sie bitten, diese 14 1/2 Millionen zu streichen. Sie gehören nicht in den Etat. Wenn später einmal Forderungen an uns herantraten, so werden wir leben, daß wir die nötigen Mittel für sie aufbringen.

Sehr bedauerlich habe ich der Politik mit den Gesetzen gegenüber. Wenn wir 60 Pfg. nehmen, hätten wir überhaupt keinen Ueberfluß. Im Durchschnitt kommen auf jede Haushaltung 700 Mark allein für Beleuchtung. Auch die Erhöhung des Wasserpreises bringt Verluste, die letzten Jahre die Hausbesitzer auf die Straße werfen werden.

Die Auflagen unseres Kammerers gegen die Staatspolitik des Reiches sind nicht ganz berechtigt. Wir bekommen ohne einen Finger zu rühren, 90% Millionen Mark. Der Etat stellt große Ansprüche. Die Kreditwürdigkeit der Stadt hat nicht gelitten.

Die Umstellung von Beamten in andere Berufsgruppen wurde mit der Maßnahme angenommen, daß das Auftragswesen der Beamten nur mit Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen darf. Die Vorschläge des Ausschusses 8, den Inspektor des Hospitals für alle hilflose Dienstboten in die Gruppe 5 und die Kommandanten der Feuerzählstellen in die Gruppe 6 zu versetzen, wurde durch einen Antrag, No. 12 (Dem.) durchkreuzt.

Für den Kapellenbau auf dem Osmother Friedhofe wurden nach längerer Aussprache 184 000 Mark bewilligt. Angenommen wurde u. a. ferner: Die Erneuerung von Straßenbahngleisen und die Herabsetzung des Vertrages mit der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten.

Ein Dringlichkeitsantrag, den Lehrerinnen an den hiesigen Privatschulen und Oberlyzeen sowie Privat-Mädchenschulen ein zinsloses Darlehen von 1000 Mark mit zehnwöchentlicher Zahlung zu gewähren, wurde unter der Bedingung angenommen, daß das Schulgeld an diesen Schulen für Knaben auf 700 Mark und für Mädchen auf 600 Mark erhöht wird und diese Mehrforderung den Lehrerinnen zugute kommt.

Reichs-Arbeiter-Sport-Woche.

Sonntag, den 4. Juni 1921, abends 7 Uhr:

Demonstrationslauf

der Arbeiter-Turner nach dem Schloßplatz.

Dortselbst Massentreibungen. — 9.30 Uhr:

Kampfkorso

der Freien Ruder-Vereinigung vor der Holsteihöhe.

Die Turnerinnen-Abteilung Schwerlastraße konnte am Montag wegen Beleuchtungsschwierigkeiten des Schanzenes nicht abhalten und wird das am Montag, den 6. Juni, nachholen. Gäste, besonders Frauen und Mädchen, herzlich willkommen.

Achtung!

Zur Agitation für „Volkswacht“ und Partei treffen sich alle mitarbeitenden Genossen und Genossinnen zur Empfangnahme des Materials und der Anweisungen am Sonnabend, abends von 5-7 Uhr in dem bekannten Lokale.

Es wird erwartet, daß alles zur Stelle ist. Näheres in morgiger Nummer.

Die Großmutter der Gräfin.

Die Gutsbesitzerin Alma Tropp hat früher bessere Tage gesehen. Ihr Mann hatte Güter in Zwickau und in Reichenaubel bei Glatz. Er ließ sich in Spekulationen ein und verlor alles.

Während des Krieges fiel auch der einzige Sohn. Die völlig verarmte Frau, die auch kranklich war, geriet nun in große Not. In dieser Not schrieb sie an die Gräfin Siron in Oberösterreich, die ihr als mitleidige Dame genannt worden war, einen Brief, worin sie um alte Sachen und Schuhe bat. Lange wartete sie vergeblich auf Antwort. Doch anfangs der Woche wurde, erhielt sie eines Tages eine Vorladung, daß sie wegen Bettelns angeklagt sei.

Unglück!

Die Gutsbesitzerin Alma Tropp hat früher bessere Tage gesehen. Ihr Mann hatte Güter in Zwickau und in Reichenaubel bei Glatz. Er ließ sich in Spekulationen ein und verlor alles.

Während des Krieges fiel auch der einzige Sohn. Die völlig verarmte Frau, die auch kranklich war, geriet nun in große Not. In dieser Not schrieb sie an die Gräfin Siron in Oberösterreich, die ihr als mitleidige Dame genannt worden war, einen Brief, worin sie um alte Sachen und Schuhe bat. Lange wartete sie vergeblich auf Antwort. Doch anfangs der Woche wurde, erhielt sie eines Tages eine Vorladung, daß sie wegen Bettelns angeklagt sei.

Unglück!

Die Gutsbesitzerin Alma Tropp hat früher bessere Tage gesehen. Ihr Mann hatte Güter in Zwickau und in Reichenaubel bei Glatz. Er ließ sich in Spekulationen ein und verlor alles.

Während des Krieges fiel auch der einzige Sohn. Die völlig verarmte Frau, die auch kranklich war, geriet nun in große Not. In dieser Not schrieb sie an die Gräfin Siron in Oberösterreich, die ihr als mitleidige Dame genannt worden war, einen Brief, worin sie um alte Sachen und Schuhe bat. Lange wartete sie vergeblich auf Antwort. Doch anfangs der Woche wurde, erhielt sie eines Tages eine Vorladung, daß sie wegen Bettelns angeklagt sei.

Unglück!

Die Gutsbesitzerin Alma Tropp hat früher bessere Tage gesehen. Ihr Mann hatte Güter in Zwickau und in Reichenaubel bei Glatz. Er ließ sich in Spekulationen ein und verlor alles.

Während des Krieges fiel auch der einzige Sohn. Die völlig verarmte Frau, die auch kranklich war, geriet nun in große Not. In dieser Not schrieb sie an die Gräfin Siron in Oberösterreich, die ihr als mitleidige Dame genannt worden war, einen Brief, worin sie um alte Sachen und Schuhe bat. Lange wartete sie vergeblich auf Antwort. Doch anfangs der Woche wurde, erhielt sie eines Tages eine Vorladung, daß sie wegen Bettelns angeklagt sei.

Unglück!

Die Gutsbesitzerin Alma Tropp hat früher bessere Tage gesehen. Ihr Mann hatte Güter in Zwickau und in Reichenaubel bei Glatz. Er ließ sich in Spekulationen ein und verlor alles.

Während des Krieges fiel auch der einzige Sohn. Die völlig verarmte Frau, die auch kranklich war, geriet nun in große Not. In dieser Not schrieb sie an die Gräfin Siron in Oberösterreich, die ihr als mitleidige Dame genannt worden war, einen Brief, worin sie um alte Sachen und Schuhe bat. Lange wartete sie vergeblich auf Antwort. Doch anfangs der Woche wurde, erhielt sie eines Tages eine Vorladung, daß sie wegen Bettelns angeklagt sei.

Unglück!

Die Gutsbesitzerin Alma Tropp hat früher bessere Tage gesehen. Ihr Mann hatte Güter in Zwickau und in Reichenaubel bei Glatz. Er ließ sich in Spekulationen ein und verlor alles.

Während des Krieges fiel auch der einzige Sohn. Die völlig verarmte Frau, die auch kranklich war, geriet nun in große Not. In dieser Not schrieb sie an die Gräfin Siron in Oberösterreich, die ihr als mitleidige Dame genannt worden war, einen Brief, worin sie um alte Sachen und Schuhe bat. Lange wartete sie vergeblich auf Antwort. Doch anfangs der Woche wurde, erhielt sie eines Tages eine Vorladung, daß sie wegen Bettelns angeklagt sei.

Unglück!

Die Gutsbesitzerin Alma Tropp hat früher bessere Tage gesehen. Ihr Mann hatte Güter in Zwickau und in Reichenaubel bei Glatz. Er ließ sich in Spekulationen ein und verlor alles.

Während des Krieges fiel auch der einzige Sohn. Die völlig verarmte Frau, die auch kranklich war, geriet nun in große Not. In dieser Not schrieb sie an die Gräfin Siron in Oberösterreich, die ihr als mitleidige Dame genannt worden war, einen Brief, worin sie um alte Sachen und Schuhe bat. Lange wartete sie vergeblich auf Antwort. Doch anfangs der Woche wurde, erhielt sie eines Tages eine Vorladung, daß sie wegen Bettelns angeklagt sei.





**Wochenlang ausverkaufte Häuser: Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Dresden.**



Das Liebesleben des bekannten Millionärs  
belegt die monumentale Uraufführung  
**Fraulein Mimis Vergangenheit**  
phante Entfaltungen über  
**Geheime Sünden aus Berlin W.**  
nach dem bekannten Liebes-Roman von **Schleber**.



**Stadt-Theater.**  
Freitag 7 Uhr:  
„Sofmanns Grählungen“.  
Sonntags 6 1/2 Uhr:  
„Nigaras Hochzeit“.  
Sonntag nachmittags 2 1/2 Uhr:  
„Der Waffenschmied“.  
Sonntags 6 1/2 Uhr: „Hina“.

**Schauspielhaus.**  
Correienbühne. Tel. 30926.  
Heute u. täglich 7 1/2 Uhr:  
„MacScott“.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Schwarzwaldbädel.

**Liebig-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
Zum letzten Mal!  
Nacht im Paradies.  
Ab Sonntag:  
„Der Juxbaron“  
mit Paul Westermeyer.  
Eigene Lichtanlage.

Polibier Union-Geb.

**Zeltgarten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Der neue  
Juni Spielplan.  
U. a.  
**Fritzi Funke**  
die beliebte Vertragssängerin.

**Volksgarten-**  
Lichtspiele  
Nikolaistraße 48.

Nur bis Montag!  
**Harry Piel**  
in dem Detektiv-  
und Sensations-  
Abenteuer  
eines Vielgesuchten

**Der Verächter  
des Todes**  
in 6 großen  
spannenden Akten.  
Dazu: 2005  
**Lotte  
der Wildfang**  
Reizendes Lustspiel  
in 2 Akten.

**Eden  
Theater**  
Nikolaistraße 27.  
Nur noch bis Montag:  
**Die Geier der  
Goldgruben**  
Wild-West-Film aus den  
california Bergen. — 5 Akte.

**Teufelchen**  
Ein heiteres Spiel in  
4 Akten mit  
**Hilde Wörner**

**ZEPTEKINO**  
Die Montag 7 Schläge  
**Das blinkende  
Fenster  
der Hafensstraße**  
Detektivfilm 5 Akte  
Anderen: Sensationsdrama  
**Mia May**  
in  
Das Opfer der  
Bergkatastrophe  
oder  
Das wandernde Bild.  
5 Akte 2002

**Jupiter  
Lichtspiele**

Westendstr. 50/52.  
Fürstliche Abenteuer  
einer Verführten in  
Franz Jankens Fremdenhaus:  
**Die blaue Hölle**  
nach dem Roman  
Die Flucht durch Flammen.  
Großstadt-Sittenbild  
in 6 Akten.  
Außerdem:  
**Harry Piel's**  
geheimnisvolles  
Telefon.  
5 Akte  
mit dem beliebten Detektiv  
Kathy Brown.

**PALAST  
Theater**

Ein Spielplan, von dem  
jeder Brestler spricht!  
Erst-Aufführung:  
**Menschen,  
die nicht  
lieben dürfen**  
nach dem Roman:  
**Der Triumph  
des Todes.**  
in 3 Akten.  
in der Hauptrolle:  
**Hilde Wörner**  
die fabelhafte Doppel-  
gängerin von:  
**Lotte Neumann**  
Dazu:  
Die gewaltige  
sensationsreiche Wild-  
West-Sensation:  
**Ritterjack**  
der  
**Abenteurer**  
oder:  
**Der Überfall  
in der Sierra-  
Nevada-Schlucht**  
5 Akte.

Nikolaistr. 36  
**Wolff-Filmtheater**  
werden  
regelmäßig bei  
**Freund & Krebs**

**Konzerthaus  
ZOO**  
Telefon:  
Ring 1092  
Telefon:  
Ring 1092  
schräg über dem Kassellings-Gelände,  
mit herrlichem, schattigen Park.  
**Mittagstisch**  
Dr. Messerschacher und Assistenten.  
Von 4 Uhr ab:  
**Große Konzerte**  
des Hombörs Miksa-Orchesters  
Dirigent: Max Hombörs.  
Gondalfahrten  
auf dem großen Teich.

Nur  
& Tage  
**Jupiter  
Lichtspiele** Das große  
Program

Neudorfstraße 35.  
**Der Henker von  
Sankt Marien**  
mit  
**Eva May als Beatrix**  
Ein Drama von grenzenloser Spannung  
in 7 großen Akten.

**Die blaue Katze**  
mit  
**Phantomas als Detektiv** in  
Abenteuer-Detektiv-Drama voll Asiatischen  
erregenden Sensationen.  
**Ein glücklicher Finder**  
Famoses Lustspiel in 1 Akt.

Nur bis Montag!  
Beginn:  
Wochentags 5 Uhr  
Sonntags 4 Uhr  
Die traumatische Inszenierung hat  
gegen die Verführung des Films  
**„Die schwarze Schmach“**  
Einsatz geübt!  
Der Film wurde beschlagnahmt,  
jetzt aber wieder freigegeben  
**Ein  
Not-  
schrei  
an die  
Mensch-  
heit!**  
Der  
Streifen  
am Rhein!  
Ulmenden-  
mäßige  
Grenzen  
schwarzer  
Framosen  
aus Rhein.  
5 Akte  
Feuer: Der verdammte Mann! Detektivschlager  
6 spannende Akte

**Die besten und billigsten Zugänge**  
vollständig unter Kontrolle  
Zugangsbüchel ausgefüllt, bei Selbstbedienung,  
bekommen **Nikolaistraße 48**, an König-  
str. 22 im neu errichteten **Serra-Belvedere**-Haus  
Große Auswahl in jetziger, moderner Anlag.  
Inh. Hermann Partetzke.

**Ruba-Seife**  
Beste Hausrubenseife, garantiert rein  
Rudolph Ballhorn, Breslau 13, Parfümerien-Fabrik  
& Verkaufsstellen an allen Orten.

**Schauburg**  
Victoria-Theater  
Neue Taschenstraße

**Bühnen-Schau: Gastspiel**  
**Irene Fiedler** der frühere Lieb-  
ling am Schan-  
spielhaus Breslau  
**Alfons Fink**  
der Urwächter  
in der einaktigen Operette  
**„Rosenstock u. Edelweiß“**  
Musik **Léhar** Text von  
von Franz Julius Bauer  
Regie: M. Stevnu  
Rosenstock, Alfons Fink,  
Edelweiß: J. Fiedler.

**Film-Schau:**  
**Lebewelt**  
5 Akte  
nach dem Roman:  
Auch so  
„Eine“  
**Gisela Werbezirk** **Lia Mara**  
als Pampou „vom Ballett“ in dem  
unübertrefflichen Lustspiel:  
**Kri-Kri** Die Herzogin von  
Torabak oder: Die  
**10 Gebote der Liebe** 5 Akte  
Ab 6 Uhr 1 Mk. Zuschlag  
nur! d. Schanberg

**Befi  
Lichtspiele**  
Nikolaistraße 21/23  
**Reinhold  
Schünzel**  
im großen  
Abenteuerroman:  
**Der König der Gauner  
Graf Cagliostro**  
25 Millionen Kronen kostet die Herstellung dieses  
packenden und nervenpeinenden Sensations-Films  
**Waffens- Wirtschaft am Kaiserhof von Wien.**  
Das tolle Lustspiel in 3 Akten  
**O' wär es doch ein Suppenhuhn**  
Verfasser des berühmten  
Universalkomikers **Laurens Ott**

**DK**  
Friedrich-Wilhelmstraße 38

**Bühnen-Schau: Gastspiel**  
**Paul  
Rainer**  
in dem  
Sensations-  
Bühnen-Sketch  
**Graf  
Spitzbube**

**Film-Schau:**  
**Der Apachenlord** 5  
Akte  
Ein Abenteuer-Gehemnis des  
Apachenkellers „Roter Hahn“  
oder: Wie man Millionär wird.  
Außerdem:  
**Der unheimliche Fahrgast**  
oder:  
**3 Minuten Schreckens-  
angst.** — 5 Akte.  
Ein Abenteuer des berühmten  
Hochstaplers Franz Norton  
**Neue Haltestelle** direkt  
vor DK

**Cefi  
Lichtspiele**  
Schweidnitzstraße 38  
Eingang Hammerel 3/8  
**Mia May**  
im  
tollen Lustspiel  
**Fraulein Zahnarzt**  
3 Schlager-Akte  
**Bruno Kastner**  
im Abenteuer- u. Sittenroman  
**Großstadt-Spelunken**  
nach dem Roman  
Das Brandmal der Vergangenheit  
Von 4-6 Uhr ermäßigte Preise!

**Deutsche!**  
verlangt  
**Schirdeman-  
Edelbranntweine:**  
Jubiläumsmarke, Dreifach  
**Schirdeman-  
Edelbranntweine:**  
Cumbuka, Mandara, Rottig, Extra,  
Spezial  
**Carl Schirdeman, Hornbrenner u. Likörfabrik**  
Tel. Ring 493 u. 6733 - Breslau 8 - Geegründet 1763

**10000 Zähne u. 1 Jahr**  
Wurzeln i. 1 Jahr  
in den meisten Fällen  
schmerzlos gezogen.  
Zähne zu mäßig.  
Plomben } Preisen.  
R. Barthel, Poststr. 1  
Ecke Ohlenstr.  
Ed  
best  
Periode  
verlangen  
für meine  
füher  
Wittel.  
Günstige  
Preise  
in  
Gummwaren  
Spirituosen, Spielzeug, Gerb-  
und  
Klebstoffen.  
Katalog  
gegen 50 Pfg. Marke.  
Frau B. Zander,  
Raffinerie 1042d  
Breslau 9.  
Gellertstr. 24. 1. Etage  
in der  
Gellertstr.

**IMPRESSEN**  
VON  
**Damenhüten  
Herrenhüte**  
in kürzester Zeit  
aus dem besten Stoffe,  
welche gefertigt  
von  
**M. ANDERS NACHF.**  
Stroh- und Filzfabrik,  
BRESLAU 5, Friedrichstraße Nr. 21. 204

**Wartenfrei!**  
Daufiger Braunkohlen, Braunk-  
kohlen-Rohpreßsteine u. Brennholz  
offenartig gedarrt, liefern von 10 Stk. an frei Keller,  
kleinere Losen ab Lagerplatz Dierkestraße 57/61  
**Wilhelm Laske & Co.,**  
Hauptgeschäft Rurasterstraße 24.  
Telephon Ring Nr. 2570. 2251